FLZ Nr.4-2018 Jahrgang 39 Dezember 2018



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



GEW-Kundgebung am 22. September 2018 auf dem Frankfurter Opernplatz

# **GEW fordert die Umsetzung des Sofortprogramms für Bildung**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen bekräftigt angesichts des im laufenden Jahr schon bestehenden Überschusses im hessischen Landeshaushalt von 990 Millionen Euro ihre Forderung nach einem 500 Millionen Euro umfassenden Sofortprogramm für Bildung.

Dazu sagte Maike Wiedwald, Vorsitzende der GEW Hessen, heute in Frankfurt: "Wir haben bereits vor der Landtagswahl darauf hingewiesen, dass in der Haushaltsplanung des Landes ein erheblicher Spielraum für zusätzliche Ausgaben im Bildungsbereich besteht, der sich durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr erweitern wird. Wie der beträchtliche Überschuss im Landeshaushalt in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres nun zeigt, ist diese Einschätzung zutreffend gewesen."

Die GEW fordert Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und die CDU deshalb auf, im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen die GEW-Forderung nach einem 500 Millionen Euro umfassenden Sofortprogramm aufzunehmen. Dazu erklärte Maike Wiedwald: "Das Land hat einen ausreichenden finanziellen Spielraum, um zumindest einige drängende Probleme zu lösen. Die Grundlage dafür bietet unser Sofortprogramm mit seinen detaillierten Vorschlägen, das 100 Millionen Euro für Kindertagesstätten, 150 Millionen Euro für die Hochschulen sowie 250 Millionen Euro für den Schulbereich vorsieht."

Über das Sofortprogramm hinaus, so Wiedwald abschließend, benötige das Land langfristig zur Wiederherstellung einer guten Bildung in Kita, Schule und Hochschule eine verlässlich gesicherte Finanzierung. Außerdem müsse der Investitionsstau im Bereich der Bildungsinfrastruktur endlich ermittelt und zeitnah aufgelöst werden. Deshalb

# Für das Menschenrecht auf Kollektivverhandlungen mit dem Recht auf Streik

Elf Klägerinnen und Kläger ziehen mit Rechtsschutz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Ihr Ziel: das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte in seinem Urteil vom 12. Juni 2018 die Klagen von vier Lehrerinnen und Lehrern zurückgewiesen. Damit ist der Rechtsweg in Deutschland ausgeschöpft und zum EGMR frei.

"Das Streikrecht ist ein Grundund Menschenrecht. Es gehört zum Wesen der Demokratie. Das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte als Ausdruck ihrer Treuepflicht entspringt dagegen dem obrigkeitsstaatlichen Denken des Kaiserreichs", begründete GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die Entscheidung der Gewerkschaft, nach Straßburg zu gehen. Die GEW vertritt wie im Völkerrecht festgeschrieben die Auffassung, dass es ein Menschenrecht auf Kollektivverhandlungen mit dem Recht auf Streik gibt, um Arbeitsbedingungen fair aushandeln zu können. "Das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte in Deutschland steht im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)."

Gekürzt aus GEW Presseerklärung vom 20.11.2018 fordere die GEW die nächste Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene für eine sozial ausgewogene Steuerpolitik einzusetzen, die den Ausgabenspielraum der öffentlichen Hand sichert und erweitert.

> Aus der Pressemitteilung der GEW Hessen vom 19.11.2018

# Hessische Verhältnisse – ein bisschen Hoffnung

14 Tage war nichts klar, an vielen Stellen im Land musste noch einmal nachgezählt werden. Wie konnte das passieren? Fehlerhafte Software – die Erklärung ist nachvollziehbar. Zumindest für jeden, der im Schulbereich schon einmal mit den Programmen LUSD, PPB und anderen benutzerfreundlichen Errungenschaften der modernen Verwaltung zu tun hatte. Wieso sollten andere Programme besser funktionieren. Na ja, bis zum 28. Oktober 2018 hatte man wenigstens noch Hoffnung, dass es in anderen Bereichen der hessischen Landesverwaltung besser funktioniert. Auch politisch war die Nachzählung mit etwas Hoffnung verbunden: Vielleicht würde sich ja doch noch eine andere Konstellation als die Wiederauflage von Schwarz-Grün ergeben.

Aber so kam es dann nicht. Doch vielleicht ändert sich durch die Stimmengewinne der Grünen doch einiges im Bereich der Bildung. Denn bisher haben sich die Grünen ja sehr wenig in die Bildungspolitik des Landes eingebracht. Bildungsgipfel zur Herstellung eines Schulfriedens und der Pakt für den Nachmittag zum Ausbau der Betreuung waren die

grünen Akzente in der Bildungspolitik. Nicht gerade Projekte, die aus unserer Sicht als positiv zu bewerten sind. Auch der Blick in das Parteiprogramm bietet nur mäßigen Anlass zur Begeisterung: Vieles, was erst einmal gut klingt, bleibt ziemlich vage. In der Zusammenstellung der Inhalte kann sich jeder sein eigenes Bild machen.

Aber: Wir lassen uns auch gerne überraschen. Vielleicht werden manche Ideen ja auch in positiver Weise konkreter im Koalitionsvertrag festgelegt. Wichtig wäre das. Ein "Weiter so" wäre das schlechteste, was der Bildung in Hessen passieren könnte. Hier bleibt noch ein bisschen Hoffnung...

So oder so: Die GEW wird weiterhin die Stimme der Kolleg\*innen vor Ort und der bildungspolitischen Vernunft sein! Wir werden auch die nächste Regierung an ihren Taten messen und auch die Themen, die angegangen werden müssen, offensiv einfordern. Hier steht für uns eine reale Entlastung der Kolleg\*innen in den Bildungseinrichtungen an erster Stelle.

Laura Preusker und Sebastian Guttmann

# Tarifverhandlungen für 2019 bereits in Vorbereitung

Auftaktrunde in Hessen ist für den 1. Februar 2019

Die Tarifrunde für die Beschäftigten der Bundesländer, die in Hessen und im Bereich der "Tarifgemeinschaft deutscher Länder" (TdL – alle Bundesländer außer Hessen mit dem TvH) in den ersten Wochen nach den Weihnachtsferien in die heiße Phase geht, wirft ihre Schatten voraus. Noch bis in den Dezember hinein beraten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, mit welchen Forderungen sie in die Ländertarifrunde gehen werden. Am 20. Dezember wird der Forderungskatalog festgelegt werden.

Hauptthema der Tarifauseinandersetzung ist die Einkommensentwicklung. Orientierungspunkte hierzu lieferte unter anderem der Abschluss mit Bund und Kommunen vom Frühjahr 2018, der für die Kommunalbeschäftigten in 2019 eine Gehaltssteigerung von knapp 3,1 Prozent im Durchschnitt festlegte. Daneben sind weitere Verhandlungsgegenstände Verbesserungen bei der Eingruppierung der Lehrkräfte oder der "stufengleichen Höhergruppierung" - Themen, die für Hessen nur mittelbare Bedeutung haben oder bereits vereinbart wurden.

Die Auftaktrunde in Hessen ist für den 1. Februar 2019 terminiert

(Auftakt TdL: 21.1.2019). Zur voraussichtlich abschließenden Runde dürften sich die hessischen Gewerkschaften und das Land in der letzten Märzwoche treffen (das genaue Datum stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest). Zwischen diesen beiden Terminen wird mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder am 28. Februar/1. März 2019 möglicherweise final verhandelt werden.

Wie in der Vergangenheit ist damit zu rechnen, dass es in den beiden Wochen vor einem möglichen Abschluss in Potsdam zu Aktionen und Arbeitskampfmaßnahmen in den Bundesländern und auch in Hessen kommt. Verhandelt wird in Hessen darüber hinaus auch an den beiden tarifrechtlich unabhängigen Universitäten Darmstadt und Frankfurt. Rüdiger Bröhling



A 13-Aktion am 13. November 2018 (siehe Seite 15)

SEITE 2 FLZ Nr. 4/18

# Eine vernünftige Bildungspolitik erfordert eine entsprechende Finanzpolitik!

Nachhaltige Finanzpolitik müsste anders aussehen! Überlegungen zur finanzpolitischen Situation nach der Landtagwahl in Hessen vom 28. Oktober 2018

Eine kohärente Strategie zur Beendigung der Unterfinanzierung des Bildungswesens ist dringend notwendig

Die gegenwärtigen Hauptthemen der GEW reflektieren die Problemlage in den Schulen:

- die Überlastung der Lehrkräfte (Aufgaben und Arbeitszeit),
- der Mangel an ausgebildeten Lehr-
- die inakzeptablen Bildungsreformen (von "inklusiver Bildung" über den "Pakt für den Nachmittag" bis hin zur Ökonomisierung von Schule (wie SES/SBS, Prüfungen, Standardisierungen).
- Und auf der kommunalen Ebene: eine mangelhafte und verfallende Infrastruktur.

Zu diesen Problemen hat die GEW bereits je spezifische Analysen und daraus abgeleitet Strategien entwickelt, die aktualisiert werden müssen, sobald eine neue Landesregierung feststeht.

Nicht alle diese Probleme und Strategien stoßen auf das Problem der Finanzierung, weil auch gesellschaftliche Strukturen wie Hierarchien, Machtpositionen, Konkurrenz und Kapitalinteressen die Bildungspolitik bestimmen. Die Auseinandersetzungen darüber werden von der GEW auch in vielfältiger Weise geführt.

Dennoch scheitern viele, wenn nicht sogar die meisten Lösungsstrategien, an den unzureichend bereitgestellten Finanzen.

Dies ist allerdings kein Zufall, sondern hat System. Denn mit knappen staatlichen Mitteln lassen sich mehrere Ziele einer kapitalfreundlichen und konservativen Politik besser realisieren. Solche Ziele sind der Abbau des Sozialstaats in Richtung Privatisierung, wie es immer noch offizielles Ziel der "neuen Verwaltungssteuerung" ist und offizielle CDU-Politik noch vor fünf Jahren. Mit einer solchen Politik lassen sich aber auch gesellschaftliche Vorrechte (wer hat, dem wird gegeben) gerade auch im Bildungssektor leichter verteidigen (in kaum einem Land entscheidet die Herkunft mehr über den Bildungserfolg als in Deutschland).

Deshalb lohnt es sich, eine kohärente Strategie zur Beendigung der Unterfinanzierung des Bildungswesens zu entwickeln und umzu-

Dies geht aber nicht isoliert, sondern im Rahmen einer Gesamtstrategie für einen aktiven Sozialstaat und eine entsprechende Umvertei-

Grüne und CDU in der »Schwarzen Null« vereint ...

Die GEW in Hessen ist diesmal in der günstigen Position, den Nachweis geführt zu haben, dass für die Minimalforderungen – das "500-Millionen-Programm" – ausreichend Geld in der Landeskasse ist. Das garantiert aber noch nicht, dass wir auch Recht behalten.

#### Warum die Finanzpolitiker gute Finanzspielräume gar nicht so gerne haben

Die GEW Hessen hat durch ihre Experten die voraussichtliche Finanzbasis des Landes Hessen nach der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs ermittelt und kommt zu dem Schluss, dass die gewerkschaftlichen Minimalforderungen ohne weitere finanzpolitische bzw. gesetzliche Veränderungen finanzierbar sind.

Dieser Nachweis erfreut zwar die meisten Menschen, ist aber bei Finanzministern i.d.R. unbeliebt.

Sie sprechen dann gerne von "Begehrlichkeiten", die geweckt würden. So, als ob es sich um einen unstillbaren Hunger nach Verschleuderung des Staatsvermögens handeln würde – frei nach dem Motto: ist doch nicht mein Geld!

Die Finanzverantwortlichen mögen zum einen nicht den Verlust von Herrschaftswissen (wenn nämlich andere Experten ebenfalls

Es besteht im Gegenteil viel-

mehr die Gefahr, dass zu Modellen

des ÖPP (,Öffentlich-privaten Part-

nerschaften') oder ähnlichen Mo-

dellen gegriffen wird, die von Kapi-

talunternehmen und ihren Berater-

konzernen empfohlen werden, auch

wenn sich das Wahlprogramm hier

skeptisch äußert. - Für die Kommu-

nen werden Verbesserungen verspro-

chen, u. a wird ein drittes ,Kommu-

die Finanzlage kennen und wissen, was zu tun und möglich ist).

Was aber entscheidender ist: Ein solcher Nachweis der Finanzierbarkeit staatlicher Leistungen läuft dem politisch-ideologischen Ziel des "schlanken Staates" und der Öffnung von staatlichen Gemeingütern für Zwecke der privaten Kapitalanlage zuwider.

Die Bertelsmann-Stiftung hat es einmal so formuliert:

Es sei ganz gut, dass dem Staat das Geld ausgehe. So kämen endlich die Privaten zum Zug!

Geld, das im Haushalt für Investitionen wie Bildung oder eine solide staatliche Infrastruktur zur Verfügung steht und eingefordert wird, ist also den Finanzministern und Staatsabbau-Ideologen deshalb ein Dorn im Auge, weil dann die Argumente für das Einwerben privater Kapitalanlagemöglichkeiten, für eine Privatisierung und Ökonomisierung von Bildung fehlen oder jedenfalls schwieriger vermittelbar werden.

Deshalb werden die beiden Gegenstrategien angewandt:

Verengung der Staatsfinanzen durch unzureichende steuerliche Einnahmen und ein Kreditaufnahmeverbot sowie Liquiditätsvernichtung durch Schuldentilgung.

nales Investitionsförderprogramm'

(KIP III) in Aussicht gestellt. Und hier

wird es so konkret wie bescheiden:

Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanie-

rung von Schulbauten, insbesondere der sanitä-

ren Anlagen, liegen. Denn dieses Problem stinkt

in manchen Kommunen im wahrsten Sinne des

Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der

Legislaturperiode soll es keine Schultoilette mehr

geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen

und Schüler ekeln müssen.

2011 hatte die SPD ihre Zustimmung zum Kreditaufnahmeverbot in der hessischen Verfassung (vulgo "Schuldenbremse") noch damit gerechtfertigt, dass sie sich zum Ausgleich für auskömmliche Staatseinnahmen einsetzen werde. Nichts davon hat sie getan. - Allerdings muss konstatiert werden, dass im Wahlprogramm für die hessische Landtagswahl 2018 doch wieder eine Reihe von Aussagen auftauchen, die einen Hoffnungsschimmer zu wecken geeignet sind. Sie sind auf der nächsten Seite aufgeführt und kommentiert.

CDU, Grüne und FDP sind ohnehin erklärte Gegner von Steuererhöhungen, insbesondere für diejenigen, die solche wirtschaftlich tragen könnten und sollten.

Um die Ausgabemöglichkeiten im hessischen Haushalt einzuschränken, propagiert der hessische Finanzminister Schäfer, CDU, das Schuldentilgen. (siehe unten)

Dass dieses in Zeiten eines Zins-Niveaus von Null Prozent auf der Fosrtsetzung auf Seite 2 unten

# **Hessens Finanzminister** Thomas Schäfer, CDU: Ein Finanzminister, der nicht rechnen kann?

Oder: Ein Finanzminister, der die Leute für dumm verkauft:



"Geplant sei, spätestens ab dem Jahr 2020 jährlich 200 Millionen Euro vom Gesamt-Schuldenberg Hessens abzutragen. Diesen bezifferte er auf rund 43 Milliarden Euro., Wir haben zwei Generationen gebraucht, um die Schulden aufzubauen, das werden wir auch zum Abbau brauchen', sagte der CDU-Politiker." – Soweit Thomas Schäfer in der Süddeutschen Zeitung vom Februar 2018.

- Wer die Grundrechenarten beherrscht, kommt zu einem anderen Ergebnis: 200 Millionen Euro Tilgung pro Jahr bedeutet 215 Jahre Tilgung – das sind über sieben Gen-
- Und für die Leute mit schlechtem Gedächtnis: Die hessischen Schulden sind im Wesentlichen von der CDU aufgebaut worden, nämlich über die Hälfte davon - und das nicht in zwei Generationen, sondern in 15 Jahren!

# CDU absurd: Den Finanzrahmen des Landes möglichst klein halten



#### Weiter keine neuen Schulden - Hessen auf Dauer schuldenfrei Öffentliche Haushalte haben über Jahrzehnte

hohe Schulden angehäuft. Diese negative Entwicklung haben wir gestoppt. Seit 2016 haben wir, erstmals seit 50 Jahren, keine neuen Schulden gemacht und sogar Schulden zurückgezahlt. Das ist uns aber nicht genug. Wir werden künftig verstärkt Altschulden zurückzahlen und dies in einem konkreten Tilgungsplan festschreiben. Unser Ziel ist ein dauerhaft schuldenfreies Hessen. Das erhöht nicht nur den politischen Gestaltungsspielraum, sondern ist auch eine Frage von Generationengerechtigkeit.

(Vorsicht Formulierung! Die Haushalte selbst haben keine "Schulden angehäuft", denn Haushalte sind nur Rechenwerke, angehäuft hat über die Hälfte der Schul-

#### Investitionsoffensive macht Hessen fit für die Zukunft

Und so feiert sich eine Partei, die in ihrer Regierungszeit immerhin über die Hälfte der 43 Milliarden Euro Schulden des Landes Hessen aufgenommen hat:

Erstmals seit fast 50 Jahren haben wir einen Haushalt ohne neue Schulden. Mehr noch: Wir zahlen jetzt alte Schulden zurück und verzichten auf Steuererhöhungen. Das ist nachhaltige und solide Finanzpolitik. Das sichert die Zukunft unserer Kinder.

Seit die CDU sich explizit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben verschrieben hat (Regierungsprogramm 200), hat sich auch ihre Einstellung gegenüber staatlichen Krediten um 180 Grad gedreht.

Jetzt heißt es knallhart:

# Keine Steuererhöhungen ...

Mit uns wird es in der kommenden Legislaturperiode keine Steuererhöhungen geben. Zusätzliche Abgaben wie den Wassercent, die unsere Wirtschaft belasten und Arbeitsplätze gefährden, lehnen wir ebenso ab wie die Einführung einer Vermögenssteuer oder eine Verschärfung der Erbschaftsteuer. Wir wollen die Steuerlast begrenzen und befürworten den Abbau der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags. ...

Nicht einmal eine Finanztransaktionssteuer würde geduldet:

Wir wollen, dass der Finanzplatz Frankfurt als bedeutendster Finanzplatz Kontinentaleuropas weiter stark bleibt. Dies darf nicht durch eine Finanztransaktionsteuer gefährdet werden, die zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führt.

Wie hierbei noch der Verfall der Infrastruktur aufgehalten werden soll, bleibt das Geheimnis der CDU!

# Die Grünen

BÜNDNIS 90

DIE GRUNEN

Die Grünen bleiben weiterhin der Ideologie und Politik der »Schwarzen Null« verhaftet, die die Privatisierungsbestrebungen staatlicher Aufgaben vorantreiben soll.

#### Solide Haushaltsführungfortsetzen Wir stehen weiter dafür ein, den Landeshaus-

halt ohne neue Schulden zu gestalten.

Wahlprogramm 2018

Immerhin scheint aber bei den Grünen eine gewisse Nachdenklichkeit darüber einzukehren, wie wenig nachhaltig eine Finanzpolitik ist, bei der die Infrastruktur verfällt und Nachbesserungen von Jahr zu Jahr teurer werden. Dass diese Politik auch mit Generationengerechtigkeit nichts zu tun hat, ist offensichtlich, wenn den nachfolgenden Generationen die Hypothek einer zerrütteten Infrastruktur hinterlassen wird.

# Infrastruktur dauerhaft erhalten

Stärker als in der Vergangenheit wird in Erhalt, Sanierung und Erneuerung von öffentlichen Gebäuden oder Straßen investiert. Unser Ziel bleibt, dass wir die öffentliche Infrastruktur nicht auf Verschleiß fahren, sondern jedes Jahr mindestens so viel investieren, wie für deren Erhalt notwendig ist. Denn auch marode Bauwerke sind eine Hypothek für kommende Generationen.

# In die Zukunft investieren

Kleine Unterschiede zwischen Grünen und CDU?

Neben dem Erhalt werden auch Investitionen in neue Infrastruktur notwendig sein. (...)

Da sich die Grünen aber nicht gegen eine Revision des Kreditaufnahmeverbots (vulgo ,Schuldenbremse') aussprechen, bleiben ihnen nur die Hoffnung auf eine gute Konjunktur und das, was der Spielraum der "Schuldenbremse" übrig lässt.

Bei weiterhin guter Konjunktur und einer entsprechenden Steuergesetzgebung des Bundes haben wir die Möglichkeit, noch stärker zu investieren, auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft noch mehr Tempo aufzunehmen und Altschulden zu tilgen.

Dass sie diesen Spielraum auch noch durch weitere Tilgungen schmälern wollen, scheint ihnen entweder nicht bewusst zu sein oder sie widersprechen sich selbst, wenn sie angeblich mehr investieren wollen.

Dabei deuten die Grünen ja sogar eine Revisionsnotwendigkeit des Kreditaufnahmeverbots an, wenn sie im Wahlprogramm schreiben: Eine Maßnahme, von der die Allgemeinheit über Jahrzehnte profitiert, muss derzeit vollständig in den Haushaltsjahren finanziert werden, in die ihr Bau fällt oder aus freien Rücklagen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Baukosten einer solchen Maßnahme über die Nutzungsdauer verteilt werden kann.

Diese auch von alternativen WirtschaftswissenschaftlerInnen geforderte Revision des Kreditaufnahmeverbots in Form der "Goldenen Regel der Finanzpolitik" bedürfte aber selbst einer breiten Kampagne, die mit der CDU garantiert nicht zu verwirklichen sein wird!

# Zarte Renaissance einer steuerpolitischen Korrektur?

Wer sich das "SPD Regierungsprogramm Hessen 2019–2024" ansieht, muss lange danach suchen, wie sich die SPD eine auskömmliche Finanzierung ihrer Politik vorstellt. Auf den letzten von rund 200 Seiten finden sich aber doch

noch einige zaghafte Bekenntnisse zu einer alternativen Steuerpolitik, die sich aber zumeist auf die Bundesoder sogar die europäische Ebene beziehen. Und dazu hat der SPD-Finanzminister, der 'kein Parteibuch kennt' ("ein deutscher Finanzminister ist ein deutscher Finanzminister, egal welches Parteibuch er hat") ja

# Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit

Der gerechte Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug sind für uns zentrale Anliegen. Ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kleine Betriebe zahlen ihre Steuern, während sich Bürger mit besonders hohen Vermögen oder multinationale Konzerne ihren steuerrechtlichen Verpflichtungen entziehen oder durch Umgehungsmodelle Steuern sparen. Das darf nicht sein. Denn diese Einnahmen fehlen dann der Solidargemeinschaft zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und für Investitionen in die Zukunft.

Besonders hohe Einkommen und Millionenvermögen müssen stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen beitragen. Dem wird die geltende Erbschaftsteuer nicht gerecht. Deshalb brauchen wir eine große Reform. Wir werden uns auf Bundesebene für eine angemessene Vermögensbesteuerung im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts einsetzen. Wir werden im Bund auch dafür eintreten, die Einkommensteuertarife gerechter zu gestalten und so zu verändern, dass spürbare Erleichterungen auch tatsächlich für kleine und mittlere Verdiener und nicht für Spitzenverdiener erreicht werden. Für die normalen Einkommen muss es mehr Netto vom Brutto geben. Ein höherer Spitzensteuersatz ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und dem Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen können und müssen als schwache. Deswegen setzen wir uns für eine gerechte Steuerreform und höhere Steuern auf Vermögen im Bund ein.

# Fosrtsetzung von Seite 2

einen und einer verfallenden staatlichen Infrastruktur auf der anderen Seite keinen Sinn macht, weil es die staatlichen Spielräume noch weiter einengt, kann nur ignorieren, wer auf den unterentwickelten ökonomischen Sachverstand in der Gesellschaft vertraut. Dass der Finanzminister dabei sogar die Leute für dumm verkaufen möchte, zeigt, wie dünn das Eis ist, das ihn trägt. Proteste sind überfällig.

Dazu schlägt der GEW-Bezirksverband Frankfurt vor, die Kampagne, die wir mit den "einstürzenden Schulbauten" erfolgreich begonnen haben, weiter auszubauen und mit dem Kampf gegen das Neuverschuldungsverbot und für eine alternative Steuerpolitik zu verbinden.

Unterrichtskonzepte, "Narrative" (z.B. "Fakten contra Wirtschaftsmythen") und lea-Schulungsangebote wären geeignete Mittel, dies in den Bildungseinrichtungen zu begleiten.

Eine Kampagne zur Revision der Steuerpolitik und des Kreditaufnahmeverbots (vulgo "Schuldenbremse") ist fällig. Hieran wird, wie auf der Veranstaltung der (Bundes) GEW zur "Macht der schwarzen Null" am 10. November 2018 in Hannover festzustellen war, übrigens auch schon von vielen Organisationen gearbeitet. Der AStA der Uni Hamburg hat dazu bereits gut geeignete Materialien erstellt und zahlreiche Bündnispartner gewonnen.

Es ist dringend angesagt, alle möglichen Bündnispartner um eine solche Strategie zu versammeln.

Herbert Storn

schon das Entsprechende gesagt.

Es wäre bei Regierungsbeteiligung der SPD zu befürchten, dass doch nur auf "finanzpolitische

Spielräume" gesetzt wird und auf eine Verstärkung der Überwachung durch die Finanzverwaltung: "Der gerechte Steuervollzug und die Bekämpfung von Steuerbetrug sind für uns zentrale Anliegen." Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

HESSEN

Immerhin – das sei auch zugestanden – fehlen solche Aussagen

Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein. Gleichzeitig machen wir uns für die Abschaffung der Abgeltungsteuer und für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer stark, die spekulative Finanzgeschäfte besteuert. Es kann nicht sein, dass für Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, für spekulative Finanzgeschäfte jedoch nicht. Wir wollen verhindern, dass weiterhin die Grunderwerbsteuer im großen Stil durch Verkäufe von Grundstücken als Teil von Unternehmensverkäufen umgangen wird. Was für den kleinen Haus- oder Wohnungskäufer gilt, darf auch bei großen Immobilienübertragungen nicht unterlaufen werden.

Die Entlastung der Kommunen ist am Ende auch ein wichtiger Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Indem die hessische CDU die kommunalen Haushalte geplündert hat, sind die kommunalen Steuern und Abgaben nahezu explodiert. Jede Mehrbelastung für die Kommunen wird über kommunale Abgaben direkt weitergegeben. Gerade die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer, die in Hessen überdurchschnittlich hoch sind, belasten die Menschen und die kommunale Wirtschaftskraft hart. (...)

# Steuerverwaltung stärken und Steuerhinterziehung austrocknen

Wir werden Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen.

Der Kampf gegen Steuerschlupflöcher, gegen Steuerhinterziehung und die Steuertrick-

bei CDU, Grünen und FDP nicht nur vollständig, sondern gehen eher ins Gegenteil!

Ob sich die SPD in einer möglichen Ampel gegenüber Grünen und FDP durchsetzen würde, steht auf einem anderen Blatt.

Das Blatt wird sich eines Tages aber ohnehin wenden müssen, denn ewig wird es mit der groben und sich verschärfenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, der Aushungerung bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben und einer alternativen Ökologie und Wirtschaft nicht weitergehen!

sereien von Konzernen muss endlich auch in Hessen konsequent aufgenommen werden. Wir wollen eine erstklassig ausgestattete hessische Steuerverwaltung, die modern, bürgerfreundlich und auf Augenhöhe mit den Steuerabteilungen der großen Unternehmen, den Steuerberatungsgesellschaften und Anwaltskanzleien arbeitet.

Der gleichmäßige und gerechte Vollzug der Steuergesetze erfordert hochqualifiziertes Personal. Hierfür sind nach dem Grundgesetz die Länder verantwortlich. Stellenabbau in den zurückliegenden Jahren, hohe Altersabgänge und dadurch bedingter Wissensverlust, jährlich neue Rechtsänderungen und Anwendungsvorschriften, fortschreitende Digitalisierung, aber auch Steuerhinterziehung bzw. aggressive Steuergestaltung am Rande und jenseits der Legalität mit Milliardenverlusten für den Staat (z. B. durch Cum-/ Ex- oder Cum-/Cum-Aktiengeschäfte, Umsatzsteuerkarusselle, die Verschleierung von Einkünften durch ausländische Konten, Stiftungen, Briefkastengesellschaften und komplexe Offshore-Konstruktionen) stellen die Beschäftigten der Finanzbehörden vor enorme Herausforderungen. Diese nehmen auch künftig nicht ab, zumal der internationale zwischenstaatliche Austausch von Steuerdaten in naher Zukunft in bisher nicht dagewesenem Ausmaß einsetzen wird

Wir werden daher die technische Ausstattung der Finanzverwaltung verbessern und für mehr Steuerfahnder/-innen und Betriebsprüfer/-innen sorgen. (...)

# Europäische Initiativen ergreifen

Auf europäischer Ebene machen wir uns für eine Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung stark. Wir drängen auf die schnelle Umsetzung der völkerrechtlichen Vereinbarungen gegen aggressive Steuergestaltung internationaler Konzerne in nationales Recht, um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch Großunternehmen zu verhindern. Internationalen Konzernen müssen die legalen Wege entzogen werden, durch grenzüberschreitende Verrechnungstricks ihren Steuerbeitrag zu verweigern. Um die Gewinnverlagerung und Steuerumgehung durch internationale Unternehmen zu verhindern, wollen wir uns weiterhin für Initiativen der OECD für fairen internationalen Steuerwettbewerb (sogenannte bBEPS-Initiative) starkmachen. Wir setzen uns für ein europäisches Transparenzregister ein, in dem alle Eigentümer und Begünstigten wie auch die verantwortlichen Personen eines Unternehmens für Steuerbehörden transparent aufgeführt sind.

Bis es wirksame EU-Regelungen gibt, benötigen wir adäguate nationale Maßnahmen zur Verhinderung solcher Steuerumgehungspraktiken. So werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung besonders schwerer Fälle von Steuerhinterziehung zu erweitern und Mindeststandards für Betriebs- und Steuerprüfungen festzulegen. Immer wieder aufs Neue verdeutlichen uns Enthüllungen wie die "Luxemburg Leaks", die "Panama" - oder die "Paradise Papers", dass internationale Anstrengungen erforderlich sind, um Steuerhinterziehung und -umgehung effektiv zu bekämpfen. Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich in Brüssel dafür einsetzen, dass anonyme Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten international geächtet werden. Nur so lassen sich Steueroasen dauerhaft austrocknen. Steuerpflichtigen in Deutschland, die Geschäftsbeziehungen zu Offshore-Staaten unterhalten, müssen erhöhte Mitwirkungspflichten gegenüber der deutschen Finanzverwaltung auferlegt werden. Schließlich werden wir uns sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und internationaler Ebene für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen einsetzen. Wer die Solidargemeinschaft betrügt, muss mit harten

# editorial

Es mag vielen aufgefallen sein, dass der zeitliche Abstand zur letzten regulären Ausgabe der FLZ relativ groß ist.

Es war ursprünglich auch eine weitere Ausgabe geplant, aber bei der Erstellung kam es zu einer Auseinandersetzung innerhalb der Redaktion und anschließend innerhalb des Bezirksvorstandes. Leider ist Christine Rensing-Grüter in diesem Zusammenhang aus der Redaktion zurückgetreten und für die beiden verbliebenen Redaktionsmitglieder bestand keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit. Dies machte eine frühere Herausgabe unmöglich und wir haben uns für eine spätere, aber dafür umfangreichere FLZ entschieden.

Die notwendige Redaktionsarbeit für diese Ausgabe wurde vom Vorsitzendenteam verantwortet. Dies mag eine pragmatische Lösung für den Augenblick sein, ist aber auf Dauer nicht zu leisten.

Daher enthält diese Ausgabe eine Wahlausschreibung für die FLZ-Redaktion für die kommende Bezirksdelegiertenversammlung. Auf Dauer braucht die FLZ eine motivierte Redaktion, die nicht nur die nächste Ausgabe im Blick hat, sondern auch (unter Beibehaltung des Bewährten) Verbesserungsideen entwickelt und umsetzt.

# Wie sähe eine Parteienkonstellation der Ampel aus?

Die FDP lässt sich von der CDU in Bezug auf zu knappe staatliche Finanzen nicht übertreffen



Bei der FDP wird noch immer das Märchen von der schwäbischen Hausfrau erzählt, die nicht mehr ausgeben kann als sie in der Tasche hat.

Der schwäbische Häuslebauer dagegen, der für sein Häusle bei der Bausparkasse einen Kredit aufnimmt, wird bei der FDP ebenso konsequent verdrängt wie alle Firmen, die ihre Anlagen überwiegend mit Fremdkapital finanzieren.

Politik muss gestalten. Aber sie ist kein Wunschkonzert. Was für jeden Bürger selbstverständlich ist, muss auch für Staat und Politik gelten: nicht mehr Geld auszugeben, als man hat.

Wir wollen, dass der Staat mit dem Geld der Bürger sparsam umgeht. Haushaltspolitische Nachhaltigkeit bedeutet auch Generationengerechtigkeit. Wir haben deshalb 2009 die erfolgreiche Volksabstimmung mitinitiiert, mit der die Schuldenbremse in die Hessische Verfassung aufgenommen wurde.

Die FDP bleibt ihrem Kern als Partei der Privatisierer treu und will auch die marginalen Steuererhöhungen rückgängig machen:

Hessen hat die Grunderwerbssteuer über Gebühr erhöht und zwingt die Kommunen zu einer Steuererhöhungsspirale. Das wollen wir ändern.

Außerdem will die FDP noch mehr Liquidität vernichten, indem sie die Schuldentilgung verstärkt.

Dass damit der Spielraum für die dringend notwendige Beendigung der Unterfinanzierung des Bildungswesens, aber auch anderer staatlicher Bereiche weiter abgeschnürt wird, scheint der FDP gleichgültig zu sein. Setzt sie doch darauf, dass ihre Klientel über ausreichende Einkommen und Vermögen verfügt und auf den Staat nicht angewiesen ist.

# Tilgungsplan für Altschulden vorlegen

Hessen hat damit begonnen, seine Altschulden in geringem Maß zu tilgen. Wir setzen uns dafür ein, dass wir diesen Weg weitergehen und einen Tilgungsplan vorlegen, der festschreibt, wie und bis wann wir die Schuldentilgung erreicht haben wollen. Wir wollen nicht nur tilgen, wenn es wie derzeit die Haushaltslage überraschend zulässt. Was das Land von den Kommunen verlangt, muss auch das Land selbst leisten. Planungssicherheit muss gewährleistet sein, auch in Zeiten eines Zinsniveauanstiegs oder wenn Steuereinnahmen unter ihren Schätzungen zurückbleiben.

Dass "Generationengerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit" auch bedeutet, den nachfolgenden Generationen keine verfallene Infrastruktur zu hinterlassen oder ihre Bildungsmöglichkeiten nicht zu beschneiden, ist bei der FDP noch nicht angekommen, wenn sie schreibt:

Schulden sind das Gegenteil von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Tatsächlich bekennt sich die FDP offener als die CDU zu noch mehr Privatisierungen öffentlicher Güter, ja, ihr Wahlprogramm liest sich wie der Wunsch nach einem radikalen Kahlschlag ("werden wir alle Landesbeteiligungen auf ihre strategische und inhaltliche Sinnhaftigkeit überprüfen").

Auch den Einnahmenspielraum will die FDP durch weitere Steuersenkungen deutlich vermindern, sowohl bei der Grunderwerbsteuer als auch bei der Grundsteuer.

Die von der FDP geforderte gänzliche Abschaffung des Soli würde bei Bund und Kommunen nochmals einen Einnahmeausfall in Milliardenhöhe erzeugen.

Wie die FDP da noch ihre postulierten Schwerpunkte bei der "frühkindlichen Betreuung und Pflege unserer Kinder in den Kindergärten" von 100 Millionen Euro, die Verbesserung der Straßen von 275 Millionen Euro und die Digitalisierung der schulischen Infrastruktur finanzieren will, bleibt im Nebel.

#### Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer Wir Freie Demokraten werden Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb selbstgenutzten

Wohneigentums entlasten. In einem ersten Schritt soll bei der Grunderwerbsteuer für natürliche Personen ein einmaliger Freibetrag von bis zu 500.000 Euro der Bemessungsgrundlage eingeführt werden. (...)

# Grundsteuerbremse

In der laufenden Wahlperiode ist es durch den "Rosenmontagserlass" des Innenministers zu einer massiven Anhebung der Nivellierungshebesätze im Kommunalen Finanzausgleich zu einer Steuererhöhungsspirale der Grundsteuern in Hessen gekommen. Um diese zu durchbrechen, bedarf es neben der Rücknahme der Erlasse auch der Festsetzung einer Höchstgrenze für die Realsteuerhebesätze. (...)

# Investitionen

Wir treten dafür ein, dass das Land Hessen mehr in die eigene Zukunft investiert. Dazu gehören höhere Ausgaben für Bildung, insbesondere für frühkindliche Bildung. Wir wollen jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich zur Verbesserung der Betreuung und Pflege unserer Kinder in den Kindergärten zur Verfügung stellen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Straßeninfrastruktur. Wir streben an, die Mittel für die Planung von Autobahnen und Bundesstraßen auf 90 Millionen Euro und die Gelder für die Sanierung und den Bau von Landesstraßen auf 185 Millionen Euro jährlich zu erhöhen.

Um die Digitalisierung voranzubringen, sollen Schulen besser ausgerüstet werden, das Gigabitnetz in Hessen ausgebaut und regionale Leuchttürme (Center of Innovation) entstehen, in denen Gründer, Hochschulen, Mittelständler und Bildungseinrichtungen unter einem Dach zusammenarbeiten. Der Ausbau des schnellen Internetzugangs soll vorrangig durch Glasfaser-Infrastruktur bis zum Endkunden erfolgen. Insbesondere die strukturschwachen Räume werden wir dabei unterstützen. Die geschaffene Infrastruktur soll allen Zugangsanbietern gleichermaßen offenstehen.

SEITE 4 FLZ Nr. 4/18

# Die wichtigsten bildungspolitischen Aussagen der Parteien

Die CDU will das gegliederte Schulwesen erhalten und gibt sich national-konservativ. Der bildungspolitische Teil des Wahlprogramms der Grünen gibt sich einen fortschrittlichen Anstrich, bewertet die vergangenen fünf Jahre äußerst positiv und bleibt meist vage. Hier die wichtigsten bildungspolitischen Aussagen beider Parteien.

Zunächst eine auffallende Gemeinsamkeit:

Grüne: Der Schwerpunkt des KIP III soll auf der Sanierung von Schulbauten, insbesondere der sanitären Anlagen, liegen. Denn dieses Problem stinkt in manchen Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes zum Himmel. Spätestens zum Ende der Legislaturperiode soll es keine Schultoilette mehr geben, vor deren Benutzung sich Schülerinnen und Schüler ekeln müssen.

**CDU:** "Die sanitären Anlagen an hessischen Schulen werden von Grund auf saniert. Dazu wollen wir umgehend ein Landesprogramm auflegen, um die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Verantwortung für die Schulgebäude zu unterstützen. Unser Ziel ist, dass Schultoiletten in ausreichendem Maße vorhanden und an jeder hessischen Schule in hygienisch einwandfreiem Zustand sind."

### Zwei-Säulen-Modell bei den Grünen – keine "Einheitsschulen" bei der CDU

#### Die Grünen

wollen die "Entwicklung auf ein Zwei-Säulen-Schulmodell bestehend aus den Gymnasien als einer Säule und Gesamtschulen (mit der Vorbereitung auf alle Schulabschlüsse an einem Standort) als zweiter Säule" "aktiv gestalten." "Daher wollen wir in der kommenden Legislaturperiode allen Schulträgern anbieten, ihre vorhandenen verbundenen Haupt- und Realschulen, Mittelstufenschulen und kooperativen Gesamtschulen schrittweise in Integrierte Gesamtschulen umzuwandeln. Auch hier gilt aber unser Prinzip: keine Zwangsbeglückungen, ermöglichen statt verordnen."

# Die CDU dagegen:

"Mit uns wird es auch in der Zukunft weder Einheitsschulen noch Einheitslehrer geben, denn es gibt auch keine Einheitskinder. Die Bewahrung des erfolgreichen und bewährten gegliederten Schulsystems hat für uns oberste Priorität." "Wir stehen für eine breite Palette schulischer Bildung – von der Gesamtschule über die Realschule bis zur Privatschule und von der Mittelstufenschule über Gymnasien und Hauptschulen bis zu Förderschulen sowie den ergänzenden Angeboten." Und noch einmal: "In der Sekundarstufe I wollen wir in den kommenden fünf Jahren keine Strukturreform. Wir setzen auf Ruhe und nicht auf permanente Veränderung."

Obwohl die Grünen das Gymnasium gar nicht in Frage stellen, hält es die CDU für angezeigt, klarzustellen: "Wir stehen für den Erhalt des Gymnasiums in seiner Funktion für die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Jedweder Bestrebung, diese eigenständige Schulform in ihrer Substanz anzutasten, werden wir entschieden entgegentreten."

Auch das Ranking wird wieder hervorgeholt:

"Um mehr Transparenz zwischen den Schulen herzustellen, streben wir an, die durchschnittlichen Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen zu veröffentlichen."

Und man würde die Elternwahl zu gern einschränken, getraut sich das aber nicht:

"Wir sprechen uns für eine intensive frühzeitige Kooperation mit den abgebenden Grundschulen und der Lernbegleitung und Beratung der Eltern und Schüler der Jahrgangsstufen 4 bis 6 aus. Querversetzungen in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sollen leichter ermöglicht bzw. umgesetzt werden können." Weitere Ausführungen finden sich unter Grundschule.

Weiterhin wird ein Parallelangebot von G8/G9 für alle Gymnasien favorisiert.

### Inklusion – grundsätzliche Unterschiede, aber in der Praxis eher nicht

#### Die Grünen

betiteln ihre Aussagen dazu im Wahlprogramm: "Inklusion – von der Ausnahme zur Regel". Die Einführung der inklusiven Schulbündnisse sind für die Grünen "ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, es bleibt aber noch eine Menge zu tun. Ziel sind "multiprofessionelle Teams, in denen Lehrer\*innen, Förderschulpädagog\*innen und Teilhabeassistent\*innen verlässlich und dauerhaft gemeinsam an einer allgemeinen Schule arbeiten, sich abstimmen und gegenseitig unterstützen können. Statt also wie bislang die Förderschulpädagog\*innen teilweise mit einigen wenigen Stunden an vielen allgemeinen Schulen einzusetzen, wollen wir sie möglichst mit allen Stunden an nur einer allgemeinen Schule einsetzen."

Am Wahlrecht der Eltern in Bezug auf den Förderort für ihr Kind – allgemeine Schule oder Förderschule – wird festgehalten, "ein verordnetes Auslaufen von Förderschulen durch von der Politik festgesetzte Stichtage, wie es in anderen Bundesländern geschehen ist", wird abgelehnt.

Bei den Teilhabeassistent\*innen wird "eine bessere Vernetzung" und "eine bessere Qualifizierung" sowie "eine Bezahlung nach Tarif" angestrebt.

# Die CDU dagegen:

"Eine Einheitslösung für alle lehnen wir auch hier ab. Denn Inklusion hat ihre Grenzen."

Die CDU tritt zwar für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein, aber bitte "ideologiefrei und mit Augenmaß". Und dann kommt die große Einschränkung: "Bei Kindern, die nicht lernzielgleich unterrichtet werden können, die aufgrund von Misshandlungen und psychischer Beeinträchtigungen besonderer Schon- und Rückzugsräume bedürfen oder die durch Verhaltensauffälligkeiten und aggressives Verhalten die Durchführung des Regelunterrichtes massiv erschweren, stößt die Inklusion auf offenkundige pädagogische Grenzen der Beschulbarkeit. Förderschulen sind daher ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des hessischen Schulsystems. Wir stehen zu den Förderschulen und werden keine Schließung von Förderschulen betreiben."

# Kita und Grundschule

# Für die Grünen

geht Bildung und Erziehung mit der Geburt los, "die Entwicklungsphase von 0 bis 10 Jahren stärker als Einheit betrachten" ist das Motto. Der vor Jahrzehnten entwickelte "Bildungs- und Erziehungsplan(BEP) soll in den nächsten Jahren verbindlich für das Handeln aller Tagespflegepersonen, Krippen, Kitas und Grundschulen" gemacht werden, insbesondere in Bezug auf "die Übergänge".

Das Kindersprachscreening "Kiss", die Deutschvorlaufkurse an den Grundschulen, die Sprachintensivklassen und -kurse (dezentral an den jeweiligen Grundschulen) und weitere Maßnahmen sollen "zu einem Konzept aus einem Guss" verbunden werden, "damit spätestens in der Grundschule alle Schüler\*innen sprachlich für ihren weiteren Bildungsweg gerüstet werden."

Für die Kinderbetreuung sollen "weitere Landesmittel zur Verfügung" ge-

stellt werden, damit die Qualitätspauschale, das Betreuungsverhältnis, die Gruppen sowie die Zeit für Vernetzungs- und Konzeptionsarbeit und Weiterqualifizierung verbessert werden können.

"Mehr Qualität, mehr Personal und kleinere Gruppen" soll es geben, außerdem "mehr und attraktivere Ausbildungsplätze und eine angemessene Bezahlung von Fachkräften". Auch die Beitragsfreiheit soll weiter ausgeweitet werden

Krippen, Kindergärten und Grundschulen sollen "zu ganzheitlichen Familienzentren weiterentwickelt" werden, auch inklusiv.

Grundschulen und Kitas sollen durch "verbindlichere Kooperationen beider Institutionen" "Tandems" bilden. Allerdings wird eine "Verschulung des letzten Kindergartenjahres" abgelehnt.

"Kurze Beine, kurze Wege" sollen die Grundschulen wohnortnah erhalten.





Mittel für den flexiblen Schulanfang sollen bereitgestellt werden, "die Jahrgangsstufen 1 und 2 zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst werden, die je nach Entwicklung des Kindes in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann". Auch andere Modelle sollen möglich sein.

Ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler\*innen soll "in den kommenden fünf Jahren in ganz Hessen zu verwirklichen" sein. Hierfür sollen die Schulträger "die Möglichkeit (erhalten), die Einrichtung von Ganztagsangeboten an Grundschulen in ihren Schulentwicklungsplänen verbindlich zu regeln".

Der "Pakt für den Nachmittag" wird als "Einstieg in die Ganztagsschulentwicklung einer Grundschule" gesehen. "Eine gebundene oder teilgebundene Ganztagsschule mit rhythmisiertem Tagesablauf (Profil 3)" soll "der nächste Schritt (sein, sofern dies vor Ort gewollt wird." "Hierfür werden wir weiterhin [? d.V.] ausreichend Ressourcen bereitstellen." Mehr noch: "Wir werden den Ausbau eines vielfältigen Angebots an Ganztagsschulen an allen Schulen weiter mit hohem Tempo vorantreiben und dabei eine Priorität auf die Grundschulen setzen. (...) Auch weiterführende Schulen (wollen wir) bei der Einführung des Profils 3 mit entsprechenden Ressourcen des Landes unterstützen." - Das klingt doch vielversprechend.

# Die CDU

will die "Verzahnung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule" durch eine qualifizierende und qualifizierte Schulvorbereitung weiter verbessern.

Dann will sie in der Grundschule ein bisschen aufräumen:

Die Fächer Mathematik und Deutsch in der Grundschule sollen durch je eine zusätzliche Stunde gestärkt, das Erlernen der verbundenen Schreibschrift gefördert, der Sachunterricht aufgewertet und dabei der Regional- und Heimatbezug weiter gestärkt werden.

Die Bedeutung der dritten Sportstunde wird unterstrichen. "Zur Entlastung der Sportlehrer bei der Aufsicht im Schwimmunterricht werden wir geschulte Schwimmleiter bspw. der DLRG zulassen."

"Im Hinblick auf die Qualitätssicherung der Gymnasien wird künftig stärker der Notendurchschnitt in der vierten Klasse berücksichtigt. Wir halten an der Grundschulempfehlung fest, wobei am Ende der Elternwille maßgebend bleibt."

Allerdings will die CDU dafür "mit einer breit angelegten, strukturierten Elterninformation spätestens zu Beginn der Jahrgangsstufe 4 dafür sorgen, dass hessenweit die Viertklässlereltern rechtzeitig vor der Wahl des Bildungsgangs an der weiterführenden Schule über die Vorzüge, Chancen und Anschlussmöglichkeiten der nichtgymnasialen und beruflichen Bildung orientiert sind…" "Insbesondere werden wir die erweiterten Informationsbedürfnisse von Familien berücksichtigen, die noch nicht lange in Deutschland leben und unser Schul- und Ausbildungssystem nicht kennen."

Stramm geht es auch bei der Deutsch-Förderung weiter: Es wird Deutsch gesprochen

"Nicht nur im Unterricht sowie in den Schulgebäuden, sondern auch auf den Schulhöfen ist die deutsche Sprache zu pflegen." Zur Durchsetzung von 'Deutsch auf Schulhöfen' streben wir nach dem Vorbild anderer Länder Vereinbarungen zwischen Schule, Schülervertretung und Eltern an.

Vorlaufkurse für schulpflichtig werdende Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse bzw. mit festgestelltem Sprachförderbedarf werden in Zukunft verbindlich.

Wir sprechen uns für eine verbindliche Korrektur von Rechtschreibfehlern in allen Fächern vom 1. Schuljahr an aus. Die Methode "Schreiben nach Gehör" lehnen wir ab und wollen verpflichtende Diktate auf die Klassen 7 bis 9 ausweiten.

Wir treten für eine Vorgabe in der Anzahl der Pflichtlektüren im Fach Deutsch ein – auch in der Sekundarstufe I und in den Jahrgängen 3 und 4 der Grundschule."

Verpflichtende zweistündige Förderkurse in Deutsch soll es in den Klassenstufen 5 und 6 geben. Ebenso soll in Ergänzung der Stundentafel in diesen beiden Jahrgangsstufen durch eine zusätzliche Lese- und Rechtschreibestunde die Bildungssprache Deutsch gestärkt werden.

Schüler aus Integrationsklassen sollen erst nach bestandener Deutschprüfung in den Regelunterricht übernommen werden. "Einen Automatismus nach zwei Jahren lehnen wir ab."

# **Problemschulen?**

# Die Grünen

wollen die Schulen "an den Orten mit den größten Herausforderungen" zu "den besten Schulen" machen. Solche Schulen sind anscheinend solche, wo "der Erziehungsauftrag von Schule deutlich an Bedeutung gewonnen" hat. Diesen Schulen soll "neben Lehrkräften auch ein festes Kontingent von Förderschullehrkräften und Sozialpädagog\*innen" zugewiesen werden, "die dauerhaft an der Schule arbeiten. Wir streben für diese Schulen eine Lehrer\*innenzuweisung von mindestens 110 Prozent an."

# Bei der CDU

wird dies unter der Überschrift "Wertevermittlung" abgehandelt.

"Wir werden Gewalt an Schulen mit präventiven, wenn nötig auch mit praktisch-polizeilichen Mitteln klar entgegentreten... Für Extremfälle werden wir mit einem Konzept "Schutzmann auf dem Schulhof" Abhilfe schaffen.

"Überdies treten wir für eine konsequente Durchsetzung der Schulpflicht ein. Die Schule und ihre Belange haben klaren Vorrang vor der Betonung kultureller Eigenheiten. Dies gilt insbesondere für einen gemeinsamen Sport- bzw. Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen oder gemeinsam durchzuführende Wandertage und für das Beschulen von Kindern zu Hause.

Bei notorischen Schulschwänzern muss eine verbindliche Meldung an die Jugendämter erfolgen; die Zahlung des Kindergeldes ist nach Möglichkeit an die Vorlage der Schulbesuchsbescheinigung zu koppeln."

#### Bei den Grünen

geht es weniger stramm zu – keine Ziffernnoten bis Klasse 8 sollen möglich sein.

Unter der Überschrift "Mehr pädagogische Freiheit und Qualität" bekennen sich die Grünen zu "den Bildungsstandards, dem Hessischen Referenzrahmen Schulqualität und den Anforderungen der zentralen Abschlussprüfungen", wollen aber "auf dem Weg, diese Ziele zu erreichen, ... den Pädagog\*innen an unseren Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Daher sollen sie freier und flexibel entscheiden können, wie sie ihren Unterricht gestalten. Dazu gehört für uns beispielsweise, dass Schulen freiwillig schriftliche Bewertungen als Ergänzung oder anstelle von Ziffernoten bis Jahrgangstufe 8 einführen können. Die klassischen Hausaufgaben können im Zuge der Entwicklung zur Ganztagesschule abgeschafft und in das rhythmisierte Konzept von Ganztagsschulen integriert werden. Auch wollen wir die Möglichkeiten zum fächerübergreifenden Unterricht oder zu jahrgangsübergreifenden Lerngruppen an den Grundschulen stärken. Zur pädagogischen Freiheit gehört für uns auch, dass die Schulen den Unterricht später beginnen lassen können, soweit ein Betreuungsangebot vor Beginn des Unterrichts gesichert ist. Ebenfalls wollen wir Schüler\*innen stärker in die Gestaltung des Unterrichts einbeziehen und ihnen individuelle Lernformen ermöglichen."

# Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte

# Für die Grünen

bleibt die gewerkschaftliche Forderung nach "Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für alle Beamt\*innen und die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder" "Ziel". Ebenso die Reduzierung der befristeten Arbeitsverträge.

In Bezug auf die Forderung nach A-13 für Grundschullehrkräfte werden sich die Grünen "in der Kultusministerkonferenz für eine bundesweit einheitliche Regelung für die Bezahlung der Grundschullehrkräfte nach A13 einsetzen."

Dem Lehrkräftemangel wollen die Grünen durch "Anpassung der Studienkapazitäten an den Hochschulen" und der "Förderung des Quereinstiegs" begegnen

So gesehen kommen die Grünen zu dem Schluss: "Das Kollegium der Schule der Zukunft wird daher ein multiprofessionelles Team sein."

Die Überlastung der Lehrkräfte soll durch "Entlastung der Lehrer\*innen von Verwaltungstätigkeiten" abgebaut werden. Mit den Schulträgern wollen die Grünen "eine Vereinbarung schließen, mit der wir in einer gemeinsamen Anstrengung die Zahl der Sekretariats- und Verwaltungskräfte an den Schulen erhöhen.

# zur Hessenwahl

Hierfür werden wir Landesmittel zur Verfügung stellen." Und wieder sind hierbei "besonders die Grundschulen im Blick."

"Zur Entlastung von Verwaltungstätigkeiten gehört für uns auch mehr Freiheit und Flexibilität bei der Verwendung der über die Grundunterrichtsversorgung hinausgehenden Landesprogramme (105 bzw. 110 Prozent Lehrer\*innenversorgung, Lehrer\*innenzuweisung nach Sozialindex, Ganztagsschulprogramm)."

Flexibilität heißt das Zauberwort, es schafft allerdings noch keine einzige Ressource herbei.

#### Die CDU sieht ebenfalls

"Entlastungsmöglichkeiten für unsere Schulleitungen und Lehrkräfte im Bereich der Verwaltung." "Der Einsatz von Schulassistenzkräften zur Entlastung von Schulleitung und Lehrkräften sowie zur Unterstützung im administrativen Bereich stellt für uns eine wichtige Maßnahme dar. Die Übernahme von Schulsekretariaten in den Landesdienst soll ebenfalls zu einer Entlastung der Lehrkräfte beitragen."

Und da Symbolik nichts kostet: "Der Stärkung des Berufsbildes von Lehrern und deren ideeller Unterstützung in der Öffentlichkeit kommt eine wichtige Rolle zu. Die Auslobung eines Hessischen Lehrerpreises im Sinne einer Anerkennungskultur trägt zur Aufwertung des Lehrerberufs bei."

#### **Politische Bildung**

#### Die Grünen

wollen die politische Bildung durch die Verstärkung des Unterrichts im Bereich Politik/Sozialkunde/Wirtschaft in der Stundentafel stärken und einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen.

# Auch die CDU

will den Ausbau des Faches "Politik und Wirtschaft". Ebenso wie auch Geschichte soll dieses Fach nicht abwählbar sein.

# Medienkompetenz und Digitalisierung

# Die Grünen

wollen das Landesprogramm zum Anschluss von Schulen an das Breitbandnetz fortsetzen. "Der geplante Digitalpakt zwischen dem Bund und den Ländern in Hessen soll durch einen "Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern" ergänzt werden." Ansonsten keine präzisen Aussagen, sondern solche wie: "Digitales Lernen muss für alle zugänglich sein, es braucht klare Sponsoringregeln und freier Software ist Vorrang zu geben. (...) Unser Ziel ist es daher, dass sie einen verantwortungsvollen und reflektierten Umgang mit den digitalen Medien lernen."

# Ähnlich bei der CDU:

"Unser Ziel ist der flächendeckende Ausbau mit WLAN sowie die Verbesserung der IT-Ausstattung der hessischen Lehrer." Die weiteren Ausführungen sind weitgehend Lyrik und können im Programm nachgelesen werden.

# Berufliche Schulen

Hier bleibt es im Wesentlichen bei der Fortsetzung der bisherigen Politik.

# Zur Unterstützung der Kommunen

wollen die Grünen "ein drittes kommunales Investitionsprogramm (KIP III)" auflegen.

# Auch für die Hochschulen

bleibt im Wesentlichen die bisherige Linie – und dazu gehören viele Absichtserklärungen.

#### Die Grünen

tun dies unter der Überschrift "Offene Hochschulen und starke Forschung durch zusätzliche Investitionen, mehr Freiheit und faire Verträge".

Ziel sei es, "den Anteil von Kurzzeitund Kettenbefristungen soweit wie möglich zu begrenzen."

"Wir wollen unsere Ziele für faire Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in einem Kodex für gute Arbeit zusammenführen und mit den Hochschulen und Personalvertretungen vereinbaren."

Für studentische Hilfskräfte soll "ein eigener Tarif im Tarifvertrag" eingeführt werden.

Auch die Grünen bekennen sich "zu Instrumenten der besonderen Förderung der Spitzenforschung." Immerhin wollen die Grünen "Initiativen für Zivilklauseln an den Hochschulen unterstützen."

Da unterscheiden sie sich vermutlich diametral von der CDU, die sogar an den Schulen "für einen Ausbau der Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr im Unterricht ein(tritt)."

Im Übrigen wollen die **Grünen** die Autonomie der Hochschulen auch auf die Bautätigkeit ausweiten.

Neu: Für die Studierenden soll "auf Fachbereichsebene ein neues Organ zur Gestaltung der Lehre" eingeführt werden ("Studienkommission"). Dieses hälftig von Lehrenden und Studierenden besetzte Organ "entscheidet über alle Angebote im Zusammenhang mit Lehre, inklusive der Budgetverteilung. Auf Hochschulebene wird zur besseren Repräsentanz eine Universitätsversammlung, wie sie an der Technischen Universität Darmstadt seit einigen Jahren besteht, eingeführt. Der Hochschulrat wird hingegen auf ein rein beratendes Gremium reduziert."

Gemeinsam mit den anderen Akteuren des sozialen Wohnungsbaus soll es für zehn Prozent der Studierenden Wohnheimplätze geben.

# Die CDU

will auf jeden Fall Spitzenland in Forschung und Lehre bleiben. Ihre Planung reicht weit in die Zukunft: "Mit einem Programm HEUREKA III werden wir von 2027 bis 2030 [sic!] zusätzlich eine Milliarde Euro für die Fortsetzung des erfolgreichen Hochschulbauprogramms und zum weiteren Abbau des Sanierungsbedarfs an den hessischen Hochschulen bereitstellen. Gleichzeitig werden wir das Programm 'HEUREKA II' im Zeitraum 2021 bis 2026 um 500 Millionen Euro verstärken."

Die Gremienstrukturen der Hochschulen soll dagegen im Gegensatz zu den Grünen nicht verändert werden.

Im Mittelbau soll es mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geben.

"Das duale Studium in Hessen werden wir weiterhin unterstützen, den derzeitigen Modellversuch der Hochschulzugangsberechtigung für beruflich Qualifizierte werden wir fortsetzen."

Ab 2020 soll der jährliche Zuschuss für die Studentenwerke um eine Million Euro für allgemeine Zwecke steigen. Zusätzlich wird es spezielle Mittel für Kinderbetreuung an den Hochschulen geben.

Die Förderung von Wohnungen für Studierende solle ein Schwerpunkt der Wohnungsbauförderung des Landes bleiben. Das Programm "Studentisches Wohnen" soll weiter erhöht werden.

Gemeinsam mit dem Bund soll das BAföG ausgebaut und die Leistungen "deutlich verbessert" werden.



GEW-Kundgebung auf dem Frankfurter Opernplatz am 22. September 2018

# Was hätten SPD und FDP aus ihren bildungspolitischen Wahlaussagen in einer "Ampel" hinzufügen können?

# Die SPD

hat ihren Schwerpunkt in den vorschulischen Bereich gesetzt: Sie will die Krippen- und Kitagebühren "richtig" abschaffen.

Deshalb will sie den auf Hessen entfallenden Anteil von ca. 160 Millionen Euro der vom Bund bereitgestellten Mittel für die Kitas "komplett für die Freistellung der Eltern von Beiträgen einsetzen".

Die Qualität bei der Kinderbetreuung will die SPD durch eine dem tatsächlichen Aufwand entsprechende Freistellung von Personal für wichtige Leitungsaufgaben ermöglichen. Den Erzieherinnen und Erziehern soll mehr Zeit für Vor- und Nachbereitungen und für Elternarbeit sowie Weiterbildung eingeräumt werden. Zu erwartende Ausfallzeiten durch Krankheit oder Urlaub sollen in die Stellenberechnung Eingang finden. Die Sprachentwicklungsförderung für alle Kinder soll optimiert werden, der Einsatz von multiprofessionellen Teams ausgebaut und der Ausbau der Kooperationen mit außervorschulischen Einrichtungen unterstützt werden.

Als Voraussetzung dafür soll die Anzahl der Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher massiv erhöht und der ErzieherInnenberuf angemessen entlohnt werden. [Vorsicht: unbestimmte Rechtsbegriffe! d.V.]

Unter Mitnahme der Bundesmittel sollen von den Kommunen "verbindlich und dauerhaft zwei Drittel der Gesamtkosten für den Betrieb von Kinder-

tagesstätten und Tagespflege übernommen werden."

Kitas erhalten aber auch neue Aufgaben – ähnlich wie bei den Grünen und teilweise bei der CDU, mit der Aufwertung zu "Familien- und Be-

ratungszentren". "Wir wollen, dass Eltern in Hessen über ihre Krippe bzw. ihren Kindergarten regelmäßig zu Elternabenden und zu Beratungsangeboten in Sachen Erziehung, Gesundheit, Medienkonsum und Förderung eingeladen werden und dort kompetente, gute und professionelle Ansprechpartner/-in-

nen vorfinden."

Den hessischen Eltern soll ein Rechtsanspruch auf Nachmittagsund Schulferienbetreuung eingeräumt werden, "bis endlich auch in Hessen ein bedarfsdeckendes Angebot an echten Ganztagsschulen existiert."

Aber: "Wir werden den Ausbau echter Ganztagsschulen massiv vorantreiben." [Vorsicht: unbestimmter Rechtsbegriff! d.V.]

# Auch bei den Schulen wird auf den Bund gesetzt

Nur durch Aufhebung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich sei es möglich, dass der Bund die Mitfinanzierung der kommunalen Bildungsinfrastruktur auf alle Kommunen ausweitet, die Mittel weiter aufstockt und im Rahmen des vereinbarten Digitalpakts die Modernisierung der Schulen mit fünf Mrd. Euro bundesweit mitfinanziert.

Zur Stärkung des Elternwahlrechts will die SPD erreichen, "dass jede Schule die SchülerInnen zu einem Schulabschluss führt, die sie aufgenommen hat. Schulformempfehlungen werden wir durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in denen Kompetenzen beschrieben werden."

"Zwangsabstiege" sollen reduziert werden und schließlich schrittweise ganz wegfallen.

Beratungs- und Förderzentren sollen zu "Zentren für besondere pädagogische Förderung" werden, über die Sonderpädagogik hinaus. Und sie sollen als "regionale Unterstützungsagenturen für individuelle Förderung" die Schulen multiprofessionell aus einer Hand beraten, mit außerschulischen Einrichtungen vernetzen und notwendiges Material zur Verfügung stellen.

# Inklusion:

Jede Schule soll durch eine "auskömmliche sonderpädagogische Grundversorgung an allen Schulen", "die dem tatsächlichen Bedarf gerecht wird, ohne Lehrkräfte zusätzlich zu belasten", in die Lage versetzt werden, bei Bedarf inklusiv zu arbeiten. [Wenn das nicht schön formuliert ist! d.V.]

Der Einsatz der Förderpädagogen an den allgemeinen Schulen soll "transparenter und vor allem verlässlicher" werden. "Sie werden mindestens mit einer halben Stelle, in der Regel vollständig und fest, an einer allgemeinbildenden bzw. berufsbildenden Schule eingesetzt."

Hier fällt die SPD hinter die Grünen zurück. Weiteres wird auf einen "Masterplan" verschoben.

"Mit einem Masterplan Inklusion werden wir die verschiedenen Etappen auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem definieren."

Damit alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss verlassen, soll die Berechtigung zum Schulbesuch auf 27 Jahre erweitert werden.

Fortsetzung auf Seite 6

SEITE 6 FLZ Nr. 4/18

Fortsetzung von Seite 5

Die flexible Oberstufe soll in zwei, drei oder vier Jahren durchlaufen werden können.

Einen weiteren Masterplan soll es für die Digitalisierung in Schule und Unterricht geben

Bei Lehrermangel, Lehreraus- und -fortbildung bleibt die SPD vage und gibt nur die Denkrichtung an:

"Durch bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung werden wir für Lehrkräfte, die bisher in Teilzeit arbeiten, Anreize schaffen, ihre Arbeitszeit wieder zu erhöhen."

Wie Lehrkräfte entlastet werden können, soll geprüft werden. Multiprofessionelle Teams scheinen ein Allheilmittel zu sein, auch "Assistenzkräfte", auch "Schulgesundheitsfachkräfte". Aber das sehen Grüne und CDU ähnlich.

Immerhin: "Für Lehrkräfte, die sich als überlastet empfinden oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle schaffen."

Das ist doch mal was Neues!

# Wie schafft man A-13 für Grundschullehrkräfte?

Durch die Ausweitung auf zehn Semester. Aber: "Die Angleichung der Besoldung soll auch bereits im Schuldienst befindlichen Lehrkräften zugutekommen können. Deshalb werden wir durch entsprechende Qualifizierungsangebote die Voraussetzungen dafür schaffen."

Das ist mehr als bei den Grünen

Die Arbeitszeit von Lehrkräften ist nicht etwa zu verkürzen, sondern

Stagnierender Ganztagsschulausbau:

# Schwarzgrünes Versagen in der Bildungspolitik zeigt sich auch bei diesem Thema

Anlässlich der Landtagsdebatte zum Ganztagsschulausbau in Hessen erklärt Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

"Der ausgebliebene Ganztagsschulausbau ist nur ein weiterer Beweis einer gescheiterten Bildungspolitik unter Schwarzgrün. Gerade einmal knapp zwei Prozent aller hessischen Grundschulen sind echte Ganztagsschulen. Und selbst die seit Jahren hochgelobte Mogelpackung 'Pakt für den Nachmittag', die den Ganztagsschulausbau zusätzlich verhindert, hat trotz einer massiven Werbekampagne von Kultusminister Alexander Lorz gerade einmal eine Beteiligung von rund 20 Prozent erreicht."

Solche Zahlen seien ganz sicher kein Grund sich feiern zu lassen, wie das Schwarzgrün regelmäßig mache, so Faulhaber.

"Die Unzufriedenheit über die schwarzgrüne Bildungspolitik im Allgemeinen und über teils erhebliche Überlastungen an den Schulen ist sehr groß. Das Interesse der Landesregierung, die Realität überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und endlich die Probleme anzugehen, ist dagegen sehr klein. Ein grundsätzlicher Kurswechsel in der hessischen Bildungspolitik ist längst überfällig."

Pressemitteilung der Linken im Landtag vom 12.9.2018 lediglich "neu realistisch zu definieren". Das gilt auch für das Leitungsdeputat von Schulleitungen: Es muss "ebenfalls den steigenden Anforderungen angepasst werden". [Vorsicht: auch hier viele unbestimmte Rechtsbegriffe! d.V.]

Immerhin sieht die SPD den "zunehmenden Einfluss einer speziell auf Schule ausgerichteten Werbebranche" und plant deshalb "die Einrichtung einer unabhängigen Monitoringstelle und klare Regelungen für ein Verbot von Fremdwerbung an Schulen", außerdem Regeln "zur Einflussnahme von Dritten auf Schule und Unterricht durch Schulsponsoring".

Im Bereich der beruflichen Schulen will die SPD "allen jungen Menschen bis 35 Jahren eine berufliche Qualifikation garantieren".

# Die FDP

sprengt in ihrem Wahlprogramm die hessischen Grenzen. Sie will nicht weniger als "weltbeste Bildung für unsere Zukunft".

Und diese Bildung beginnt wie bei den Grünen im Alter von Null!



Den Schulen soll wie bei den Grünen mehr Selbständigkeit eingeräumt werden, zum Beispiel bei der Ausgestaltung der Stundentafel, der Verwendung der finanziellen Mittel sowie der Personalhoheit.

"Schulverwaltungsassistenten" soll es geben. "Denkbar sind in großen Schulen auch Doppelspitzen aus pädagogischer Leitung und Verwaltungsleitung."

Wie bei der CDU "hat jede Schulart ihre Berechtigung, solange sie über eine sinnvolle Mindestgröße verfügt. Keine Schulform sollte aus ideologischen Gründen abgeschafft werden."

Damit Eltern ihre Kinder auch woanders hinfahren können, wird die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen gefordert. Es soll schließlich gewählt werden können!

Beim Schuleintritt soll es dann doch wieder Zwang geben: "das Qualifizierte Schulvorbereitungsjahr (QSV) soll möglichst flächendeckend verankert" werden.

Für neue Freiheiten wie bei den Grünen ist die FDP auch bei den Noten nicht zu haben. Sie wendet sich "gegen Tendenzen, Schule zu einem anstrengungsfreien Raum zu machen. Bereits in Grundschulen und in der Sekundarstufe I soll ein Bewertungssystem etabliert werden, das die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler punktgenauer einschätzt und Förderungsmöglichkeiten aufzeigt…"

"Wir werden auch an der Nichtversetzung als pädagogischem Mittel festhalten."

Die Themen Wirtschaft und Finanzen müssen unbedingt in den Unterricht, aber bitte positiv: "Lehrerinnen und Lehrer müssen eine positive Haltung auch zu Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit vermitteln. Unsere Gesellschaft lebt von Innovation und Mut, die maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg und zum Wohlstand unseres Landes beitragen..."

Im Rahmen der Digitalisierung "wollen wir den Kanon der naturwissenschaftlichen Fächer durch ein Schulfach Informatik ergänzen…"

Das Land soll "ein Digitalisierungsbudget für Schulen zur Verfügung stellen. Im Gegenzug sind die Schulträger und das Kultusministerium verpflichtet, einen Medienentwicklungsplan sowie ein dazugehöriges Fortbildungskonzept vorzulegen."



Frankfurt, 22. September 2018

"Die Kommunikation aller Beteiligten ist für den Bildungserfolg essentiell. Daher sollten alle Lehrkräfte mit einheitlichen E-Mail-Adressen ausgestattet werden."

Verbindlich geltende landesweite Bildungsstandards sowie Kerncurricula und einheitliche landesweite Prüfungen sollen für die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sorgen.

#### Inklusion:

Die FDP setzt sich "dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der Regelschule unterrichtet werden." "Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen."

Deshalb: "Förderschulen sollen erhalten bleiben, wenn Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteilwird, und diese nachfragen. Die flächendeckende Sicherung von Förderschulen und die Verbesserung der inklusiven Qualität an Regelschulen bilden zwei

Seiten einer Medaille und müssen bei der Ressourcenverteilung auch entsprechend berücksichtigt werden."

"Mit uns wird es keine weitere Schwächung von Förderschulen und keine aufgezwungene Inklusion geben …"

# Ganztagsangebote und Ganztagsschulen

"Bis zum Jahre 2023 soll in ganz Hessen die Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr an jeder Schule ermöglicht werden."

### **Berufliche Bildung**

Hier gibt es einen originellen alten Vorschlag: "Aufgrund ihrer Besonderheiten ist zu prüfen, ob sie nicht – genau wie die Schulen für Erwachsene – einen zentralen Ansprechpartner in der Kultusverwaltung erhalten sollten, der ihrer hohen Vielfältigkeit und Selbstständigkeit Rechnung tragt." [SAP hatte dies schon vorgesehen, d.V.]

Originell auch der Vorschlag zur Entlastung der Lehrkräfte:

"Dazu fordern wir Freie Demokraten Verwaltungsvorschriften mit Ablaufdatum und das Einrichten einer Meldemöglichkeit für unnötig erscheinende Vorschriften für Lehrkräfte. Die gemeldeten Vorschriften sind daraufhin zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschaffen."

Auch originell und irgendwie bekannt: Um Leistungsanreize für die Fort- und Weiterbildung zu schaffen, soll "die Teilnahme sich im Fortbildungsportfolio der Lehrkraft und somit in der Personalakte widerspiegeln".

#### A-13 für Grundschullehrkräfte? Da bleibt die FDP vage:

"Die gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit muss sich auch in einer angemessenen Bezahlung widerspiegeln."

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage muss sich jede Leserin und jeder Leser selbst geben.

Herbert Storn

# Zukunft gestalten – Wie Schule die Welt verbessert!

Diskussionsveranstaltung der Frankfurter Gesamtschulen mit hessischen Parteien

Eine gesellschaftliche Entwicklung, die geprägt ist von Globalisierung, Individualisierung, Digitalisierung und einer zunehmenden Polarisierung, fordert uns alle täglich heraus. Die daraus entstehenden Aufgaben sind in der Stadt Frankfurt wie durch ein Brennglas bereits jetzt zu beobachten. Besondere Aufgaben liegen bei den Frankfurter Gesamtschulen, die in der Stadt, aufgrund des Bevölkerungszuwachses, jährlich mehr werden.



Frankfurt, 22. September 2018

Gemeinsam haben die Frankfurter Gesamtschulen, mit GEW Hessen und der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule Hessen, deshalb die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien Ende August zur Fishbowl-Diskussion geladen. Maike Wiedwald vertrat die GEW Hessen in der Runde. Ein gut gefüllter Zuschauerraum und die sehr lebendige Diskussion mit Lehrkräften, Eltern, Schulleitungen

zeigte, wie sehr Sorgen und Anliegen auf den Nägeln brennen – Was passiert mit Schülerinnen und Schülern aus den Intensivklassen? Wie können Lehrkräfte mit diesen Herausforderungen unterstützt und entlastet werden? Wie planen die Parteien die Schulen vor Ort mehr in die eigene Entwicklung einzubeziehen, anstatt über Köpfe hinweg zu regieren?

Ein Konsens in der Runde war mehr Freiheit und Flexibilität für die Schulen, während aber die CDU alle Ressource aus dem Sozialindex und den 105 Prozent ziehen will, fordert die SPD einen expliziten "Migrationsindex", der noch stärker regionale Herausforderungen abbilden soll. FDP und Grüne wollen Entlastung durch feste Verwaltungskräfte an Schulen schaffen.

Ein Schwerpunkt der Diskussion waren auch Fragen zur Inklusion. Die Parteien der hessischen Landesregierung hoffen auf die Inklusiven Schulbündnisse – es wird in der Diskussion aber auch deutlich, dass diesbezüglich an den Schulen viel Unsicherheit und Misstrauen herrscht. Hier wird ein klarer Auftrag für Transparenz und Einbeziehung der Betroffenen an die Parteien deutlich.

Eins ist am Ende klar - es braucht Bündnisse, um Anliegen und Positionen stark zu vertreten. Frankfurter Gesamtschulen, GEW und GGG haben dies an diesem Abend deutlich gemacht. Gute Bildungspolitik muss vom Kind her und jeweils auf die individuellen Bedingungen jeder Schule gedacht werden. Es braucht gute und engagierte Leute vor Ort. Politische Ansätze mit Gießkannenprinzip können nicht die Lösung sein. Alle sind sich einig - diese Diskussion sollte ein Anfang des Dialogs sein, auch wenn der Abend nach intensiven zwei Stunden Diskussion endet. Mareike Klauenflügel

# Die Wahltrends sind eindeutig: Mit über 13 Prozent der Stimmen für die AFD und dem Einzug in den hessischen Landtag wird gerechnet. Auch unter den Lehrerinnen und Lehrern finden sich AfD-Wähler, obwohl sich viele nicht als solche outen. Noch nicht. Bei der letzten Bundestagswahl hatte die AfD immerhin 10 Prozent der Stimmen von gewerkschaftlich organisierten Beamten bekommen – das dürfte in Hessen auch nicht viel anders sein.

Dass die Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte an hessischen Schulen hoch ist, ist kein Geheimnis. Und die Eine oder der Andere dürfte dazu neigen, den im Landtag vertretenen Parteien, von denen – außer der Linken – alle für ein Regierungsbündnis in Frage kommen - einen "Denkzettel" zu verpassen. Ganz besonders ärgert viele die Ignoranz der Landesregierung, die nur immer Erfolgsmeldungen absetzt und die realen Missstände vollkommen ignoriert. Dieses Informations-Desaster nutzt die AfD um in ihrem Landtagswahlprogramm Misstände aufzugreifen und Lösungen anzubieten.

# Zum Abschnitt "Bildung" im AfD Wahlprogramm

#### Kompetenzorientierung

"Wir beanstanden ..., dass eine gegenwärtig in Bildungsstandards betriebene, ausschließliche, Kompetenzorientierung' die notwendige Wissensvermittlung an hessischen Schulen aufs Gröbste vernachlässigt" heißt es im Programm<sup>1</sup>. Mit der Kritik an dem von der Kultusbürokratie Top-down durchgedrückten "Kompetenzorientierungsmodell" ist der AfD Zustimmung in der Lehrerschaft gewiss. Die Schlussfolgerung, die die Partei daraus zieht, stellt den Lehrerinnen und Lehrern allerdings ein schlechtes Zeugnis aus und ist in ihrer Absolutheit schlicht falsch: "Das führt dazu, dass unsere Kinder trotz attestierter Schulabschlüsse weder ausbildungsfähig für Handwerksberufe noch für Studiengänge hinreichend qualifiziert sind." Diese Übertreibung wird dann wieder mit einer durchaus zutreffenden Aussage ergänzt: "In die personelle und in die sächliche Ausstattung von Schule und Hochschule muss mehr investiert werden." Diese Vermischung von Dichtung und Wahrheit ist ein häufiges Element im AfD-Wahlprogramm.

# Inklusion

Einen weiterer Bereich, wo vieles im Argen liegt: Die Inklusion. Die inklusive Beschulung wird von der AFD rundweg abgelehnt, allerdings nicht, weil die personelle und sächliche Ausstattung zu schlecht ist, sondern mit einer ideologischen Begründung: Das "Kindeswohl" müsse "im Vordergrund stehen" und "Schließlich geht es bildungspolitisch um die Wertschätzung von Menschen mit Beeinträchtigungen wie gleichermaßen um die Wertschätzung eines jeden anderen Menschen." Soweit o.k., aber dann wird folgender Satz angefügt: "Auch junge Menschen ohne Beeinträchtigungen haben das Recht auf bestmögliche Förderung." Ohne sie zu benennen, wird unterstellt, dass durch die inklusive Beschulung die Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf verhindern, dass die übrigen nicht so wie sie es bräuchten, gefördert werden, also de facto be-

# In meinem Kollegium gibt es keine AfD-Anhänger

?

nachteiligt werden. Schuld an Missständen ist also die Anwesenheit von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, nicht die miserablen Bedingungen! Sämtliche Erfahrungen und wissenschaftlichen Studien, die das Gegenteil belegen, werden ignoriert. Trotzdem ist zu befürchten, dass viele Lehrkräfte und Eltern dem zustimmen, weil sie eine miserable, unterfinanzierte und personell katastrophal durchgeführte "inklusive Beschulung" erlebt haben, die aber – wie schlechte Bildungsverhältnisse generell – allen Kindern, unabhängig von ihrem Status schadet. Die Konsequenz, die die AfD zieht, ist also nicht die Forderung nach einer Verbesserung der Bedingungen, sondern eine verschärfte Auslese durch Stärkung der Förderschulen wie auch des gegliederten Schulwesens generell.

#### Selektion und Autorität stärken

Dabei verbindet die AfD das rückwärtsgewandte Eintreten für ein "differenziertes Schulsystem aus Grund-, Hauptund Realschulen, Gymnasien, Förderschulen (Schulen fürLernbehinderungen) und beruflichen Schulen" wieder mit der durchaus richtigen Forderung nach "individueller Förderung in kleinen Klassenverbänden". (Übrigens: Gesamtschulen gibt es bei der AFD überhaupt nicht!)

Und weiter: "Die Autorität der Lehrer muss gestärkt werden. Lehrer müssen bei ihrer Arbeit vorbehaltlose Rückendeckung von Schulleitern und Schulaufsichtsbehörden erhalten. Disziplinstandards fördern das Lehren und Lernen. Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, Unterrichtsstörungen wirksam zu unterbinden." Wer wünscht sich das nicht! Aber wie das konkret alles erfolgen soll, wird nicht benannt, denn "Disziplinstandards" sind schnell formuliert, nur wie man diese durchsetzen soll und wie sie das Lernen fördern, bleibt im Dunkeln. Das ist typisch für das AfD-Programm, praktisch an keiner Stelle wird eine konkrete Umsetzung beschrieben.

Weitere Themen der AFD gegen den – wie sie es nennt – ideologiegetriebenen "Gleichheitsgrundsatz", der angeblich das "Leistungs- und Anforderungsniveau an allen hessischen Bildungseinrichtungen verhängnisvoll nach unten abgesenkt hat", sind "der Erhalt der Vater-Mutter-Kind- Konstellation als Keimzelle unserer Gesellschaft", das Vorgehen gegen die "Sexualisierung von Kindern", den sog. "Genderwahn", gegen islamischen Religionsunterricht, usw.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die AfD versucht, die politische Lücke zu schließen, die aus einer eher pragmatischen Bildungs- und Familienpolitik der CDU entstanden ist. Sie zielt auf eine Re-Ideologisierung der Schulpolitik, verbunden mit einem Roll-Back zurück zu Dreigliedrigkeit und zentralisiertem Unterricht durch autoritäre Lehrkräfte. Sie greift rechts-

konservatives Gedankengut auf, radikalisiert es aber in ihrer praktischen Politik dadurch, dass sie es mit Drohungen und Einschüchterungen flankiert.

#### "Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!"

Was da auf uns in Hessen zukommen kann, wenn die AFD in den Landtag einzieht, hat Erhard Korn, ein Kollege aus Baden-Württemberg in drei Artikeln, die sich auf der Homepage der GEW-Bund finden anhand eindrucksvoller Beispiele geschildert. Dazu hier einige Auszüge aus den Artikeln²: Lehrkräfte sowie Dozentinnen und Dozenten an Hochschulen will die AfD durch Dienstaufsichtsbeschwerden einschüchtern, wenn sie AfD -kritische Veranstaltungen unterstützen.

Vor Ort greift die AfD – wie in Bernhausen bei Stuttgart – ganze Lehrkräftekollegien als "rot-grün geprägt" an. Einzelne Lehrkräfte werden angegangen, weil sie "die AfD als Partei Ewiggestriger" bezeichnet hätten. "Diese Verbrecher gehören auf die Anklagebank wegen Volkshetze!", kommentieren AfD-Anhänger in der Kommentarspalte der rechten Nachrichtenseite pi-news.net die Lehrerkritik an der AfD in Bernhausen. In der AfD dominiert ein Freund-Feind-Denken, in dem Gegner und Migrantinnen und Migranten kriminalisiert werden: "Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!" kündigte Markus Frohnmeier von der "Jungen Alternative" bei einer PEGIDA-Kundgebung in Erfurt an (Deutschlandfunk 29.10.2015). Stefan Räpple verstieg sich im Stuttgarter Landtag zur Beschimpfung anderer Abgeordneter als "Volksverräter" und laut der "Jungen Freiheit" vom 11. November 2016 zur Bekundung: "Die im Bundestag würde ich auch aufhängen!"

#### Gegen kritische Auseinandersetzung mit AfD-Programm im Unterricht

Auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht reagiert die rechtskonservative Partei allergisch. Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht sei, so der Landtagsabgeordnete Stefan Räpple auf seiner Homepage, "nur noch als kriminell zu bezeichnen" – müsse also strafrechtlich verfolgt und unterbunden werden. Gegen den Schroedel-Verlag kündigte er Strafanzeige an, da dieser Arbeitsblätter zur kriti-

schen Auseinandersetzung mit dem Parteiprogramm der AfD herausgibt. Des Weiteren rief Räpple dazu auf, "umgehend ALLE Druckerzeugnisse des Schroedel-Verlages zu boykottieren." (http://www.stefan-raepple.de/2016/04/26/raeppleverurteilt-politische-indoktrinationan-baden-wuerttembergs-schulen) In der ersten Anfrage der AfD-Baden-Württemberg (DS 16/14) unterstellte die Abgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Christina Baum der Landesregierung eine Mitbeteiligung an der Erstellung der Arbeitsblätter und wollte wissen, an welchen Schulen diese eingesetzt werden. In Hamburg wollte die AfD sogar wissen, "welche Nicht-GEW-Mitglieder" sich mit AfD-kritischen Materialien befassen.

Die AfD stört sich noch an weiteren Unterrichtsinhalten. Die rotgrüne Landesregierung in Stuttgart strebe mit dem Bildungsplan "die Zerstörung der traditionellen Familie", ja die Abschaffung des eigenen Volkes an, klagt die AfD-Abgeordnete Christina Baum. Wie Beatrix von Storch spricht sie von einem "schleichenden Genozid durch Genderismus" und einer bewussten "Umvolkung" durch Zuwanderung. Zusammen mit Beatrix von Storch hatte sie schon die "Demo für alle" organisiert und dazu beigetragen, dass in dieser Anti-Bildungsplan-Bewegung die Grenze zwischen konservativen ChristInnen und extremer Rechte überwunden werden konnte – eine der Voraussetzungen für den Erfolg der AfD.

#### "Erinnerungspolitische Kehrtwende"

In der Dresdner Rede des hessischen Gymnasiallehrers Björn Höcke am 17. Januar 2017 forderte der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende gar eine erinnerungspolitische Kehrtwende um 180 Grad, kritisierte die "dämliche Erinnerungspolitik", die Deutschland die

kollektive Identität raube und beklagte, dass sich Deutschland "ein Denkmal der Schande ins Herz seiner Hauptstadt gepflanzt" habe (Stuttgarter Zeitung, 19.1.2017). Schule soll, so die AfD Sachsen-Anhalt, zu einer "gefestigten Nationalidentität" erziehen und durch Disziplin "starke Männer" formen (Die Zeit, 19.2.2016). Außerdem will die Partei Lehrpläne zugunsten "positiver Anknüpfungspunkte" umschreiben, damit die Geschichte Deutschlands "angemessen und unverfälscht" dargestellt wird: die Erinnerung an Nazigräuel soll die Entwicklung eines neuen "Patriotismus" nicht behindern."

# Gute Lehrerversorgung – aber nur für deutsche Schüler!

Den zunehmenden Lehrkräftemangel vor allem an Grundschulen versucht die AfD auszunutzen, indem sie fordert, zuerst die Versorgung der deutschen Kinder zu sichern: "Bevor also ernsthaft darüber nachgedacht werden kann, Kinder von Flüchtlingen auf ohnehin bis an ihre Grenzen ausgelastete Regelschulen gehen zu lassen, müssen erst einmal mehr Lehrer eingestellt und die Klassenstärken verringert werden", positioniert sich die AfD im Landtag von Nordrhein-Westfalen zur Forderung des Flüchtlingsrats, Kinder schneller in die Schulen zu bringen. In Sachsen-Anhalt hat die AfD "im Plenum beantragt, Extra-Klassen für Kinder mit Migrationshintergrund einzurichten und auch das unselige Inklusionsexperiment zugunsten von ausreichend finanzierten Förderschulen zu beenden".

Diese Beispiele zeigen, dass es ein großer Fehler ist, die AfD in ihrer mitunter provinziell daherkommenden kleinbürgerlichen Biederkeit zu unterschätzen. Eine "Denkzettelwahl" kann auch schnell zum Eigentor werden!

Christoph Baumann

# AfD-Meldeportale: **Haltung und Engagement statt Zurückhaltung!**

"Haltung und Engagement zeigen statt Zurückhaltung üben" – das ist die Empfehlung der GEW an ihre Mitglieder mit Blick auf die Denunziationsplattformen der AfD. Auch die KMK übt deutliche Kritik an den Plattformen.

Die GEW beleuchtet in den "Fragen und Antworten zu den Meldeportalen der AfD" (siehe GEW Hessen Homepage) die gesetzlichen Grundlagen für politische Bildung in der Schule, den Sinn und Zweck des Beutelsbacher Konsens und gibt eine Handlungsorientierung für Lehrerinnen und Lehrer.

"Haltung und Engagement zeigen statt Zurückhaltung üben" das ist die Empfehlung der GEW an ihre Mitglieder mit Blick auf die Aufforderung der AfD an Schülerinnen und Schüler sowie Eltern, Lehrkräfte auf Online-Meldeplattformen anzuzeigen, die sich ihrer Meinung nach der AfD gegenüber nicht neutral genug verhalten haben sollen. Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe begrüßt, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) mit zwei aktuellen Beschlüssen zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung den Lehrkräften den Rücken stärkt. In einem Interview mit der ARD-Tagesschau hatte sie bereits gestern erklärt, dass ein Neutralitätsgebot nicht mit Wertneutralität verwechselt werden dürfte.

Mit den grundlegend überarbeiteten Empfehlungen "Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule" und "Menschenrechtsbildung in der Schule" reagiert die KMK auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und aktuelle politische Entwicklungen. Als besondere Herausforderung für die Schule benennt sie unter anderem ausgrenzende, menschenverachtende und antidemokratische Grundpositionen, den Umgang mit Geschichtsrevisionismus, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Teilhabe sowie des Miteinanders unterschiedlicher Ethnien und Kulturen in einem Zeitalter der Migration und anderer globaler Verflechtungen.

Der KMK-Präsident und Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter, erklärte zudem: "Aus aktuellem Anlass wenden wir uns entschieden gegen Internetportale, in denen Schülerinnen und Schüler ihre Lehrkräfte wegen vermeintlicher parteipolitischer Einflussnahme denunzieren sollen. Das führt im Ergebnis zu einer Vergiftung des Schulklimas.

<sup>1</sup> Alle im Text kursiv gesetzten Elemente entstammen dem AfD Wahlprogramm zur Landtagswahl in Hessen 2018: https://www.afd-hessen.org/ltw2018/wahlprogrammen/

<sup>2</sup> Hier der Link: https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/die-bildungspolitik-der-afd-wenn-wir-kommenwird-ausgemistet/

SEITE 8 FLZ Nr. 4/18

# Bericht aus dem Bildungs- und Integrationsausschuss

Ausschuss vom 17.9.2018

Zu diesem Ausschuss des Stadtparlaments sind wieder zahlreiche "Gäste" erschienen, genauer gesagt ExpertInnen zu den unterschiedlichen Themen, die auf der Tagesordnung stehen, darunter Vertreter des StadtschülerInnenrats und des Stadtelternbeirats. Eine ausführliche Berichterstattung soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Dieser Newsletter berichtet im Wesentlichen nur die Erwiderungen der Bildungsdezernentin Weber und des Baudezernenten Schneider zu den wichtigsten Themen.

#### Elisabethenschule/ Fürstenbergerschule

Die Eli möchte zum Schuljahr 2019/ 20 ihre Zügigkeit um 1 bis 2 erweitern. Frau Weber benennt als Voraussetzung ein positives Resultat der Standzeitprüfung der Container zur weiteren Nutzung durch das ABI und ob die fehlenden Chemiefachräume auch in die Container ausgelagert werden können. Im April 2019 solle die Übergabe des sanierten Altbaus erfolgen, die Außenstelle werde dann in den Sommerferien umziehen. Bis Jahresende solle die Festlegung der Zügigkeit geklärt werden. Nach der als "sportlich" bezeichneten Planung könnten dann an der Eli zwei neue Züge aufgemacht werden.

In dem aktuellen SEP sei eine Erhöhung der Realschulkapazitäten vorgesehen, die nach Abschluss der Sanierung der Eli greifen werde.

Zügigkeit und Verteilerrunde mit dem Staatlichen Schulamt seien im Frühjahr 2019 terminiert.

# Schulgründungen

Zum Schuljahr 2019/20 werde eine dritte Grundschule auf dem Riedberg (Fläche an der Hans-Leistikow-Str.) eröffnen. Herr Schneider vom ABI gibt zu bedenken, dass in der kurzen Planungs- und Realisierungszeit von elf Monaten bis zu ihrer Eröffnung keine Probleme auftreten dürften. Die Schule werde mit Hilfe von in Stahlbauweise erstellten Modulen gebaut.

Außerdem werde eine IGS eröffnen. Der aktuelle Bedarf habe alle Kapazitäten erschöpft. Für dieses Schuljahr sei mit 31 Prozent beim Übergang 4/5 eine IGS als Erstwunsch angegeben worden. Hier sei der Abschluss eines Mietvertrages zu einer Bestandsimmobilie im Gespräch. Solange der Umbau zu einer Schule erfolge, werde die IGS zunächst in einem Provisorium untergebracht. Das angedachte weitere Gymnasium werde erst 2021 eröffnen (auch hierfür sei eine Bestandsimmobilie vorgesehen), da Planungskapazitäten mit der Eröffnung der beiden o.g. Schulen und dem Umzug des Adorno-Gymnasiums, der Holzhausenschule ins Westend sowie der Errichtung eines zweiten Provisoriums für die 7. bis 10. Jahrgangsstufe der KGS Niederrad ausgereizt seien. Außerdem ständen 107 Gymnasialklassen einem derzeitigen Bedarf von 104 gegenüber, somit wäre zumindest ein kleiner Puffer gegeben. Und es hätten sich weitere Schulen bereit erklärt, die Zügigkeit der Gymnasialklassen zu erhöhen.

Perspektivisch stehe die Eröffnung weiterer fünf Grundschulen, einer IGS, eines Gymnasiums und einer gymnasialen Oberstufe an. (s. a. Kasten zum Schulentwicklungsplan)

#### **Panoramaschule**

Die Außenstelle der Schule platze aus allen Nähten. Die Zahl der SuS mit Förderbedarf GE sei stark angestiegen. Das KUMI prüfe dies. Es gäbe die Vermutung, dass der Anstieg mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammenhänge. Die Elternvertreter fordern sowohl sog. Kooperationsklassen in der inklusiven Beschulung als auch ausreichend Schulplätze an Förderschulen mit einer guten personellen Ausstattung.

#### **Evaluation der Modellregion/** "inklusive Beschulung":

Da der Kooperationsvertrag zur Modellregion mit dem Land Ende 2019 auslaufe, erfolge eine Evaluation durch die Goethe-Uni, die auch zeigen solle, was strukturell und personell besser gemacht werden könne. Wie eine Verordnung des KUMI hinsichtlich der Einrichtung sog. Kooperationsklassen im Bereich "Geistige Entwicklung" im neuen SEP umgesetzt werden könne, sei bis Jahresende in Diskussion.

#### Bäderkonzept

Frau Weber betont ausdrücklich, dass es sich bei dem vom BBF vorgelegten Bäderkonzept um eine Empfehlung an den Magistrat handele und dass jede Maßnahme einzeln beschlossen werde müsse.

Sie begrüße ausdrücklich das geplante Schwimmsportzentrum, da es Bedarfe abdecke, auch die der neu gegründeten und noch zu gründenden Schulen. Dies bedeute aber im Umkehrschluss nicht, dass die Stadt auf bestehende Schwimmbäder verzichte. Das Schulschwimmbad der ERS II solle im Rahmen der Gesamtsanierung miterneuert werden. Sie weise daraufhin, dass diese Schule als achtzügige inklusiv arbeitende Schule besonderen Bedarf an dem zur Schule gehörenden Schwimmbad habe, um den sporttherapeutischen Anforderungen der inklusiv zu beschulenden Kinder gerecht zu werden. Im derzeitigen Schulaktionsplan seien ja bereits 390.000 Euro für die Planung eingestellt. Auch sollen keine existierenden Schulschwimmbäder geschlossen werden, im Gegenteil sollen sie



# Ausschuss für Bildung und Integration (B)

Der Ausschuss setzt sich gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.5.2016 aus 21 Mitgliedern (5 CDU, 5 SPD, 3 GRÜNE, 2 AfD, 2 LINKE, 1 FDP, 1 BFF, 1 FRAKTION, 1 FRANKFURTER) zusammen.

Er berät und entscheidet unter anderem über Angelegenheiten und Belange aus den Bereichen: Schule · Volkshochschule · Kindertagesstätten · Stadtbüchereien.

Des Weiteren befasst er sich mit Angelegenheiten, die ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Aussiedler und Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben, betreffen.

Quelle: www.frankfurt de / Alle Dokument aus dem PARLamentsInformationsSystem der Stadt Frankfurt am Main unter: http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

notfalls saniert und weiterbetrieben werden.

#### Wöhlerschule/ **Heinrich-Seliger-Schule**

Die Wöhlerschule werde durch eine Erweiterung der Containeranlage fünf weitere Klassenräume erhalten. Bei der Heinrich-Seliger-Schule werde der erhöhte Platzbedarf durch den Ganztag geprüft, es erfolge eine Machbarkeitsprüfung zum Ausbau des Atriums.

#### Bericht des Dezernenten Schneider

Schneider merkte "der Vollständigkeit halber" an, dass bei den "ambitionierten" Plänen keine Puffer mehr bestünden. Künftig wolle man einen längeren Vorlauf als nur elf Monate einplanen. Mit der jährlichen Fortschreibung des SEP könne das gewährleistet werden.

Er präsentiert zwei Bespiele von Schulsanierungen: die der Franz-Böhm-Schule und der Klingerschule.

Bei beiden wurde mit Stahlbetonfertigbauteilen gearbeitet. Die Kosten betrugen ca. 1800 Euro/qm.

Die Stadt wolle neben der preisgünstigen Holzmodulbauweise zukünftig auch noch mit der günstigen Stahlbetonbauweise bauen.

#### Weiterer Bericht der **Dezernentin Weber**

Es erfolgte eine Begehung aller IGS-Schulen, ein Bericht dazu solle Ende des Jahres vorliegen.

Es gab einen zweiten Tag der Frankfurter Religionen zum Motto: Schönheit und Musik. 40 muslimische Gemeinden sind der Einladung gefolgt, es soll ab jetzt zweimal im Jahr ein Gesprächskreis stattfinden.

Es gab ein Gespräch mit dem Präsidenten vom LKA und dem Polizeipräsidenten zur Situation im Klapperfeld. Da es sich um ein vertrauliches Gespräch handelte, könne Frau Weber dazu nicht mehr sagen, die Situation werde beobachtet.

Auch mit den Vertretern des LSBTQ-Forums werde es regelmäßige Treffen geben, ein Schwerpunkt sei "Diskriminierung am Arbeitsplatz".

Es solle ein Gesamtkonzept zum "Ganztag" entwickelt werden. Es gehe darum, Schulen für eine aktive Mitarbeit in einem gemeinsamen Prozess zu gewinnen. Dazu werde es ein Treffen geben mit dem SEB, dem SSR, den Schulformsprechern, dem Personalrat (welcher?) geben. Frau Leonhard vom Stadtschulamt werde die Projektleitung übernehmen. Eine Kick-off-Veranstaltung sei für 2019 angedacht.

#### Qualitätssteigerung in den Krippen/Kitas

Frau Weber betonte, dass die Qualität nicht abgesenkt werde durch den kostenlosen Platz in der Krippe. Der Personalschlüssel soll erhöht werden. Weitere Hortplätze sollen zur Verfügung gestellt werden.

Im Haushalt 2019 sollen in einer ersten Stufe für weitere 9290 U3-Plätze 8,33 Millionen Euro zur Erhöhung des Personalschlüssels bereitgestellt werden.

In einer AG Fachkräftegewinnung wurde zusammen mit den Trägern der Jugendhilfe über Maßnahmen beraten, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen ohne sich diese gegenseitig abzuwerben. Als Maßnahmen wurden angedacht: Hilfe bei der Wohnungssuche, Ballungsraumzulage, Fortbildungen, Vereinfachung bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse.

# **WLAN**

Da die Stadt bisher in den Ausbau des Glasfasernetzes investiert habe, werde ein Ausbau von WLAN nicht schnell erfolgen können. Der Einsatz von WLAN im Unterricht müsse pädagogischen Zwecken dienen, brauche andere Unterrichtsformen. Es könne nur ein Zugriff auf das pädagogische Netz der Schule erfolgen, zum Beispiel in sogenannten ipad-Klassen. Der Jugend- und Datenschutz müsse gewährleistet sein. (Siehe hierzu auch die Erklärung der Fachgruppe Gymnasien)

Der Verein "Umweltlernen" besteht seit 25 Jahren. Er hat geholfen, dass an den Frankfurter Energiesparschulen 12 Millionen Euro an Energiekosten eingespart werden konnten.

Der SEP-B liege im Entwurf vor und werde am 3. Dezember in einer Sitzung des BA vorgestellt. (Siehe hierzu auch die Nachrichten aus dem GPRLL und die Berichtsergänzung vom 29.10.2018)

Die Wortmeldungen der "Gäste" gingen auf das Problem mit der überzügigen Aufnahme von Klassen an den bestehenden Gymnasien und die damit einhergehende Überforderung ein (Stadtelterbeirat).

# Integrierter Schulentwicklungsplan der **Stadt Frankfurt am Main (Auszug)**

Fortschreibung 2017 - 2023 Vorgang: I. Beschl. d. Stv.-V. vom 01.03.2018, § 2394 (M 14) · Vortrag des Magistrats vom 17.08.2018, M 148

4. Der Magistrat wird beauftragt, die Zustimmung des Hessischen Kultusministeriums zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes gemäß § 145 Abs. 6 HSchG und zu den nachfolgend aufgeführten Schulorganisationsmaßnahmen gemäß § 146 HSchG zu beantragen.

4.1 Errichtung einer vierzügigen Grundschule - Bebauung "Am Römerhof"

- 4.2 Errichtung einer vierzügigen Grundschule Bebauung "Südlich Rödelheimer Landstraße"
- 4.3 Errichtung einer vierzügigen Grundschule Hansaallee
- 4.4 Errichtung einer vierzügigen Grundschule Nachverdichtung Platensiedlung 4.5 Errichtung einer vierzügigen Grundschule - Riedberg
- 4.6 Errichtung einer sechszügigen IGS (Bildungsregion Nord)
- 4.7 Errichtung eines sechszügigen Gymnasiums (Bildungsregion Mitte-Nord)
- 4.8 Errichtung einer sechszügigen gymnasialen Oberstufe an der KGS Niederrad Süd (Bildungsregion Süd)

Als weitere Maßnahme wird die Erweiterung von Realschulen, Realschulzweigen und von verbundenen Haupt- und Realschulen beschrieben, um die steigenden Bedarfe ab Klassenstufe 7 aufzufangen.

Um den steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung zu entsprechen, werden in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bedarfszahlen und unter Beachtung der Evaluationsergebnisse zur ,Modellregion inklusive Bildung' sowie der Verordnung des Hessischen Kultusministeriums, die Errichtung weiterer Kooperationsklassen und/oder der Ausbau bestehender Förderschulen mit diesem Schwerpunkt geprüft, um für Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen eine optimale Förderung zu gewährleisten und dem Elternwillen nachzukommen. Beide Vorhaben stellen keine schulorganisatorischen Maßnahmen nach §146 Hessisches Schulgesetz dar und sind insofern nicht genehmigungspflichtig. Darüber hinaus wird bereits jetzt der Bedarf für ein weiteres Gymnasium gesehen, das in die nächste Fortschreibung des integrierten Schulentwicklungsplans 2018-2024 aufgenommen wird.

5. Über die Aufnahme von Mitteln zur Errichtung neuer Schulen sowie die personellen und sächlichen Folgekosten ist im Rahmen der Aufstellung zukünftiger Haushalte und der jeweiligen mittelfristigen Finanzplanungen zu entscheiden. 6. Für die einzelnen Maßnahmen werden jeweils gesondert Planungsmittelfreigaben beantragt, unter Angabe aller Folgekosten und der jeweiligen Bedarfe.

Die Durchführung eines Bauvorhabens durch Dritte bedarf der Beschlussfassung

durch die Stadtverordnetenversammlung. 7. Vor Konkretisierung der geplanten Schulbaumaßnahme soll der Bedarf jeder neuen Schule nochmals unter Berücksichtigung eventuell neuerer Entwicklungen durch die Schulentwicklungsplanung überprüft werden. Das Ergebnis wird im Rahmen der Bau- und Finanzierungsvorlage dargelegt.

Der Stadtschulsprecher kritisierte das ebenso, ging dann auf die Probleme ein, die das vom Sportdezernenten ins Spiel gebrachte Schwimmsportzentrum zur Folge hätte und überreichte den Jahresbericht des SSR.

Frau Terpitz und Frau Trommershäuser gingen auf das Problem der "inklusiven Beschulung" bzw. der "Kooperationsklassen" ein.

Die Schulleiterin der Marie-Curie-Schule betonte, wie wichtig eine dritte Grundschule auf dem Riedberg sei und dass ihre Schule aus allen Nähten platze.

Der Schulelternbeirat der Elisabethenschule mahnte eine schnellere Planung für Elisabethen- und Fürstenberger-Schule an und sprach sich für eine höhere Zügigkeit an der Elisabethenschule aus.

Die Elternbeiratsvorsitzende der Panorama-Schule plädierte für eine Erweiterung der Schule.

# Ergänzung aus dem Ausschuss vom 29.10.2018

#### BürgerInnenrunde

Herr Voissem erkundigt sich zum Stand der Machbarkeitsstudie für die Europäische Schule.

Frau Dielmann spricht zu Tagesordnungspunkt 11. (Cantina Buen Barrio bleibt! IGS Nordend behält ihr Mensateam).

Frau Kley und Herr Gathof äußern sich zu Tagesordnungspunkt 13. (Genauere Aufschlüsselung von Schulplatzangebot und -nachfrage). Dieser TOP wird aber vertagt.

# Planungsrahmen für neue Grundschulen

Die Dezernentin lässt durch Herrn Schneider und Herrn Heilmann von dem bueroschneidermeyer im Rahmen einer Präsentation den erarbeiteten Planungsrahmen für neue Grundschulen vorstellen. Der entsprechende Bericht des Magistrats wird voraussichtlich im Januar 2019 folgen.

# **Dezernentin Weber berichtet**

von einem Kontaktstudium, das der Verein KUBI zusammen mit der Universität Oldenburg entwickle, um Zugewanderte zu pädagogischen Fachkräften auszubilden. Das solle in zwei Semestern und einem 10-wöchigen Praktikum geschehen.

Ein "Integrationspreis" solle am 22.11.2018 verliehen werden.

Der Bildungsausschuss am 3.12. solle den neuen Haushalt zum Gegenstand haben, der am 8.11.2018 eingebracht werde; dafür gebe es um 16 Uhr bereits spezielle Informationen vor der eigentlichen Sitzung des Ausschusses.

In der Januarsitzung solle der Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen vorgestellt und beraten werden. Diese Sitzung findet in der Berta-Jourdan-Schule statt, weil hier die ersten Baumaßnahmen vorgesehen seien.

In der Februarsitzung solle die "Modellregion Inklusive Bildung" beraten werden. Die Evaluation werde bis Ende des Jahres fertig sein.

Am 18.10.2018 sei der Spatenstich für den Neubau an der Römerstadtschule erfolgt, der mit einer neuen Konzeption verbunden sei. Archäologische Funde hätten den Bau verzögert.

Die Schule habe 2014 den Deutschen Schulpreis gewonnen. Alle Kinder würden ganztags betreut. Die Eröffnung sei für 2020 vorgesehen.

Die Stadtbücherei wurde zur "Bibliothek des Jahres" gekürt, weil sie eine Schulbibliothekar-Stelle eingerichtet habe, um die Schulbibliotheken für 111 Schulen und über 57.000 SchülerInnen zu koordinieren. So habe die Stadtbücherei u.a. Standards für Schulbüchereien entwickelt.

Die diesjährige Frankfurter Schulbaumesse findet ab 28.11.2018

Die Stadtverordnete Pauli regt an, eine der nächsten Ausschuss-Sitzungen in der Ludwig-Erhard-Schule stattfinden zu lassen.

#### Pestalozzi-Schule

"Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, erneut darauf hinzuwirken, dass die Schülerinnen und Schüler während der Bauarbeiten am Riederwaldtunnel ausreichend vor der Lärmbelästigung geschützt werden.

Er möge auf Hessen Mobil einwirken mit dem Ziel, dass

a) die Lärmschutzwand an der Baugrube in der bereits geprüften, und für ausreichenden Lärmschutz notwendigen, Länge und Höhe errichtet wird ( 260 m Länge und 10 m Höhe);

b) neben Schallschutzfenstern auch eine Lüftungsanlage errichtet wird, sollte der Einbau im laufenden Schulbetrieb möglich sein;

c) immer nur diejenigen Bäume gefällt werden, deren Entfernung für anstehende vorbereitende Maßnahmen zwingend erforderlich ist.

Begründung:

Die Pestalozzischule wird während des Baus des Riederwaldtunnels maßgeblich von dem damit einhergehenden Lärmaufkommen betroffen sein. Da es sich hierbei um eine langjährige und weitreichende Baumaßnahme handelt, ist es von besonderer Bedeutung, dass die zielführendsten Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden. Um einen regulären Schulbetrieb zu ermöglichen, müssten neben den vorgestellten Lärmschutzmaßnahmen noch zusätzliche Maßnahmen durch das Land ergriffen werden.

Zu nennen wäre hier beispielsweise der Einbau einer Lüftungsanlage, da es während der Bauarbeiten kaum möglich sein wird, im Schulbetrieb regelmäßige Lüftungszeiten einzuhalten."

#### Hostatoschule: Errichtung eines Erweiterungsbaus für die Betreuung und eine Cafeteria

Der Magistratsvorlage vom 07.09. 2018, M 161 zur Hostatoschule (Grundschule) wird zugestimmt:

Dem teilweisen Abriss des auf dem Baufeld des Schulgrundstückes befindlichen oberirdischen Verkehrsbauwerkes wird zugestimmt.

Der Herstellung der oberirdischen Querung der Leunastraße als Übergangslösung bis zur Realisierung der Regionaltangente West wird zugestimmt.

Der Anbindung des Bestandsgebäudes an den Erweiterungsbau mit Schaffung der barrierefreien Erschließung des denkmalgeschützten Schulgebäudes wird zugestimmt.

Dem Anbau mit Cafeteria und der Erweiterung um Betreuungsräume an der Hostatoschule (Grundschule) wird zugestimmt.

Den aus der Anbindung des Erweiterungsbaus im Bestandsgebäude sich ergebenden baulichen Veränderungen und notwendigen brandschutzrechtlichen Auflagen im Bestandsgebäude wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 7,9 Millionen Euro werden bewilligt.

CDU-Sportdezernent Frank hält immer noch an Schwimmbad-Konzept fest

# ÖÖP soll auch in Frankfurt am Main Schule machen?

Die Frankfurter SPD hat in der letzten Kommunalwahl deutliche Wählerzugewinne erhalten. Sie hat mit den Themen Bildung, Personal, Wohnen und Tariftreue SPD-WählerInnen zurückgewinnen können. Die Stadt Frankfurt und die SPD in der Stadtregierung stehen trotz und durch die bisherige Politik von CDU und Grünen vor gewaltigen Investitionsstaus. Die SPD hat im Koalitionsvertrag die Erhöhung der Investitionen durchgesetzt, aber allein 1-2 Mrd. Euro sind notwendig, um die Schulen für 67.000 SchülerInnen in Frankfurt zu sanieren.

Der CDU-Dezernent Schneider setzt weiterhin auf ÖPP-Partnerschaft, obwohl es einen breiten Widerstand auch der Gewerkschaften (GEW) und der SPD (Jusos) gegeben hat und weiterhin gibt, die den Bau der U-Bahn in ÖPP verhindert haben.

Nun macht der CDU-Sportdezernent Frank den Versuch, die Einrichtung eines Schwimmsportzentrums in Öffentlich-öffentlicher Partnerschaft (ÖÖP) zu errichten, um die Politik der Schuldenbremse zu umgehen. Dieses Schwimmsportzentrum, das gemeinsam mit der Stiftungsuniversität betrieben wird, soll von den Schulen anstelle eigener Schulschwimmbäder genutzt werden.

Es gibt den Widerstand der Eltern und Lehrer gegen diesen Versuch, den Ausbau der Schulschwimmbäder, die den Bedürfnissen der Kinder (auch mit Behinderungen) angepasst und von den umliegenden Vereinen mitbenutzt werden konnten, zu ersetzen. Die Personalversammlung der Ernst Reuter Schule (ERS: 1.700 Kinder. Gemeinsamer Unterricht mit Kindern mit Behinderung) forderte deshalb "die Instandsetzung bzw. den Neubau des Lehrschwimmbeckens der ERS'en in der NW-Stadt" (Beschluss v.17. 8.2018).

Der Widerstand gegen die ÖPPund ÖÖP-Pläne, der auch von der Frankfurter GEW unterstützt wird, hat dazu geführt, dass die SPD-Schuldezernentin Sylvia Weber die Sanierung der Tragluftturnhalle und des Lehrbeckens zugesagt hat. Aber das ist nur ein Teilerfolg, denn andere Schulen sollen künftig das Schwimmsportzentrum nutzen. Aber unklar ist, wie viele Schulen ihre Kinder überhaupt in das Zentrum schicken können, das auch von der Universität genutzt werden wird.

Angeregt durch die ersten Erfahrungen in Berlin mit ÖÖP (siehe Nr. 400) lädt der SPD-Ortsverein Frankfurt Nordweststadt-Süd für den 27. September zu einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der GEW ein:

#### Wohin treibt die Schuldenbremse: ÖÖP – Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaft macht Schule?

"Zur Begrenzung der Staatsverschuldung wurde 2009 eine verfassungsrechtliche Regelung – die sogenannte Schuldenbremse – beschlossen. Sie führt dazu, dass seit 2011 den öffentlichen Haushakten enge Grenzen bei der Finanzierung ihrer Investitionen zur Daseinsvorsorge und Zukunftsgestaltung gesetzt werden.

Um wiederum diese Schuldenbremse finanztechnisch zu umgehen, wurde lange Zeit das Instrument der öffentlich-privaten-Partnerschaft genutzt (ÖPP), bei der die öffentliche Seite mit privaten Partnern einen privatrechtlichen Betrieb aufnimmt; mit teilweise verheerenden Folgen für die Teilnehmer der öffentlichen Seite und dem Verlust an staatlicher Kontrolle.

Mit dem Vertrauensschwund in ÖPP wurde das sogenannte ÖÖP entwickelt. Partnerschaften, bei der der einstige "private Partner" durch einen Partner ersetzt wird, der eine öffentliche Stiftung oder mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand ist. Mehr öffentlicher Einfluss auf die Unternehmen wird damit versprochen; dem Einfluss der staatlichen Kontrollgremien bleiben solche, den ÖPP rechtlich identischen Konstrukte, allerdings weiterhin entzogen

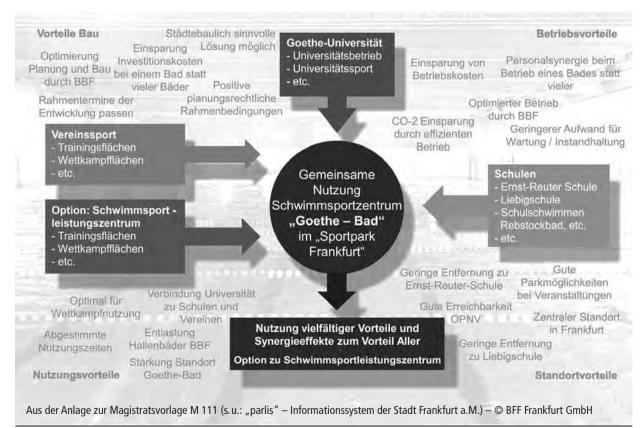
[...] Wollen wir, dass Investitionen in die Zukunft unserer Kinder, dass Schulen oder Schwimmbäder ohne durch die Bürger legitimierte Kontrollmöglichkeiten errichtet und für lange Zeit betrieben werden?

Wir möchten mit Herbert Storn, Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften GEW, über Erfahrungen mit ÖPP und ÖÖP im Bereich der Bildung diskutieren und mit einem Blick in die Zukunft Entwicklungen und Folgen für Bürgerinnen und Bürger aufzeigen können."

Tanja Clauß, Elternbeirätin, Lothar Ott, ehem. Lehrer der Ernst-Reuter-Schule, beide SPD-Ortsverein Nordweststadt-Süd

# **Neubau Schwimmsportzentrum**

Synergien durch Konzentration und Kooperation



Gemäß den Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen sind bei einem Anbau Passivhauskomponenten vorzusehen, dies ist berücksichtigt. Eine Photovoltaikanlage wurde aus Denkmalschutzgründen nicht in die Planung mit aufgenommen.

Mit der Maßnahme ist unverzüglich nach Schaffung der oberirdischen Querung der Leunastraße

(Ersatz für Unterführung) zu beginnen.

#### Medienkompetenz in den Schulunterricht Einer Anregung der KAV vom 11.09.

**2018 wurde zugestimmt.**Der Magistrat setzt sich beim Kultusministerium des Landes Hessen dafür ein, dass Medienkom-

petenz in den Schulunterricht eingebaut wird. Dies kann durch z.B. durch Aufnahme in den Lehrplan eines bestimmtes Faches oder als unterrichtsergänzende Maßnahme erfolgen.

Ingeborg Ulrich und Christina Avellini SEITE 10 FLZ Nr. 4/18

# Bildungscampus Gallus

# Abschlussbericht der "Phase null" stößt auf Widerspruch

Im Juni dieses Jahres wurde mit dem Ende der Planungsphase 0 der erste Teil der Planungen zum "Bildungscampus Gallus" abgeschlossen. Alle beteiligten Institutionen hatten zwischen Dezember 2017 und Juni 2018 die Möglichkeit, in mehreren Workshops ihre Ideen einzubringen und im Rahmen einer Bildungsreise zu Schulen in Norddeutschland neue Ideen zu sammeln.

Das Ergebnis wurde vom Hamburger Planungsbüro Luchterhand unter dem bei der Kinderoper von Paul Hindemith entlehnten Motto "Wir bauen eine Stadt, es soll die allerschönste sein..." im Abschlussbericht zur Planungsphase 0 vorgestellt. Als Zielsetzung benennt das Planungsbüro in diesem Bericht: "Mit dem Bildungscampus Gallus sollen anregende, inspirierende und auf die Bedürfnisse der Lernenden zugeschnittene Bildungsräume entstehen. Im Mittelpunkt steht dabei die intensive Vernetzung unterschiedlicher Bildungsbausteine zu einer Bildungslandschaft. Die verschiedenen Einrichtungen auf dem Campus ermöglichen einen Bildungsweg von der Kinderkrippe bis zur Hochschulreife, und auch Einrichtungen und Bewohner des Stadtteils können auf Räumlichkeiten des Bildungscampus zugreifen." (S.10)

Für den weiteren Prozess der Entwicklung des Bildungscampus und die folgende Phase, nämlich die Ausschreibung für den Bau des Gesamtkomplexes, soll dieser Bericht die Grundlage sein. Neben einer Bestandsaufnahme und einem "Leitbild" enthält dieser Bericht die "Erarbeitung von programmatischen und pädagogischen Zielsetzungen, ihre Übersetzung in komplexe Funktionszusammenhänge und detaillierte Raumprogramme" (S. 11).

# Sechszügig oder lieber vierzügig?

Drei Kitas, ein Jugendhaus und die Paul-Hindemith-Schule inklusive der Stadteil- und Schulbibliothek befinden sich zurzeit auf dem Gelände des zukünftigen Campus Gallus. Dazu sollen noch die Neue Gymnasiale Oberstufe (NGO) und das Kinderhaus Gallus kommen.

Die Bestandsaufnahme zu Beginn des Berichts stößt auf massive Kritik, vor allem seitens der Paul-Hindemith-Schule. So heißt es in einem Schreiben der Schule an Schulamt und Bildungsdezernat: "Die

PHS wird hier als 6-zügig geführt. Wir weisen erneut darauf hin, dass wir dies ablehnen und die unserem Konzept entsprechende 4-Zügigkeit verankern wollen". Flankiert wird diese Kritik von einem Schreiben der AG Bildungslandschaft Gallus an Schuldezernentin Weber (siehe folgenden Textauszug). In dieser AG sind alle betroffenen Institutionen sowie weitere Personen aus Stadtteileinrichtungen, Ortsbeirat, Kinderbeauftragter usw. vertreten.

"Uns ist bewusst, dass die Stadt Frankfurt und speziell das Bildungsdezernat sich aufgrund der gestiegenen SchülerInnenzahlen in einer

schwierigen Situation befinden und dass sich dies in den nächsten Jahren nicht ändern wird. Dies hat sich in den Planungen für den Bildungscampus Gallus dahingehend niedergeschlagen, dass die Paul-Hindemith-Schule als sechszügige Schule im Schulentwicklungsplan festgeschrieben wurde. Zusammen mit der geplanten bzw. möglichen Erhöhung der Kinderzahlen in Krippen, Kitas und auch - so vermuten wir - in der Folge davon auch in der Neuen Gymnasialen Oberstufe, die auf das Gelände ziehen wird, stellt dies unseres Erachtens eine nicht zu unterschätzende Hypothek für das Gesamtprojekt dar. Auch wenn die Entscheidung für eine Sechszügigkeit der Paul-Hindemith-Schule gefallen zu sein scheint, ist die AG BL Gallus im Hinblick auf eine positive und gelingende Entwicklung des Bildungscampus der Ansicht, dass eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen (plus den Erwachsenen, die die Stadtteilbücherei, Veranstaltungsräume und Café besuchen werden) gerade im überaus verdichteten Gallus sich als problematisch erweisen könnte. Enge, Unübersichtlichkeit und Anonymität sind keine für Bildungs- und soziale Prozesse förderlichen Faktoren. Die Paul-Hindemith-Schule hat damit in früheren Jahren ihre Erfahrungen gemacht. Lärm, Aggressivität und Konflikte waren deutlich stärker zu beobachten als in der Zeit der Vierzügigkeit. Daher halten wir eine vierzügige IGS (...) für die bessere Lösung für den Bildungscampus und für den Stadtteil Gallus insgesamt."

\*

Derzeit besuchen die Kitas und die Paul-Hindemith-Schule bereits über 900 Kinder und Jugendliche. Zu-

Massenbetrieb

und Fließbandfütterung



# Käfighaltung

Nicht zum ersten Mal versucht die Stadt, zwei, nein, drei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Möglichst viele SchülerInnen ganztägig in einer Schule unterzubringen, Angebote für den umliegenden Stadtteil zu machen und ein reformpädagogisches Konzept ("Lernlandschaften") zu installieren. Reformmodelle mit Einsparversuchen zu verbinden ist im Bildungsbereich meist gescheitert: Die inklusive Beschulung ist das abschreckendste Beispiel dazu aus jüngster Zeit!

Seit nunmehr drei Jahren wehrt sich die Schulgemeinde der Paul-Hindemith-Schule gegen die von Stadt- und Staatlichem Schulamt verordnete Sechszügigkeit ihrer Lernjahrgänge. Die Administration beruft sich dazu auf Schulentwicklungspläne aus dem vorigen Jahrhundert, die die Paul-Hindemith-Schule noch als kooperative Gesamtschule, ohne Intensivklassen, ohne PuSch-Klasse, ohne integrative Beschulung beschrieben. Der Prozess einer bewussten Reduzierung der Kernklassen auf vier pro Jahrgang war den Erfahrungen geschuldet, dass eine Schule mit 900 Schülerinnen und Schülern am Standort Gallus mit dem aus dem Massenbetrieb resultierenden Problem nicht klar kam. Das vom Kollegium entwickelte Jahrgangsmodell hin zu einer integrierten Gesamtschule und die Reduktion auf unter 600 SchülerInnen trugen entscheidend zur Beruhigung der Lage und einem angenehmen und förderlichen Lernklima bei. Diese positive Entwicklung steht jetzt, mit einer Festschreibung von künftig über 900 SchülerInnen allein für die Paul-Hindemith-Schule, auf dem Spiel.

Und dabei bleibt es ja nicht: Hinzukommen sollen noch 600 SchülerInnen der Neuen Gymnasialen Oberstufe (NGO). Mit den drei Kitas auf dem Gelände sind es dann an die 2.000 Kinder und Jugendliche. Die Verantwortlichen im Stadtschulamt gehen ein großes Risiko ein, wenn sie meinen, durch neue pädagogische Konzepte wie die sogenannten "Lernlandschaften" den Problemen des Massenbetriebs zu entgehen.

Ein erfolgreiches Beispiel für dieses pädagogische Konzept fanden die Teilnehmer an der Bildungsexkursion in der Phase null in Osterholz-Scharmbeck, einem Ort an der Peripherie Bremens: Jeder Jahrgang hat dort einen eigenen, abgeschlossenen Bereich. Dieser bietet alle Möglichkeiten: Unterricht mit der Großgruppe (Klasse), in Kleingruppen oder Einzelarbeit in (schallisolierten) Nebenräumen, die jedoch durch eine große Glasfront einsehbar sind, abschließbare Schülerfächer, individuelle, feste Schülerarbeitsplätze (siehe Fotos). Die Schülerinnen können ihr Unterrichtsmaterial in der Schule lassen, müssen kein Material mitbringen (zusätzlicher Materialraum). Die Schule ist eine "teilgebundene" Ganztagsschule mit Pflichtunterricht an zwei Nachmittagen. Sie ist keine IGS ist, d.h. es bestehen bei weitem nicht die Differenzierungsnotwendigkeiten wie an einer IGS.

wendigkeiten wie an einer IGS.
Für die dreizügige Sekundarschule bei Bremen mit ihren 450
Schülerinnen stehen 9.200 qm
zur Verfügung, für die 900 SchülerInnen der Paul-HindemithSchule sollen hingegen nur 7.537
qm zur Verfügung stehen, davon
6.192 qm schulintern und 1.345
qm in sog. "gemeinschaftlichen
Funktionsbausteinen" (S.68).

Skurril wirkt vor diesen sich abzeichnenden Raumkapazitäts-



problemen der Vorschlag auf Seite 49 des Abschlussberichts: "Je nach Interesse der Schulgemeinschaft wäre auch eine Kleintierhaltung vorstellbar, die über Bienenstöcke und Insektenhotels hinausgehen. So zum Beispiel Schulhühner oder Kaninchen …"

Realisierte man diese Tierhaltung, müsste gemäß Tierschutzverordnung vermutlich pro Schulhuhn oder Kaninchen mehr an Quadratmeter Haltungsfläche zur Verfügung gestellt werden als für eine Schülerin oder einen Schüler. Deshalb haben die Lehrkräfte der Paul Hindemith-Schule recht, wenn sie bezüglich der "Bildungslandschaft Gallus" formulieren: "... eine solche Lernumgebung braucht zwingend spürbar mehr Platz als eine Gangschule aus dem 19 Jahrhundert".

Christoph Baumann

# sammen mit der gymnasialen Oberstufe und einer um weitere 200 Personen aufgestockten Paul-Hindemith-Schule sollen es zukünftig an die 2000 sein. Hinzu kommen noch die erwachsenen Betreuungsperso-

Wie sich Probleme konkret darstellen, sollte das Konzept umgesetzt werden, haben Kolleginnen und Kollegen der Paul-Hindemith-Schule in ihrem Schreiben zu dem Abschlussbericht sehr genau am Beispiel der geplanten Mensa dargestellt:

nen und die Campusbeschäftigten.

>> "Fehlende bzw. zu geringe Verkehrswege und Anstellflächen: ... verbleiben nach Abzug der Essplätze und des Loungebereichs nur noch 20 m², die auf S. 45 als Anstellfläche ausgewiesen sind. Das bedeutet entweder, dass diese 20 m² auch sämtliche Verkehrs- und Fluchtwege für die angegebenen 220 SchülerInnen beinhalten, oder dass diese in den 1,1 m² pro Essplatz einkalkuliert sein müssen. So oder so erscheint uns das brandschutztechnisch höchst bedenklich. Wie sich 220 SchülerInnen auf 20m² für ihr Essen anstellen sollen, bleibt uns schon rein physisch unklar (- das sind  $0,09 \, m^2$  pro Person).

>> Zu geringe Veranschlagung der Nutzung: Wir widersprechen energisch der Annahme, dass nur 70 % Fortsetzung S.11 oben



Lernkoje (oben) und Lernlandschaft

Fotos: https://www.campus-ohz.de/

Scharmbeck.

Youtube / Autor

(Mitte und unten) im Campus Osterholz-

Fortsetzung von S.10

der Schüler in den unteren Jahrgängen und 30% der Schüler in den höheren Jahrgängen in der Mensa essen. Diese Zahlen wurden u.E. willkürlich gewählt, um die Mensa irgendwie in der verfügbaren Gesamtfläche unterzubringen. Als Ganztagsschule ist es aber unsere Pflicht, grundsätzlich jedem Schüler zu ermöglichen, ein Mittagessen zu sich zu nehmen, (...). Die Mensa von vornherein derart knapp zu bemessen, dass faktisch nicht einmal die Hälfte aller SchülerInnen (PHS+NGO) dies tun kann, wird unserem Auftrag keinesfalls gerecht.

**▶** 3-Schicht-Betrieb: Auch dem 3-Schicht-Betrieb müssen wir erneut widersprechen. Selbstverständlich ist es möglich, dass einzelne SchülerInnen ihre Mahlzeit in so kurzer oder sogar noch kürzerer Zeit verzehren. Aber dies von vornherein zur Grundlage der Planung zu machen, widerspricht der gesamten Idee, dass die Mensa ein Ort der Begegnung, des Miteinanders und des Aufenthalts sein soll und damit dem Konzept einer Ganztagsschule. Dies alles lässt sich nur erreichen, wenn ausreichend Platz und Zeit zur Verfügung stehen und die Lehrkräfte die SchülerInnen nicht sofort, nachdem der Teller leer ist, vom Platz verscheuchen müssen.

▶ Zu geringe Gesamtgröße: Aus unserer Sicht müsste die Mensa mindestens 400 Sitzplätze haben (das entspräche eine Quote von 50% der insgesamt 1614 SchülerInnen von NGO und PHS in einem 2-SchichtBetrieb), zuzüglich ausreichender Anstell- und Verkehrsflächen, so dass sie mehr als doppelt so groß geplant werden müsste wie zur Zeit. Sollte sich der tatsächliche Platzbedarf auf der verfügbaren Fläche nicht realisieren lassen, raten wir zu einer Reduzierung der Zügigkeit."

Außerdem sind Anzahl und Größe der Räume in den sog. "Lernlandschaften" vollkommen unzureichend. Ebenso fehlen naturwissenschaftliche und weitere Räume, die sich aus dem Spezifika "gebundene Ganztagsschule"(Profil 3) ergeben. *Christoph Baumann* 

# Die (Nicht-)Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die digitale Welt ...

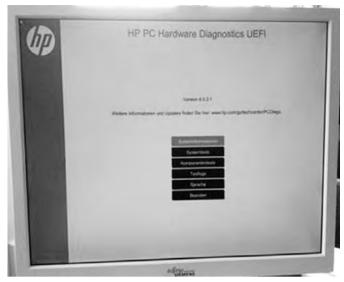
Gymnasialpersonalräte zum Thema Ausstattung mit IT an Frankfurter Schulen

Die Personalräte der Frankfurter Gymnasien beobachten mit wachsender Empörung die Entwicklung im Bereich der IT-Ausstattung der Frankfurter Schulen.

Sowohl in Politik als auch in den Medien wird immer wieder – zu Recht – gefordert, die Kinder und Jugendlichen für die digitale Welt zu rüsten. Nicht selten wird dabei auf die Lehrerinnen und Lehrer verwiesen, deren Aufgabe und Verantwortung es ist, ihre Schülerinnen und Schüler auf die vielfältigen Anforderungen einer digitalen Welt vorzubereiten, oft mit der Aufforderung, sich entsprechend fortzubilden und auf die Anforderungen der modernen Informationsgesellschaft einzustellen.

Wenn das das zentrale Problem wäre, wäre ihm wohl leicht abzuhelfen. Lehrerinnen und Lehrer bilden sich zu diesem Thema zunehmend fort, viele sind aufgeschlossen, technisch versiert und offen für neue Konzepte – scheitern aber an den Arbeitsbedingungen in ihren Schulen. Kultusminister Herr Professor Lorz hat die Ausstattung der hessischen Schulen mit digitalem Equipment, auch mit WLAN und Tablets in der Presse groß angekündigt, und auch die Stadt Frankfurt hat pressewirksam ein Projekt mit Modellschulen, die mit WLAN ausgerüstet werden sollten, veröffentlicht. Schülerinnen und Schüler, Eltern und Kollegien der bisher äußerst mäßig ausgestatteten Schulen haben sich gefreut.

Der ist-Zustand widerspricht allerdings den Lobeshymnen, die Stadt und Land ausgerufen haben. Tatsächlich beklagen die meisten Frankfurter Gymnasien (und unserer Kenntnis nach gilt dies für die meisten Frankfurter Schulen auch anderer Schulformen), eine unzurei-



Neuer PC – geht aber seit Monaten nicht...

chende, teilweise desolate Ausstattung mit technischem Equipment.

Es gibt Schulen, die für bis zu 30 Klassen zwei PC und Laptop-Einheiten zur Verfügung haben, die man sich reservieren muss, um immerhin einmal einer Klasse Zugang zu den Möglichkeiten eines PCs zu bieten. Die Reservierungsliste für diese Einheiten ist bis Weihnachten gefüllt...

Den Schulen wurde eine alle 5
Jahre stattfindende Neuausstattung
mit IT zugesagt. Von einer Erfüllung
dieser Zusage sind wir weit entfernt:
Bestellungen und Nachfragen werden zum Teil schlichtweg nicht bearbeitet, andere Schulen beklagen,
dass die Neuausstattung nur Tastatur und PC beinhaltet. Bildschirme, Beamer und andere notwendige
Geräte, ohne die die Arbeit mit den
PC in den Klassen nicht stattfinden kann, müssen vom viel zu kleinen IT-Schulbudget selbst erworben werden.

Installationen und Reparaturen sind teilweise teurer als die Geräte selber, so dass die Anschaffung aus dem vorhandenen Budget vielleicht gerade noch gelingt, die Beamer dann aber verpackt in der Kiste liegen bleiben. Auch stellte sich an den Schulen, die in den Osterferien mit PCs neu ausgestattet worden sind, heraus, dass die Geräte fehleranfälliger sind und häufiger gewartet werden müssen.

### Schildbürgerverdächtige Bürokratie

Schildbürgerverdächtige Bürokratie ist dann ein weiteres Hindernis auf dem Weg in digital gestützten Unterricht:

Der Wartungsablauf ist dezentraler organisiert und deutlich umständlicher geworden. Die zwei unterschiedlichen Anbieter, die sich jeweils um Hard-/Software kümmern, müssen von der Schule über die Stadt beauftragt werden. Diese Wege führen nach jeder Fehlermeldung zu einem umständlichen Procedere, so dass es oft Wochen dauert, bis ein einfacher Mangel – der übrigens in fast jeder Schule durch ein paar kompetente Kollegen behoben werden könnte, was natürlich untersagt ist - einfach nicht oder Wochen (Monate!) später behoben wird (siehe Bild).

Die Planung von Unterricht mit digitalen Medien birgt für die Kolleginnen und Kollegen so immer das Risiko, dass gute Ideen an nicht funktionierendem Equipment scheitern, so dass sich natürlich kaum jemand auf solch unzuverlässige Technik für eine ganze Einheit verlassen wird – und sie folglich auch nur punktuell eingesetzt wird.

Ein besonderes Ärgernis ist das werbewirksame Projekt der Stadt Frankfurt, einige Modellschulen mit WLAN auszustatten. Nach den Pressemitteilungen - und unter hohem Zeitdruck durch die Stadt - haben sich die Lehrerinnen und Lehrer auf den Weg gemacht, Konzepte für die Nutzung solcher digitalen Möglichkeiten zu erarbeiten. Elternund Schülervertreter sowie Gremien wurden in die Schulen bestellt, um die Räumlichkeiten in Augenschein zu nehmen und Möglichkeiten zu diskutieren. All dies generierte eine unglaubliche Menge an Mehrarbeit. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit viel Elan an die pädagogische Umsetzung begeben haben, wurden jedoch bitter enttäuscht.

Die zunächst großzügig scheinenden Zusagen für großflächig angelegtes WLAN verengten sich im Laufe der Zeit auf die Zusage einiger weniger WLAN Access Points mit einer eher geringen Reichweite, so dass sie nicht so genutzt werden können wie in den Konzepten vorgesehen und z.B. auf einige Naturwissenschaftsräume beschränkt werden mussten. Was derzeit aber noch unerheblich ist, da der aktuelle Stand der Dinge anscheinend der Folgende ist: das WLAN kommt überhaupt nicht oder "irgendwann". Hat man vergessen, es in den Haushalt einzustellen?

Eine Schule hat ihren Computerraum aufgegeben zu Gunsten der zugesagten tablets – die sie aber nie bekommen hat. Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Engagement mit den Möglichkeiten, die diese Ausstattung eröffnet hätte, auseinandergesetzt haben, können über diese Schildbürgerstreiche nur noch verzweifelt den Kopf schütteln.

### Mit Papier und Tafelkreide nicht doch auf der sichereren Seite?

Innovative Ideen, sorgfältig ausgeklügelte Konzepte sowie moderner und der digitalen Welt angepasster Unterricht versanden angesichts der Fehlplanungen der Stadt im Nichts und hinterlassen frustrierte Kollegien, die sich fragen, ob man mit Papier und Tafelkreide nicht schlussendlich doch auf der sichereren Seite sei.

Die Personalräte der Frankfurter Gymnasien bedauern, dass digitale Kompetenz und pädagogisches Engagement in den Kollegien derart verschwendet werden und fordern die Stadt auf, ihren Versprechungen endlich nachzukommen und die Schulen auf eine Art und Weise auszustatten und zu betreuen, mit der man zukunftsorientiert arbeiten

> Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Gymnasialpersonalräte vom 27.8.2018

# Schul-WLAN für alle? – Klar, aber ohne ungeschützte Sparmodelle und Privatisierung!

14 Pilotschulen sollen mit WLAN ausgestattet werden. Was schon lange geplant ist, kommt jetzt in der Praxis an. Schließlich entstammt die Planung dem Integrierten Schulentwicklungsplan aus dem Jahre 2015 – hier wurde festgelegt, dass dies erprobt werden soll. Seitdem sind einige Jahre vergangen und wenig ist passiert.

Insofern ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass es für diese 14 Schulen endlich umgesetzt werden soll. Ein Grund für die Verzögerung waren wohl zusätzliche Wünsche der Frankfurter CDU, die deshalb die Umsetzung dieses Projektes bisher blockiert hat. Und die jetzt erfolgte Berücksichtigung dieser Wünsche ist es, die neue Probleme schafft. Denn neben der Möglichkeit eines Zugangs über das pädagogische Netz, das sowohl den Jugendschutz als auch einen personalisierten Zugang sicherstellt, soll es für die beteiligten Schulen eine zweite, offene Variante geben. Dies bedeutet, dass sich jeder einloggen und alle Inhalte, die das Internet so bietet, aufrufen kann. Man könnte also auch sagen: Nicht nur offen, sondern vor allem ungeschützt. Dies halten wir an einem Ort, an dem Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse sind, für vollkommen inakzeptabel.

Es gibt gute Gründe und viele Möglichkeiten, in Unterricht Computer und andere moderne Medien sinnvoll zu nutzen. Dafür sollen alle Frankfurter Schulen auch die notwendige Technik und Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen. Und wenn sie es wünschen, auch WLAN. Aber eben eines, bei dem sichergestellt ist, dass es nicht anders genutzt wird.

An ein offenes WLAN knüpfen sich viele Fragestellungen, die nicht positiv zu beantworten sind. Was geschieht beispielsweise, wenn über das offene WLAN illegale Inhalte geladen werden – diese Frage erweitert sich um die Fragen der Überprüfung der sachgemäßen Nutzung desselben: durch Lehrer, Schulleitung, gar nicht? Mit welchem Arbeitsaufwand? Über ein offenes WLAN können auch Dritte sich sehr einfach Zugang zu den damit verbundenen Endgeräten von Schüler\*innen, Lehrkräften und Schule verschaffen. Aus diesen Gründen ist ein offenes WLAN für Schulen abzulehnen. Nur eine Schule hat sich bisher für dieses Modell entschieden, aber das ist definitiv eine Schule zu viel.

Ebenso ungeklärt ist allerdings auch die zusätzlich ins Spiel gebrachte Variante, in Zukunft Schulen die Möglichkeit zu geben, WLAN über private Anbieter zu erhalten. Wie dies juristisch zu handhaben ist, bleibt unklar. Wer schließt hier mit wem einen Vertrag? Und welche Standards hat dann das WLAN? Hat die Schule Möglichkeiten,

Einfluss zu nehmen, wenn sich Vertragskonditionen ändern, und welche Daten werden dann wo gespeichert? Wer überprüft die Einhaltung dieser Standards durch gewinnorientiert arbeitende Unternehmen?

Die GEW Frankfurt fordert alle

Verantwortlichen auf, das Projekt "Offenes WLAN an Frankfurter Schulen" nicht umzusetzen. Schulen sind Orte, an denen Schülerinnen und Schüler geschützt lernen und sich entwickeln sollen. Ein frei verfügbarer, unkontrollierter Internetzugang ohne Jugendschutz widerspricht diesem Grundsatz fundamental. Schulen, die WLAN wünschen, sollen dies auch schnell erhalten. Im Vordergrund sollte aber immer die pädagogische Arbeit und deren bestmögliche Unterstützung sein. Dafür braucht es keine Experimente mit Sparmodellen und Privatisierungsideen.

Sebastian Guttmann

SEITE 12 FLZ Nr. 4/18



Von links nach rechts bzw. hinterer nach vorderer Reihe: Laura Preusker, Dirk Kretschmer, Jens Kleemann, Alexander Grund, Claudia Glock, Manuela Adalati, Sven Hennemann, Heidi Franziszczok, Ernst Olbrich, Martina Dunkel-Volknandt, Susanne Hüttig, Sabine Friedrich, Christine Rensing-Grüter, Katja Weber, Stefan Kockelmann, Heinrich Zorko, Ingeborg Ulrich, Andrea Peters, Heide Krodel-Johne, Sebastian Guttmann, Meike Bär, Hanne Hirn, Enis Gülegen, Christina Avellini, Ricarda Ebert-Diehl, Daniel Glida, Alexandra Menk

#### **Beamtinnen und Beamte Telefon** e-Mail Adresse Name Schule Typ Avellini, Christina Helmholtzschule Gym Bär, Meike FR-Dessauer Gym. GOS GrS Franciszczok, Heidi Elsa-Brändström Friedrich, Sabine Fö **Panoramaschule** Glock, Claudia Holbeinschule R Gnida, Daniel Friedrich-Dessauer **GYM** Guttmann, Sebastian Karl-Oppermann Fö Hirn, Hanne Franz-Böhm-Schule BS Hüttig, Susanne Stauffenbergschule BS Dirk Kretschmer GOS Max-Beckmann-Schule Preusker, Laura **GS** Rebstock GrS Ulrich, Ingeborg Schule am Ried KGS IGS Katja, Weber Ernst-Reuter-Schule II Zorko, Henrich Ernst-Reuter-Schule II IGS

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Gülegen, Enis Krodel-Johne, Heide	Sophienschule Viktor-Frankl-Schule	H Fö	069-547434 06031-692414	enisguelegen@google.com heide.krodel@outlook.com
Schwerbehindertenvertreter				
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Wrede, Engelbert		SSA FFM	069-38989-430 069-20326287	engelbert.wrede@kultus.hessen.de gsbvffm.e.wrede@gmail.com
Gesamtpersonalratsbüro			069-38989-185	gesamtpersonalrat@ kultus.hessen.de

# Impressum info@gew-frankfurt.de

**FLZ** vorm. Frankfurter Lehrerzeitung

Herausgeber Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und

Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 291818, Fax: 069 – 291819 E-mail: info@gew-frankfurt.de

**Bürozeiten** Geschäftsstelle des Bezirksverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr donnerstags 14 bis 18 Uhr

# Vorsitzende

Sebastian Guttmann, Laura Preusker

**FLZ-Team** Interimistisch: Der Vorstand der GEW BZ Frankfurt

**Rechtsberatung** Hanne Hirn, Daniel Gnida, Thomas Sachs montags 15.30–17.30 Uhr, Tel.: 069–13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.

# Satz & Layout

Karin Dienst, Christian Häussler **Druck** ORD - Oberhessische Rollen-Druck GmbH

Auflage ca. 3.200

**Erscheinungsweise** 4 bis 5 mal jährlich

**Fotos** wenn nicht anders angegeben: FLZ Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der

Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialienfür die freundliche Überlassung.

Redaktionsschluss Nr. 1-2019: siehe website

# Nachrichten aus dem...

### Arbeitsschutzausschuss

Der Arbeitsschutzausschuss, in welchem Vertreter der von Lärm, Hitze, Schimmel, Bauproblemen, Sanierungsstillstand oder Sicherheitsmängeln betroffene Schulen direkt mit den Ansprechpartnern von Stadt, Amt für Bau und Immobilien, unserem betriebsärztlichen Dienst, dem Medical Airport Service, dem staatlichen Schulamt sowie mit Scherbehindertenvertretung und GPRLL verhandeln können, tagt wieder. Personalräte betroffener Schulen, die zum ASA eingeladen werden möchten, mögen sich bitte mit einer Situationsbeschreibung an

gesamtpersonalrat@kultus.hessen. de wenden.

# Dienstvereinbarung elektronische Kommunikation

Der GPR Frankfurt und das Staatliche Schulamt haben im September eine Dienstvereinbarung zur elektronischen Kommunikation abgeschlossen. Diese wurde an die Schulen geschickt und soll dort den Kollegien bekannt gegeben werden. Sie findet sich außerdem im download-Bereich des GPRLL: Dazu ruft man die Homepage des Staatlichen Schulamtes Frankfurt auf, geht im Menüpunkt "Zuständigkeiten" zur Seite des Gesamtpersonalrats. Die DV regelt vor allem den arbeitnehmerfreundlichen Umgang mit elektronischer Kommunikation: dabei geht es darum, dass, so lange der Arbeitgeber weder flächendeckend sichere Email-Adressen noch Geräte bereit stellt, niemand zur Teilnahme an elektronischer Kommunikation verpflichtet werden kann (Notwendigkeit mindestens einer "Papierquelle" für alle Informationen), es geht um die Eindämmung von ungefilterter Emailflut (Pflicht zur relevanzorientierten Vorauswahl), um die Verpflichtung zur Kenntnisnahme nur innerhalb der Arbeitszeiten und nicht rund um die Uhr – und einiges andere. Da jede Schule andere Bedürfnisse und auch unterschiedliche technische Voraussetzungen hat, konnte es nicht darum gehen, alle technischen Details und Eventualitäten zu regeln: die Schulen sind aufgerufen, die Fragen, die der Rahmen der DV ggf. noch offen lässt, innerschulisch in Form von eigenen DV nachzuregeln (§113 HPVG).

# Überlastungsanzeigen

Schulen schreiben immer noch kollektive und Kollegen individuelle Überlastungsanzeigen. Und das ist gut so! Manche KollegInnen zeigen sich enttäuscht, dass diese nicht zu sofortiger Abhilfe der Überlastungen führen: dies können wir leider auch nicht ändern. Aber sie sind weit von unwirksam! Im Landtag werden sie zunehmend häufig diskutiert – und Frankfurt liegt dabei (nach der letzten Zählung) mit 41 (aktuellen) Anzeigen sehr weit vorne - vor nicht allzu langer Zeit waren dem Kultusminister nur zwölf hessenweit bekannt. Mittlerweile liegen dem HKM ca. 95 vor. Wir gehen davon aus, dass das bei weitem nicht alle sind. Der Gesamtpersonalrat hat sich mehrfach die Mühe gemacht, die Frankfurter Anzeigen als Gesamtpaket zu verschicken, mit der Aufforderung, sich den Überlastungen der Kollegen endlich mit mehr als nur (schön klingenden und die Realität nicht abbildenden) Einstellungszahlen zu widmen. Immerhin gibt es für die Gesamtschulen jetzt einen Praxisbeirat, in welchem konkrete Möglichkeiten im direkten Gespräch mit den Zuständigen erörtert werden.

Als nicht hilfreich empfinden wir die Weiterleitung von Mails aus dem HKM, die den überlasteten Kollegien eine Reihe an Fortbildungen zur "Selbstregulierung" (die zum Teil an Samstagen liegen) als Abhilfe "anbieten". Da muss schon ein bisschen mehr kommen!

Die Schulen können wir nur ermutigen, ihre Überlastungen weiter anzuzeigen, bestehende Überlastungsanzeigen fortzuschreiben und darüber intensiv mit uns und dem Arbeitgeber in Kontakt zu bleiben.

#### Frauenförderplan

Zwischenzeitlich hat die Frauen-/ Gleichstellungsbeauftragte den von ihr überarbeiteten Frauenförderplan 2018–2023 vorgelegt, in dem sie die Schwerpunkte ihrer Arbeit darstellt.

Wesentliche Neuerung ist aufgrund eines Hinweises aus dem GPRLL, dass die kulturelle Vielfalt der Stadt Frankfurt und in der Lehrerschaft bisher nicht in den Frauenförderplan aufgenommen wurde. Deshalb wurde er um den Passus ergänzt, dass künftig im Sinne des AGG bei Stellen- und Funktionsstellenbesetzungen auch der Migrationshintergrund berücksichtigt wird.

#### Neue EU-Datenschutzgrundverordnung

Laut Hessischem Datenschutzbeauftragten hat die EU-DSGVO vielfältige Auswirkungen auf den Schulalltag, insbesondere auf die Arbeit des schulischen Datenschutzbeauftragten. Bislang ist jedoch nichts aus dem Hessischen Kultusministerium (z. B. in Form einer Verordnung oder Fortbildungen) zu hören, wie diese umgesetzt werden soll. Daher bemüht sich der GPRLL gerade, das Staatliche Schulamt dazu zu bewegen, hier aktiv zu werden.

#### Weiterbildung für HR-/und Gymnasiallehrkräfte

Um dem drastischen Lehrkräftemangel im Grund- und Förderschulbereich zu begegnen, können sich Lehrkräfte, die bereits ein 2. Staatsexamen im HR- und Gymnasialbereich haben, weiterbilden lassen. Wer sich auf die Stellen bewirbt, wird dann während der Dauer der Weiterbildung (2-3 Jahre) im Angestelltenverhältnis (TVH) beschäftigt. Es erreichten uns mehrere Beschwerden, dass hier Erfahrungszeiten aus vorherigen TV-H-Beschäftigungsverhältnissen nicht angerechnet wurden, da sie an einer anderen Schulform als der der Weiterbildung gewesen seien (also an einer Haupt-, Realschule oder einem Gymnasium) und deshalb keine gleichwertige Tätigkeit darstellen würden. Der GPRLL kann dieser Logik nicht folgen und hat deshalb mit der Dienststelle verhandelt, dass solche Vorerfahrungszeiten anerkannt werden. Auch bei bereits abgeschlossenen Verträgen soll dies geschehen, allerdings wird eine daraus resultierende Stufenveränderung zum 1.8.2018 zurückgerechnet.

#### Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen

Um dem Lehrkräftemangel in Grundschulen zu begegnen, bietet das Schulamt derzeit die Möglichkeit an, Gymnasiallehrkräfte an Grundschulen abzuordnen. Wenn sich KollegInnen dazu bereit erklären (betont wird hier die Freiwilligkeit), werden sie mit maximal halber Stelle an ei-

# ...Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main (Stand 9.11.2018)

ne Grundschule abgeordnet. Einerseits werden in Grundschulen die abgeordneten Gymnasiallehrkräfte als größere Entlastung angesehen, verglichen mit Studierenden mit TV-H-Verträgen. Auf der anderen Seite kann eine solche Abordnung auch Mehrarbeit für Grundschullehrkräfte bedeuten, da ein didaktischer Umstieg vom Gymnasium auf die Grundschule nicht ganz so banal ist, wie es vielleicht von außen zunächst aussieht, und dann die Grundschullehrkräfte sich mit unbezahlter Mentorentätigkeit zusätzlich zur Verfügung stellen müssen. Inzwischen konnte der GPRLL erreichen, dass das Staatliche Schulamt ein unterstützendes Angebot für die betroffenen Gymnasiallehrkräfte entwickelt und umsetzt. Hierzu sollen zunächst einmal die betroffenen Kolleginnen eingeladen werden. Falls Kolleg\*innen nicht kontaktiert werden, empfehlen wir, dass sie sich beim Staatlichen Schulamt oder auch bei uns melden, damit ihre Teilnahme sichergestellt werden kann.

#### UBUS-Erlass zur Umsetzung der unterrichtsbegleitenden Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte.

Nach den Sommerferien ist die zweite Einstellungsrunde angelaufen. Das Referat Tarif und Besoldung des Bezirksverbandes hat eine Infoveranstaltung für Personalräte und UBUS-Fachkräfte organisiert. Es kamen zwar keine Personalräte, dafür aber über 20 Kolleginnen und Kollegen, sogar aus Wiesbaden, Oberursel und Büdingen, mit halber oder ganzer Stelle an Grundschulen und Sek 1-Schulen. Darunter waren auch drei Kooperationsschulen mit je halber Stelle.

In der FLZ 2/18 wurden die Einstellungs- und Arbeitsbedingungen genauestens beschrieben; der Erlass ging an alle Schulleitungen und Personalräte, die an den Schulungen teilgenommen hatten. Außerdem ist der GEW-Flyer mit allen Details und Erklärungen der Umsetzung des Erlasses auf der homepage einsichtig. Umso erstaunter musste man sein, wenn man den Erzählungen der Kollegen zuhörte.

Leider gibt es viele Probleme für die Kolleg\*innen an den Schulen: Es beginnt damit, dass man ihnen nicht sagt, dass auch sie dem Dienstund Schulrecht unterliegen mit allen Rechten und Pflichten, die dort zu lesen sind. Die Dokumentation entpuppt sich als Hauptproblem: die Schulleitung muss die Arbeitszeit errechnen, da für die UBUS-Fachkräfte nicht die Pflichtstundenverordnung gilt, was bedeutet, dass die Arbeitszeit in Zeitstunden erfasst werden muss. Dies ist ein enormer zeitlicher Aufwand, der gerne umgangen wird.

Außerdem wissen viele Schulleitungen nicht, welche Zeit die Präsenzzeit der Kolleg\*innen ist, nämlich nur die Zeit, die sie mit Schülern verbringen. Einige der Kolleg\*innen sind nicht im Dienstplan zu finden, werden also nach Belieben während des Vormittags eingesetzt.

Den UBUS-Fachkräften ist unbedingt zu raten, sich an ihre zuständigen Personalräte zu wenden, um im System Schule eine Hilfestellung zur Umsetzung ihrer Rechte zu bekommen.

# Personelle Veränderungen im Staatlichen Schulamt

Zum 31.7.2018 ist Herr Kreher, bisheriger Leiter des Staatlichen Schulamts, in den Ruhestand gegangen. Als neue Leiterin wurde Frau Spyra beauftragt, die zuvor als Gymnasialdezernentin und stellvertretende Amtsleiterin in Frankfurt tätig war. Als Dezernentin für den Bereich Gymnasien hat Frau Eder den Dienst angetreten. Herr Fischer ist neuer Dezernent für den Bereich der beruflichen Schulen. Zuständig ist er für die gewerblichen beruflichen Schulen, die beruflichen Gymnasien sowie die Oberstufengymnasien mit Ausnahme des Friedrich-Dessauer-Gymnasiums. Außerdem ist er für den Bereich des Arbeitsund Gesundheitsschutzes zuständig. Im Bereich der Sonderpädagogik arbeiten Herr Stenzel (bis Februar abgeordneter Schulleiter) und Herr Knecht (zu 40 % abgeordneter Dezernent aus dem Staatlichen Schulamt Offenbach).

#### Zunahme befristeter Beschäftigungsverhältnisse

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Umfang der befristeten Beschäftigungsverhältnisse um 80 Stellen erhöht. Das entspricht einer Zunahme von 20 Prozent. Dieser Zuwachs fand vor allem im Bereich der Grund- und Förderschulen statt, was eigentlich nicht verwundert, da es hier ja an ausgebildeten Lehrkräften mangelt. Der GPRLL hält dies für sehr problematisch, da die Zunahme natürlich eine Vergrößerung der Arbeitsbelastung für die fest eingestellten Lehrkräfte bedeutet, die Einarbeitung und Unterstützung übernehmen müssen. Hierfür müssen auch Entlastungsmöglichkeiten geschaffen werden.

# Teilzeitanträge

Aufgrund des weiter bestehenden und eher zunehmenden Lehrkräftemangel in vielen Bereichen ist davon auszugehen, dass mehr Anträge auf Teilzeit abgelehnt werden als bisher. Dies betrifft vermutlich nicht Anträge mit sozialen Gründen (beispielsweise zur Betreuung von Kindern), die nur bei nachgewiesenen zwingenden dienstlichen Gründen abgelehnt werden können. Anders könnte dies bei anders begründeten Anträgen sein, bei denen die juristische Hürde für eine Ablehnung deutlich niedriger ist. Es ist durchaus denkbar ist, dass Kolleg\*innen soziale Gründe für ihre Teilzeit haben, diese aber im Antrag nicht genannt haben. Diese sollten im Fall einer Ablehnung nachgereicht werden. Wichtig ist, dass der schulische Personalrat bei der Ablehnung eines Teilzeitantrags in der Mitbestimmung ist, d.h. durchaus auch die Zustimmung zu der Ablehnung verweigern kann (also das Anliegen der Kolleg\*innen unterstützt).

# Inklusive Schulbündnisse

Am 12.9.2018 fand eine frankfurtweite Schulleiterdienstversammlung zur Implementierung der inklusiven Schulbündnisse (iSB) statt. Da es in Frankfurt sechs inklusive Schulbündnisse geben soll, war der Gesamtpersonalrat hier mit mehreren Personen vertreten. Hier wurde auch die Zuordnung der Schulen zu dem jeweiligen iSB verkündet, durch die es auch zu einem Wechsel des zuständigen Regionalen Beratungsund Förderzentrums kommen kann. Diese wurden inzwischen noch einmal verändert. Es ist absehbar, dass es hierdurch zu vielen Personalbewegungen im Bereich der Sonderpädagogik kommen wird. Der Gesamtpersonalrat versucht darauf hinzuwirken, dass hier auch die Interessen der betroffenen Lehrkräfte mit einbezogen werden. Hierfür bedarf es einer klaren Vorstellung und hoher Transparenz, die wir weiterhin einfordern. Wir werden die betroffenen Kolleg\*innen darüber informieren. Wir möchten deutlich darauf hinweisen, dass der Zuschnitt der inklusiven Schulbündnisse dem GPRLL nicht bekannt war und er keinen Einfluss darauf nehmen konnte. Abgesehen davon, dass Umstrukturierungen in Mangelsituationen aus Sicht des GPRLL selten zielführend sind, halten wir einige Entscheidungen für problematisch und versuchen hier noch Verbesserungen zu erreichen.

Außerdem wurde ein großer Teil der für die Implementierung zur Verfügung gestellten Stunden verteilt. Ein Teil soll für Funktionen innerhalb der "Schulbündniskonferenz" für dort übernommene Aufgaben verteilt werden. Außerdem soll jede allgemeine Schule (also nicht die Förderschulen) eine verteilbare Entlastungsstunde für die anfallenden Koordinationsaufgaben erhalten. Für die Verteilung dieser Stunde gibt es keine direkte Vorgabe. Das bedeutet, Aufgabe der Bündniskonferenz soll die Verteilung der Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung sein, bei denen die Eltern eine inklusive Beschulung wünschen. Des Weiteren sollen dann auch die Verteilung der Förderschullehrkräftestunden durch die Bündniskonferenz beschlossen werden. Wird in beiden Fällen keine Einstimmigkeit erzielt, entscheidet das Staatliche Schulamt. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats bleibt dabei allerdings das Grundproblem unberücksichtigt, dass die vorhandenen Stunden nicht für eine angemessen ausgestattete inklusive Beschulung der Schülerinnen und Schüler ausreicht.

Zwar sollten die Schulleitungen einige Entscheidungen darüber treffen, wer die Vorbereitung für die kommenden Bündniskonferenzen übernimmt. Dennoch bleiben viele Fragen weiterhin offen.

# Landesticket

Im geltenden Tarifvertrag ist geregelt, dass jeder Beschäftigte des Landes Hessen Anspruch auf ein Landesticket hat. Leider scheint es bei der Umsetzung dieses Anspruchs ein paar Hindernisse zu geben. So mussten neu Eingestellte lange Zeit warten (mehrere Wochen), bis sie das Landesticket auch erhielten. Wie auf einem Informationsblatt des Staatlichen Schulamts steht, liegt dies daran, dass eine vollständige Eingabe aller Daten in SAP erfolgt sein muss, ehe das Landesticket gedruckt werden kann. Dies mag so sein, mindert aber nicht den rechtlich bestehenden Anspruch der Betroffenen. Da es sich um ein hessenweites Problem handelt, wird im Hauptpersonalrat mit dem Kultusministerium verhandelt, wie das Problem gelöst werden soll. Bis dahin empfehlen wir dringend, Belege über entstandene Kosten (z. B. Fahrscheine) aufzuheben, um gegebenenfalls durch die Verzögerung entstandene Kosten geltend machen zu können.

# Reisekostenabrechnung

Die Reisekostenabrechnung für Lehrkräfte – und hieran gekoppelt auch die Erstattung diverser anderer Kosten wie beispielsweise Fortbildungen – erfolgt inzwischen nur noch elektronisch. Was aber, wenn man den Zugang nie erhalten hat

oder dieser ungültig geworden ist. Auf Nachfrage hat der Gesamtpersonalrat die Antwort erhalten, dass man einen solchen Zugang einfach bei der für einen selbst zuständigen Sachbearbeiter\*in im Staatlichen Schulamt beantragen kann.

#### Schulentwicklungsplan Berufliche Schulen

Rund ein Jahr (!) nach der offiziellen Abschlussveranstaltung des Prozesses zur Entwicklung eines neuen Schulentwicklungsplans B, der schon 2015 mit einer Auftaktveranstaltung begonnen hatte, stellte Stadträtin Sylvia Weber in Kooperation mit dem beauftragten Büro biregio am 30.8.2018 schulischen Gremien den Entwurf für den neuen SEPB vor.

Eingeladen waren neben den Schulleiterinnen und Schulleitern, VertreterInnen des Gesamtpersonalrats, der Eltern und der SV auch VertreterInnen der 2018 neu gebildeten Personalrats-AG der beruflichen Schulen.

Ambitioniert ist nun die Zeitplanung: Für den 3. 12. ist die Präsentation im Ausschuss für Bildung und Integration geplant, am 13. 12. soll die Stadtverordnetenversammlung über den finalen Entwurf beschließen. (Anmerkung der FLZ: Termine laut Ankündigung der Dezernentin im Bildungsausschuss inzwischen geändert – s. S. 8f)

Viele Veränderungen sind geplant: Schulneubauten für einige Berufliche Schulen, Umzüge weiterer Schulen in die freiwerdenden Gebäude, bei einigen Schulen Aufnahme und Abgabe von Berufen auf dem Hintergrund einer angestrebten Schärfung von Schulprofilen sowie verstärkte Kooperationen verschiedener beruflicher Schulen.

Dringlich erscheint aus Sicht des GPRLL, dass die Einwürfe und Ergänzungen der Personalvertretungen in den Entwurf des SEP B aufgenommen werden. Dazu gehört unter anderem die Forderung nach rechtzeitiger Information, strukturierter Planung personeller und baulicher Veränderungen unter Einbeziehung von Gesamtpersonalrat, Personalräten und Kollegien, Wahrung der Mitbestimmungsrechte der Gremien. Und nicht zuletzt die Bereitstellung der dazu notwendigen zusätzlichen Ressourcen zur Entlastung und Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen.

#### Zur Situation an den Abwicklungsschulen

Im Sommer 2018 hat als erste der vier abzuwickelnden HR-Schulen die Schwanthalerschule in Sachsenhausen die Tore für ihre Schülerinnen und Schüler sowie das gesamte Kollegium geschlossen.

Dieses "Schicksal" wird in drei Jahren auch die Holbeinschule auf der gegenüberliegenden Seite der Textorstraße sowie die Salzmannschule in Niederrad ereilen.

Unsicherheiten einzelner Hauptschulkolleg\* innen und Verhandlungen über ihre neue Dienststelle haben in diesem Jahr bis in die Sommerferien hinein angedauert. Diese missliche Situation hat gleich zu Schuljahresbeginn den GPRLL auf den Plan gebracht, eine rechtzeitige Planung und Unterstützung der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer durch das Staatliche Schulamt einzufordern. Im Sommer 2019 wird die Sophienschule in Bockenheim schließen.

Erste Erfolge zeigen sich in Versetzungsangeboten von Schulleitungen an einzelne KollegInnen. An anderer Stelle wurden SL und Kollegium gemeinsam initiativ, indem sie langjährige Erfahrungen und spezielle Kompetenzen der zum kommenden Schuljahr zu versetzenden Lehrkräfte auflisten. Vor allem in Bezug auf die Beschulung von Seiteneinsteigern bringen viele von ihnen wertvolle Ressourcen mit an ihren neuen Einsatzort.

Verantwortlich: Fraktion der GEW im Gesamtpersonalrat

# Aus der Rechtsstelle der GEW Hessen

# Lehrkräfte müssen nicht auf eigene Kosten auf Klassenfahrt

GEW-Rechtsschutz: Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht gewonnen

Obwohl Schulfahrten im Erlass "Schulwanderungen und Schulfahrten" vom 7. Dezember 2009 als "wichtige Elemente des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schulen" bezeichnet werden und es eigentlich selbstverständlich sein müsste, dass der Arbeitgeber beziehungsweise der Dienstherr hierfür auch die Reisekosten übernimmt, ist dies nicht der Fall.

Zwischen 2009 und 2018 wurden den Lehrkräften für die Teilnahme an einer Klassenfahrt pro Tag und Nacht 20 Euro für Übernachtung und sonstige Aufwendungen erstattet, 2018 auf 30 Euro erhöht, für An- und Abreisetage nur noch 12 Euro.

Teil der Realität in den bisherigen Jahren war daher, dass die Klassenfahrten nur stattfinden konnten, weil Lehrkräfte einen nicht unerheblichen Teil ihrer Reisekosten selbst übernommen haben oder im schlimmsten Falle sogar ganz darauf verzichtet haben.

Unter GEW Rechtsschutz wurde daher ein Verfahren gegen die

unzureichende Erstattung von Reisekosten bis zum Bundesverwaltungsgericht vorangetrieben. ...

Am 23. Oktober 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht daraufhin entschieden, dass der Reisekostenverzicht dem Grundsatz der Fürsorge eines Dienstherrn entgegensteht. Lehrkräfte würden durch den Reisekostenverzicht dem Konflikt ausgesetzt, die Klassenfahrt entweder ausfallen zu lassen oder in die eigene Tasche greifen zum müssen, damit die Klassenfahrt stattfindet. Die GEW Rechtsstelle wird im Mitgliederbereich der Website Musterwidersprüche gegen unzureichende Reisekostenerstattungen zur Verfügung stellen. Um sich auf § 8 des Hessischen Reisekostengesetzes berufen zu können, muss dargestellt werden, dass die höheren Übernachtungskosten unvermeidbar waren. Fakt ist, dass das Land Hessen in Zukunft mehr Geld in die Hand nehmen muss, wenn es Lehrkräfte rechtskonform zur Durchführung einer Klassenfahrt verpflichten will.

SEITE 14 FLZ Nr. 4/18

# Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

#### Weiterbildungsmaßnahmen

Das HKM wird für die Fächer Ethik, Physik, Chemie und Musik zum 1. Februar 2019 Weiterbildungsmaßnahmen in unterschiedlicher Kursdauer anbieten.

Für Ethik an der Grundschule umfasst die Kursdauer zwei Schulhalbjahre (1.2.2019 bis 31.1.2020), für Ethik an weiterführenden und beruflichen Schulen vier Schulhalbjahre (1.2.2019 bis 31.1.2021). Für Physik und Chemie beträgt die Kursdauer jeweils vier Schulhalbjahre (1.2.2019 bis 31.1.2021), für das Fach Musik drei Schulhalbjahre (1.2.2019 bis 31.7.2020).

Erneut betonte der HPRLL die unzureichende Zahl der jeweiligen Anrechnungsstunden und die für Lehrkräfte anfallenden Weiterbildungskosten.

#### Datenschutzgrundverordnung

Die DS-GVO regelt verbindlich die Voraussetzungen, unter denen eine bestimmte Form der Datenverarbeitung geregelt ist (z.B. Erheben, Speichern, Verwenden, Übermitteln, Verbreiten). Nachdem der HPRLL mit einem Fragenkatalog vor den Sommerferien in die Erörterung mit den Vertretern des HKM eingestiegen ist, bleibt festzuhalten, dass nach Einschätzung des HKM kein Abmahnrisiko nach der neuen DS-GVO für Schulen bestehe. Zwischenzeitlich sei nach Auskunft der Dienststelle an einer FAQ-Liste gearbeitet worden.

#### Diensterleichterung zur Wiederherstellung der Gesundheit nach §11 der PfStdVO

Ärztliche Untersuchung durch die hessischen Ämter für Versorgung und Soziales Der HPRLL hat den ihm vorgelegten Erlassentwurf abgelehnt; die Bedingungen der Antragstellung sollten verschärft werden, da bei jeder Antragstellung die Option der Steigerung der Stundenzahl aufgenommen werden sollte. Einhergehend mit der Forderung der HSBV, dass eine Regelung zur Erteilung von Vertretungsunterricht aufzunehmen ist, konnte nach weiteren Verhandlungen durch den HSBV mit der Dienststelle eine bessere Formulierung erreicht werden, die die gesundheitliche Beeinträchtigung der betroffenen Lehrkräfte hinreichend berücksichtigt. Der Einsatz soll in festen Lerngruppen erfolgen, und Vertretungsunterricht in unbekannten Lerngruppen habe während der Wiedereingliederungsmaßnahme zu unterbleiben, sofern dienstliche Gründe dies nicht zwingend erforderlich machen.

#### Erlass zur Struktur der Funktionsstellen an allgemeinbildenden Schulen und den Schulen für **Erwachsene in Hessen**

Nach der Erörterung über die Neufassung des Erlasses konnte der HPRLL die Aufnahme einer For-

mulierung erreichen, die das Weiterführen von Funktionsstellen bei rückläufigen Schülerzahlen bis zum Freiwerden einer gleichwertigen Funktionsstelle an einer betroffenen Schule sicherstellt. Zwangsversetzungen werden somit nicht ausgesprochen.

#### Einrichtung von eMail-Adressen für alle Schulpersonalräte

Seit 2006 bemüht sich der HPRLL in regelmäßigen Abständen darum, dass Schulpersonalräten eine dienstliche eMail-Adresse als Funktionsadresse im Netz des HKM bereitgestellt wird. Der HPRLL hat im September erneut seine Forderung bekräftigt, da die Erledigung von Aufgaben gemäß dem HPVG auf elektronischem, abgesichertem Weg auch für Schulpersonalräte sichergestellt werden muss. Nicht nachvollziehbar ist es, dass erneut die Frage der Finanzierung in Vordergrund steht und die Dienststelle diese Forderung zu einem späteren Zeitpunkt (derzeit sind es zwölf Jahre!!) aufgreifen möchte.

#### Sicherung der pünktlichen Auszahlung von Gehalt und Ausgabe des Jobtickets an LiV und neu/befristet eingestellte Kolleginnen und Kollegen – ggf. auch durch personelle Aufstockung an den StSchÄ

Nach Aussage der Dienststelle läge das Problem vor allem in einer zeitnahen Eingabe in SAP; auch Abschlagszahlungen seien mit der Eingabe in SAP verknüpft. Der HPRLL kritisierte den vorliegenden Zustand für betroffene Kolleginnen und Kollegen auf das Schärfste; zu bedenken ist, dass genau diese Beschäftigungsgruppe in der Regel nicht auf Rücklagen zugreifen kann. Um Gehaltszahlungen sicherzustellen, fordert der HPRLL eine entsprechende personelle Aufstockung an den betroffenen Staatlichen Schulämtern.

#### Arbeitszeitberechnung von Ausbilderinnen und Ausbildern

Es soll eine Neuregelung der Faktoren zur Arbeitszeitberechnung von Ausbilderinnen und Ausbildern erfolgen. Hierzu liegen dem HPRLL derzeit noch keine schriftlichen Unterlagen vor.

#### Richtlinien für die brandschutztechnische Ausstattung an Schulen und das Verhalten bei Ausbruch eines Brandes und bei sonstigen Gefahren vom 5. November 2014

Im Rahmen des Evaluationsverfahrens um die Neufassung der Brandschutzordnung ergab sich neben den Überprüfungen der brandschutztechnischen Ausstattung und den Alarmproben der Hinweis, dass Lehrkräfte und Schulpersonal im Umgang mit den Feuerlöscheinrichtungen geschult werden sollen. Wie dies bei gegebenen Ressourcen umgesetzt werden soll, bleibt offen. Zudem stellt sich in der Praxis die Frage, wie im Falle des Alarms die Lehrkräfte zum einen ihrer Aufsichtspflicht beim Verlassen des Schulgebäudes und an der Sammelstelle Rechnung tragen und zum anderen sich davon zu überzeugen haben, dass niemand - auch nicht in den Nebenräumen - zurückgeblieben ist und Fenster und Türen zu schließen sind.

#### **Neues Schulportal Hessen**

In einer Pressemitteilung vom 19. 9. 2018 (https://kultusministerium. hessen.de/presse/pressemitteilung/ das-neue-schulportal-hessen-startet) wurde die Einführung des Schulportals Hessen verkündet. In der gemeinsamen Sitzung wurde dem HPRLL die Demo-Version vorgestellt, nachdem auch der HPRLL erst aus der Pressemitteilung davon erfahren hatte. Nach Aussage der Dienststelle soll das Schulportal Hessen als eine geschlossene Plattform für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler fungieren, auf der der Austausch ermöglicht, die Organisation von Raumplanung und Vertretungsplänen vereinfacht und Selbstlernprogramme angeboten werden sollen. Bis Ende des Schuljahres 2018/19 sollen angeblich 450 Schulen auf das Portal zugreifen können, bis zum Schuljahr 2021/22 sollen dann alle hessischen Schulen Zugriff haben. Über tatsächliche finanziellen Ressourcen für eine solche Einführung und die dauerhafte Betreuung kann man angesichts der veranschlagten 1 Million Euro pro Jahr sowie der zwölf Stellen für Lehrkräfte und technisches Personal nur verwundert den Kopf schütteln - über die zeitliche Umsetzung, wie in der PM angekündigt, ebenso. Wie der Schulträger, als Verantwortlicher für die technische Ausstattung, sich dazu verhält bleibt abzuwarten.



Aus dem Landtagswahlkampf 2013

# Samsung Lighthouse School in Rüsselsheim

Geheime Kooperationsvereinbarung mit staatlicher Schule

Seit 2015 kann sich das Neue Gymnasium Rüsselsheim als "Samsung Lighthouse School" (Samsung-Leuchtturmschule) bezeichnen. Hierzu wurde laut Presseberichten eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Inzwischen sorgt die exklusive Rolle des Konzerns und seiner Produkte an dieser Schule für kritische Nachfragen.

Die Dokumente, die Aufschluss über die Art und das Ausmaß der Kooperation geben können, sind den Behörden nach eigenen Angaben unbekannt oder werden von den Beteiligten verheimlicht.

- Samsung: Der Konzern verweigert die Einsichtnahme in den geschlossenen Vertrag.
- Schulträger (Kreis Groß-Gerau): "Der Kreis hat in dieser Angelegenheit keine Kooperationsvereinbarung." Landrat Will war bei deren Unterzeichnung anwesend. Die Transparenzanfrage, ob der Schulträger die Vereinbarung inhaltlich kenne, die offensichtlich die sächliche Ausstattung der Schule betreffe, blieb unbeantwortet.
- Kultusministerium: Dem Ministerium liegt nach eigener Auskunft die Kooperationsvereinbarung nicht vor. Man verweist auf den Schulträger und die Schulleitung.

nasiums Rüsselsheim beruft sich ressierte Schulklassen können sich schutzwürdiges Interesse am Ausschluss des Informationszugangs der Firma Samsung besteht und diese die entsprechende Information bereits verweigert hat, kann ich Ihnen die erbetenen Informationen zu dem Vertrag nicht geben."

Damit ergibt sich die Situation, dass eine Schule eine Kooperationsvereinbarung mit einem Konzern schließt, die weder dem Schulträger noch dem Kultusministerium in ihrem inhaltlichen Ausmaß bekannt ist. Darüber hinaus handelt es sich um einen "Geheimvertrag", bei dem die Interessen eines Konzerns höher gewichtet werden als die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und deren Informationsfreiheitsrechten.

Dieses Schulprojekt ist auch in einem größeren Zusammenhang von Aktivitäten der Firma Samsung im Bildungsbereich zu sehen. Besonders auffällig geworden sind jüngst die so genannten "Coding-Klassenfahrten". Hier finanziert der Konzern über die Technologiestiftung mehrtägige Schulfahrten mit, um diesen dabei einen digita-

■ Die Schulleitung des Neuen Gymlen Schwerpunkt zu geben: "Inteauf "schutzwürdige Interessen" der um eine "digitale Klassenfahrt" Firma Samsung: "Da hier (...) ein in Deutschland bewerben, zu der sie sowohl die notwendige Hardware (die Samsung code week box) als auch durch Samsung zusätzliche smarte Technik gestellt bekommen". Auch hier wird eine schulische Veranstaltung unmittelbar mit dem Konzernnamen verbunden und in die erwünschte Richtung gelenkt.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW) sieht sich in der Sorge über das Ausmaß, das Sponsoring an staatlichen Schulen mittlerweile angenommen hat, bestätigt. Schulen und Lehrerinnen und Lehrer sind dazu angehalten, Neutralität und Unabhängigkeit zu wahren; Kultusministerium und Schulträger haben hierzu mit ihren nachgeordneten Behörden die schulaufsichtliche Verantwortung. Dass sich eine staatliche Schule mit einem konzernexklusiven und bewerbenden Titel schmücken darf, ist mehr als nur befremdlich. Die mutmaßlich weitgehend exklusive sächliche IT-Ausstattung lässt den Verdacht der Abhängigkeit von einem Konzern aufkommen. Die Tatsache, dass auf Nachfrage die Grundlagen der Kooperation aktiv zu Gunsten eines

übergeordneten Interesses des Konzerns verheimlicht werden, gefährdet das gesellschaftliche Vertrauen in die Unabhängigkeit des staatlichen Schulsystems. Die GEW Hessen bekräftigt deshalb ihre Forderung nach einem Rahmenkonzept des Landes für die digitale Grundbildung und einer deutlich besseren Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien.

Die GEW Hessen appelliert eindringlich an alle Beteiligten, den Zustand der Intransparenz schnellstmöglich zu beenden. Nur so ist es der Öffentlichkeit möglich, sich ein eigenes Bild von Art und Umfang der Zusammenarbeit zwischen Schule und Samsung zu machen. Geheimverträge passen nicht in ein demokratisch legitimiertes öffentliches Schulsystem. Die GEW Hessen setzt sich für werbe- und lobbyfreie Schulen ein. Wir erwarten eindeutige Maßnahmen der Landesregierung, die der gesamten Problematik gerecht werden und nicht nur für eine Transparenz der Förderung durch Sponsoren, sondern auch für eine demokratische Kontrolle sorgen.

Pressemitteilung des GEW-Landesverbands Hessen vom 9.11.2018

# Familienklassen in Hessen

Gleichfalls ergab sich auch aus einer Pressemitteilung am 1.10.2018 zum Thema Familienklassen (https://kultusministerium.hessen.de/ presse/pressemitteilung/familienklassen-foerdern-schulischen-erfolg-und-familiaeren-zusammenhalt-1) die Bitte des HPRLL an die Dienststelle, weitere Informationen zu erhalten. In der PM wird auf die Kooperation des Lahn-Dill-Kreises mit dem Albert-Schweitzer-Kinderdorf Wetzlar verwiesen, in dessen Rahmen das Modell der Familienklasse entwickelt wurde.

Das präventive Projekt richtet sich an Schülerinnen und Schüler aller Jahrgänge, die den Anforderungen beim Einhalten von Regeln und Arbeitsstrukturen nicht umfänglich gewachsen sind, sodass der schulische Erfolg gefährdet ist.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich auf https:// schulen.lahn-dill-kreis.de/schulevon-a-z/familienklassen/informie-

Sobald die Rahmenbedingungen für eine hessenweite Ausweitung des Konzepts dem HPRLL vorgelegt werden, kann eine Erörterung erfolgen.

> Verantwortlich für das HPRLL-Info: Bettina Happ-Rohé



# A 13 für alle – Weil wir es verdient haben! 13. November 2018:

Vier Jahre "1. Tag der unbezahlten Arbeit"

Seit vier Jahren finden anlässlich des "1. Tags der unbezahlten Arbeit" am 13. November in Hessen Aktionen statt, um eine faire Bezahlung für Grundschullehrkräfte zu erreichen.

Auch in diesem Jahr versammelten sich mehr als 100 Grundschullehrkräfte vor dem Staatlichen Schulamt Frankfurt zu einer Demonstration. Gerade vor dem Hintergrund anstehender Koalitionsverhandlungen und großer Spielräume im Haushalt ist dies ein wichtiges Signal.

In seinem Redebeitrag ging Sebastian Guttmann (Vorsitzender GEW Frankfurt) auf die in den Grundschulen vor Ort geleistete herausragende Arbeit ein.

Karola Stötzel (Stellvertretende Landesvorsitzende GEW Hessen) beleuchtete die Lage in den anderen Bundesländern – hier sind einige schon weiter als Hessen – ein weiterer Ansporn, uns einzusetzen, dass Hessen hier endlich wieder nach vorn kommt!

Ein Video über die Veranstaltung mit beiden Reden kann über die Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de) abgerufen werden.

Unter dem Motto "Wir wollen nicht die Krümel, sondern den gan-



zen Keks" gab es diesmal auch A13-Kekse und Kaffee, auf vielen Transparenten wurde auf weitere Probleme des Schulalltags an Grundschulen aufmerksam gemacht. So wurde auch die Lehrkraft, die nicht da ist, mitgebracht (siehe Foto oben), eines der dringlichsten Probleme an Frankfurter Grundschulen.

So lange es A 13 für alle Grundschullehrkräfte nicht gibt, wird es den "1. Tag der unbezahlten Arbeit" weiterhin geben, im nächsten Jahr zum fünften Mal.

Das bedeutet: Den Termin 13. November 2019 bereits jetzt im Kalender vormerken und sich beteiligen! Entweder machen wir weiter Druck, um das berechtigte Anliegen durchzusetzen, oder wir feiern gemeinsam unseren Erfolg. Beides ist möglich.

# **GEW Hessen fordert A 13 für alle Grundschullehrkräfte**

# Andere Bundesländer wollen es – Hessen will es auch!

Rede der stellvertretenden Landesvorsitzenden Karola Stötzel in Frankfurt am Main

Heute am 4. landesweiten Aktionstag "A 13 für alle", am Dienstag, dem 13. November 2018 demonstrieren Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer in allen Schulamtsbezirken in Hessen, um die mangelnde Anerkennung und Wertschätzung der Arbeit der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer durch die politisch Verantwortlichen erneut überall in Hessen zu thematisieren. Der 13. November ist derjenige Tag eines jeden Jahres, an dem A 13-Lehrkräfte bereits das A 12-Jahresgehalt der A 12-Lehrkräfte erzielt haben. Im Vergleich kann man mit Fug und Recht sagen, dass unsere Grundschullehrkräfte ab diesem Tag unentgeltlich arbeiten!

Die Länder Berlin und Brandenburg haben mit der längst fälligen Besoldungsangleichung des Grundschullehramtes für alle Lehrerinnen und Lehrer im Jahr 2017 begonnen, Sachsen zieht im Januar 2019 nach. Schleswig-Holstein verfolgt einen Stufenplan, Thüringen plant und NRW ist im Wort!

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Lehrkräftemangels fordert die GEW Hessen von der neuen Hessischen Landesregierung "A 13 für alle!" umgehend auch in Hessen umzusetzen.

Hessen bietet für die Anhebung der Bezüge der Grundschullehrkräfte die finanziellen Voraussetzungen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben Grund-, Haupt-und Realschullehrkräfte in Hessen die gleiche Ausbildungsdauer. Nach dem Motto "kleine Kinder - kleineres Geld!" verdienen Haupt- und Realschullehrkräfte in Hessen aber eine ganze Gehaltsstufe mehr. Diese Vorgehensweise ist anachronistisch und patriarchalisch – sie diskriminiert die Frauen besonders, denn an den Grundschulen sind 92 Prozent der Beschäftigten weiblich.

Wir brauchen mehr Nachwuchs von wissenschaftlich ausgebildeten Grundschulpädagoginnen und Grundschulpädagogen für eine der wenigen Schulformen, in der sich alle Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten begegnen.

Hier erlernen Kinder Demokratie, schließen Freundschaften, lernen

voneinander und erleben Toleranz und Vielfalt. Grundschullehrerinnen und Lehrer engagieren sich oft an ihrer persönlichen Leistungsgrenze, um die hohen pädagogischen und gesellschaftlichen Ansprüche an die Grundschulbildung zu erfüllen. Zudem treten sie mit ihrer Arbeit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegen.

Ohne sie geht es nicht. Grundschullehrkräfte müssen nach A 13 bezahlt werden! Es ist höchste Zeit für mehr Anerkennung und Wertschätzung. Die Grundschulen in Hessen und ihre Lehrerinnen und Lehrer verdienen es! Hessen darf nicht länger warten!

Wenn das Kultusministerium weiterhin mit befristeten Verträgen jongliert, mit Unterricht für die jüngsten Kinder durch nicht dafür ausgebildete Personen, mit halbgaDie GEW hat festgestellt, dass im laufenden Hessischen Haushalt 2018–2022 die Finanzmittel für die Höherbewertung der Grundschullehrkräfte vorhanden sind. Diese Finanzierungsmöglichkeit in Höhe von 70 Millionen Euro muss für die Sicherstellung der Unterrichtsqualität, einer guten Pädagogik und einer guten Bildung aller Kinder an den Grundschulen genutzt werden!

Grundschullehrkräfte arbeiten ebenso wie ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Schulformen nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, fördern Kinder individuell, arbeiten inklusiv und tragen entscheidend zur sozialen und kulturellen Persönlichkeitsentfaltung des einzelnen Kindes bei. Ihre diagnostischen Kompetenzen und ihre systemische Beratung werden von Eltern gewünscht und geschätzt.



Karola Stötzel vor dem Staatlichen Schulamt Frankfurt

ren und zu kurzen Qualifizierungsmaßnahmen anderer Lehramtsabsolventen, um den eklatanten Mangel an ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen auszugleichen, ist dies eine nicht wieder gutzumachende Benachteiligung der davon betroffenen Kinder.

Hessen gehört zu den finanzstärksten Bundesländern. Ein "Weiter so!" in der Schuldenbremsenlogik geht auf Kosten der Lehrkräfte, der Eltern und der Bildungschancen ganzer Kindergenerationen! Ohne Grundschullehrkräfte geht Grundschule nicht! Sie fehlen in Hessen allerorten. Deshalb ist es ist höchste Zeit für mehr Anerkennung und Wertschätzung!

Die Besoldungsangleichung nach A13 für Grundschullehrkräfte ist überfällig!

Die Sicherung der pädagogischen und professionellen Qualität der Grundschulbildung muss von der Landesregierung mit Priorität angegangen werden. Hessen darf nicht länger warten!



SEITE 16 FLZ Nr. 4/18

# Digital-Ratgeber für

# Begrüßungsrede auf der ersten

### Vorbemerkung der Autorin

Der Begriff "Bildungsdesigner" geht auf eine 2016 von mir geschriebene Satire mit dem Titel "Ratgeber für Bildungsdesigner" zurück. Schon damals stand der Versuch, die Ökonomisierung des Bildungswesens zu forcieren, im Mittelpunkt des zugehörigen (fiktiven) Vortrags, in dessen Rahmen die Verankerung eines auf Messbarkeit und Funktionalität reduzierten Bildungsverständnisses als grundlegendes Prinzip empfohlen wurde.

Dementsprechend kann die hier vorliegende Satire als eine Art Fortsetzung verstanden werden, für die aber ein anderer Ausgangspunkt gewählt worden ist: Bei der jetzigen Fiktion geht es um eine nationale (d.h. in Deutschland ausgerichtete) Konferenz, die sich mit möglichst vielen Aspekten der in diesem Land anstehenden Digitalisierung aller Kitas und Schulen befassen soll.

Liebe Delegierte,

mit großer Freude begrüße ich Sie zu unserer ersten nationalen Konferenz, die ganz bewusst in Deutschland stattfindet, um den hier stationierten Bildungsdesignern die größtmögliche Unterstützung zukommen lassen zu können. Wie Sie wissen, ist die für Deutschland vorgesehene schulische Digitalisierung nicht in dem von uns erwarteten und erhoften Tempo vorangekommen

Und das, obwohl uns die derzeitige Regierung jede nur erdenkliche Hilfe angedeihen lässt. So hat das Bundeskabinett bereits vor einiger Zeit beschlossen, die für die schulische Digitalisierung noch erforderliche Änderung des Grundgesetzes auf den Weg zu bringen. Damit meine ich, wie Sie sicherlich wissen dürften, die geplante Neufassung des Artikels 104(c).

Der heftigste Widerstand kommt aus den Reihen der alten Lehrer/innen, die sich noch ein anderes Bildungs- und Rollenverständnis angeeignet haben und starrsinnig daran festhalten. Darüber hinaus gibt es auch Wissenschaftler/innen, die den von uns verfolgten Zielen im Weg stehen und teilweise noch so jung sind, dass wir bei ihnen nicht – wie im erstgenannten Fall – mit einer biologischen Lösung unseres Problems rechnen können.

Deutlich besser sieht es für uns bei der Gruppe der Eltern aus. Es hat sich einfach ausgezahlt, dass wir ihnen die persönlichen Vorteile einer rein leistungs- und wettbewerbsorientierten Bildung unablässig eingehämmert haben. In einem noch spezifischeren Sinne hat sich die Studie "Kinder in der digitalen Welt" als hilfreich erwiesen. Hierin werden die Eltern in sieben Gruppen aufgeteilt: digital Souveräne, effizienzorientierte Performer, unbekümmerte Hedonisten, postmaterielle Skeptiker, verantwortungsbedachte Etablierte, ordnungsfordernde Internet-Laien und internetferne Verunsicherte. Wer möchte sich schon nachsagen lassen, zu den beiden letztgenannten Gruppen der Ahnungslosen zu gehören?

Trotzdem gibt es bis heute noch zu viele Eltern, die sich weiterhin für den Erhalt einer überwiegend aus realen Begegnungen bestehenden Lernwelt stark machen. Hinzu kommt die typisch deutsche Angst vor einem Missbrauch persönlicher Daten. In diesem Land ist noch - selbst bei etlichen Kindern und Jugendlichen – ein zu großes Bewusstsein dafür vorhanden, dass mit digitalen Geräten Daten gesammelt und Verhaltensweisen von Menschen kontrolliert werden können. Deswegen waren wir ja auch so entsetzt, als die Facebook-Machenschaften (also die spezifische Datenweitergabe zu Wahlkampfzwecken sowie die generelle Datenweitergabe an alle Hersteller/innen von Endgeräten) ans Licht der Öffentlichkeit gekommen sind.

Vor diesem Hintergrund werden wir nicht umhinkönnen, uns im Interesse einer deutschlandweiten Beschleunigung der schulischen Digitalisierung mehr als üblich ins Zeug legen zu müssen. Damit habe ich das zentrale Ziel unserer ersten nationalen Konferenz benannt, wobei ich gleich hinzufügen möchte, dass die Erfüllung dieser aktuellen Aufgabe gar nicht einmal so schwer werden dürfte.

Eine Beschleunigung setzt auch im technischen Sinne eine Zentralisierung voraus. Deshalb kommt es uns – was allenfalls Außenstehende überraschen dürfte – sehr gelegen, dass wir auf das grandiose Scheitern eines in Berlin schon vor Jahren auf den Weg gebrachten Konzepts mit dem Namen eGovernment@school verweisen können, bei dem es – nicht zuletzt aus Gründen des Datenschutzes und der Datensicherheit – um eine dezentrale Steuerung der elektronisch zu erledigenden Verwaltungsaufgaben ging. Die Tatsache, dass allein mit diesem Versuch 30 Millionen Euro in den Sand gesetzt worden sind, ist ein noch immer gut geeignetes Argument für die Anschaffung zentraler Server.

Somit kann dieser Punkt unseres strategischen Plans zur digitalen Eroberung der deutschen Kitas, Schulen und Klassenzimmer bereits als abgehakt gelten, sodass ich eigentlich gleich zu den für Sie wichtigen Teilbereichen übergehen könnte. Da sich aber gezeigt hat, dass die eingangs schon kurz erwähnten Akzeptanzfragen eine große Rolle spielen können, hängt der Erfolg unserer Mission auch davon ab, wie gut wir diesen Bereich durchleuchtet und antizipiert haben. Anders ausgedrückt: Wir können es uns schlicht nicht leisten, die Bedeutung der, wie ich sie immer gerne nenne, menschlichen Faktoren zu unterschätzen.

Wenn es um die Gewöhnung der Menschen an eine digitalisierte Lebensweise geht, sollten wir am besten bei den Babys anfangen. Erfreulicherweise hat sich gerade hier schon etliches getan. Denken Sie nur an die intelligente Babysocke mit integriertem Puls-, Herzfrequenz- und Sauerstoffmesser, an die Smart-Strampler mit Sensoren für die Überwachung von Atmung, Schlafposition und -qualität, an das Gummi-Knöchelband von Sproutling, das die Stimmung des Kindes ankündigt oder an die Smart-Windel, deren Benutzung einen Alarm-Ton zur Folge hat.

Dieser ersten, noch nicht bewusst wahrgenommenen Begegnung mit der digitalen Welt kann rasch das Erleben einer nicht riech-, schmeck- und fühlbaren Außenwelt folgen. Hierher gehören Töpfchen mit integriertem Monitor, aber auch symbolgesteuerte Programme wie "Kids N Bids", die schon ganz kleine Kinder mit dem Computer beziehungsweise den zugehörigen Lernspielen vertraut machen.

Eine andere Frage ist, ob es dieser frühen Konditionierung bedarf, um die Kinder an den Umgang mit virtuellen Welten zu gewöhnen. Wie wir wahrscheinlich alle in diesem Raum wissen, kann diese Frage glatt verneint werden, da Kinder mit Hilfe ihrer peer-groups und somit auch ohne eine vorherige Unterstützung durch die Erwachsenen diesen Zugang finden werden. Aber warum sollten wir uns dieses schöne Zusatzgeschäft entgehen lassen?

Der noch größere Nutzen besteht allerdings darin, dass wir mit jedem neu auf den Markt geworfenen Gerät und/oder Programm die um Gesundheitsrisiken und Frühförderung kreisenden Ängste unsicherer Eltern permanent wachhalten können. Und damit möchte ich Ihren Blick auf einen für uns ganz zentralen Umstand lenken: Mit dem Verkauf unserer Geräte und Programme sind – und zwar in jeder Lebensphase – gewaltige Versprechen verbunden!

Diese müssen vor allem dann immer wieder ins Gespräch gebracht werden, wenn es um die Einbindung der noch zögerlichen Erwachsenen geht. Sind Kinder mit im Spiel, wird das Versprechen einer durch Digitalisierung verbesserten Zukunftsperspektive im Vordergrund stehen, während in allen anderen Fällen die digital generierten Fortschritte in den Bereichen Sicherheit, lebensverlängernde Gesundheitsvorsorge und Kommunikation hervorzuheben sind.

Eine sehr wichtige Rolle im Kampf um die Köpfe spielen die Medien. Auch hier möchte ich an ein schon etwas älteres Beispiel erinnern, bei dem es um die Verbreitung der im Rahmen der Studie ICILS 2013 (International Computer and Information Literacy Study) vorgestellten Ergebnisse ging. Damals war – einschließlich einer von Birgit Eickelmann für die Heinrich-Böll-Stiftung verfassten Auswertung – überall zu lesen, dass die deutschen Schüler/innen beim internationalen Vergleich digitaler Kompetenzen über einen

mittleren Platz nicht hinausgekommen sind.

Die Wirkung war zwar nicht so gewaltig wie bei den von der OECD lancierten PISA-Tests, aber immerhin hat uns die bereits erwähnte Böll-Stiftung mit der von ihr publizierten Auswertung den Gefallen getan, eindringlich auf die unterschiedliche Art der Computernutzung bei benachteiligten und nicht benachteiligten Kindern hinzuweisen und daraus die in unserem Sinne richtigen Schlüsse zu ziehen.

Die im Schneider Verlag
Hohengehren GmbH herausgegebene Themenreihe
"Kritische Pädagogik: Eingriffe
und Perspektiven" hat in ihrem
Heft 5 (2018) das Thema:
"Bildungsindustrie" gewählt.
Wir veröffentlichen in leicht
gekürzter Form den Beitrag
von Magda von Garrel:
"Digital-Ratgeber für deutsche
Bildungsdesigner".
(siehe auch Seite 18)



# Magda von Garrel

ist Sonderpädagogin sowie
Diplom-Politologin und war
als Integrationslehrerin an
Grund-, Haupt-, Sonder- und
Berufsschulen tätig. Zuletzt
erschien von ihr das Buch
"Instandsetzungspädagogik:
Integrationsansätze für lernentwöhnte Kinder". Weitere
Informationen unter
www.magda-von-garrel.de.

Es ist nun einmal so, dass Kinder aus den so genannten bildungsfernen Elternhäusern die Computer beinahe ausschließlich wie die früheren Spielkonsolen nutzen, aber gerade dieser Umstand spielt uns in die Hände. Ausgehend von den auch in diesem Bereich festzustellenden milieubedingten Unterschieden können wir verkünden, dass wir mit Hilfe unserer hochwertigen Lernprogramme einen noch nie so umfangreich möglichen Beitrag zur Überwindung der Bildungsungerechtigkeit leisten werden.

Unter diesem Vorzeichen sind viele der für uns günstigen Weichenstellungen schon in den beiden letzten, wenn ich mal so sagen darf, noch weitgehend analogen Jahrzehnten vorgenommen worden. Dazu zählen die im Windschatten der PISA-Tests mittlerweile fast überall

\* Siehe dazu auch der Hinweis auf S.18

installierten Vergleichsarbeiten oder die schon sehr weit fortgeschrittenen Absprachen zur Einführung eines Zentralabiturs. Denn das ist es, was wir vordringlich brauchen: Gleiche Standards, um die Schüler/ innen im Zuge der Datenauswertung möglichst schnell einsortieren zu können.

Eine solche Überlegung ist natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wenn beispielsweise alle Eltern wüssten, dass wir das Benutzer/innenverhalten ihrer Kinder insbesondere beim Umgang mit Schulcomputern abspeichern und in späteren Lebensabschnitten bei Bedarf wieder aufrufen, könnte unsere langjährige Beeinflussungsstrategie auf einen Schlag als das erkannt werden, was sie tatsächlich ist: Lobby-Arbeit im Interesse von Großkonzernen.

Soweit darf es selbstverständlich auch bei den Lehrerinnen und Lehrern nicht kommen, zumal wir derzeit noch stark auf deren Multiplikatorenfunktion angewiesen sind. Wir haben allerdings schon erreicht, dass sich die Lehrer/innen in zunehmendem Maße auch in Deutschland als Coaches oder Lernbegleiter/innen verstehen.

Über diese Entwicklung kann ich mich immer ganz besonders freuen, da sie uns mit Hilfe eines Arguments gelungen ist, das eine Deckungsgleichheit der schulischen Interessen mit unseren eigenen Absichten suggeriert.

Mehr Zeit für das einzelne Kind zu haben, begeistert nicht nur die Lehrer/innen, sondern auch uns, da dieses Vorgehen eine gute Vorbereitung auf eine überwiegend individuelle Aneignung des Lernstoffes darstellt, wodurch zugleich der Boden für ein neues Gesellschaftsverständnis bereitet wird: Zukünftige Generationen benötigen keine öffentliche Daseinsvorsorge mehr, weil sie von Kindesbeinen an gelernt haben, dass sie für ihren Erfolg im Leben weitestgehend selbst verantwortlich sind.

Damit bin ich aber schon bei unseren sehr langfristigen Zielen angelangt, weshalb es an der Zeit sein dürfte, den Fokus endlich auf die Ihnen im Rahmen unseres Plans zur Beschleunigung der Digitalisierung aller deutschen Kitas und Schulen zugedachten Handlungsbereiche zu richten, die sich vier Schwerpunkten zuordnen lassen:

- 1. Installation Hardware
- 2. Herausstellen der Vorteile
- 3. Relativierung der Nachteile
  - Bestimmung der Lerninhalte

Hinsichtlich des zuerst genannten Schrittes wird Ihre Hauptaufgabe darin bestehen, die Bereitschaft zur Anschaffung von Hardware in Gesprächen mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker/innen wach zu halten. In der Sache geht es um Dinge wie Server, Clouds, W-LAN-Anschlüsse sowie die in Frage kommenden Endgeräte, bei denen es sich um Smartphones, Tablets oder PCs handeln kann.

# deutsche Bildungsdesigner nationalen Digitalisierungs-Konferenz

Um wenigstens bei den Endgeräten sparen zu können, ist mittlerweile schon häufiger vorgeschlagen worden, dass die Schüler/innen ihre eigenen Smartphones im Unterricht benutzen sollten. Das können wir natürlich auf gar keinen Fall zulassen, da unsere Anstrengungen nicht zuletzt auf die Erschließung eines gewaltigen zusätzlichen Absatzmarktes hinauslaufen. Aber auch in dieser Hinsicht hilft uns eine schon etwas länger zurückliegende Auswertung weiter, die sich auf einen in Hamburg durchgeführten Einsatz schülereigener Smartphones bezieht. Die damals festgestellte Untauglichkeit dürfte zwar eher ein Indiz für die strukturelle Uneinlösbarkeit des digitalen Bildungsversprechens gewesen sein, aber das muss uns ja nicht kümmern.

So viel zu Ihrem ersten Tätigkeitsschwerpunkt, bei dem es für Sie natürlich auch um die Beschaffung möglichst vieler Fördergelder gehen wird. Dabei lassen Sie sich bitte nicht von dem Wissen irritieren, dass die derzeit in Aussicht gestellten Fördergelder hinten und vorne nicht reichen werden. Da kann ich nur sagen: Umso besser! Wo Mangel herrscht, wird der Ruf nach Privatisierung laut und da helfen wir doch gerne aus. Ganz aktuell geschieht das in München, wo die Stadt über 200 Stellen des Referats für Bildung und Sport und somit die Betreuung von 35.000 Computern in eine private Gesellschaft auslagern will.

Nun aber endgültig zu dem mit "Herausstellen der Vorteile" bezeichneten zweiten Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit. In diesem Bereich ist Ihr Können ganz besonders gefragt, da digitale Medien nur Lernhäppchen und – wie ich es vorhin schon kurz angedeutet habe – keinesfalls Bildung vermitteln können.

Mit anderen Worten sind Sie gut beraten, wenn Sie sich auf eine so große und grundsätzliche Diskussion gar nicht erst einlassen. Werfen Sie stattdessen mit Begriffen wie Kreativitätsförderung, Medienkompetenz und Zukunftsfähigkeit zur Kennzeichnung der für die Schüler/innen zu erwartenden Vorteile um sich.

Am leichtesten werden Sie es bei der Kreativitätsförderung haben, da mit Tablets und Computern beispielsweise Bilder gemalt, Musikstücke komponiert oder eigene Filme gedreht werden können. Dass fest integrierte Kameras bei bestimmten Geräten auch beidseitig funktionieren und somit zu Kontrollzwecken eingesetzt werden können, muss ja gar nicht erst erwähnt werden.

Zurückhaltung sollten Sie auch beim Thema Medienkompetenz üben. Das gilt zumindest für einige der hierzu formulierten und von Ihnen selbstverständlich zu unterstützenden Ziele wie die Fähigkeit zur Unterscheidung von echten und falschen Nachrichten oder die Fähigkeit zum rechtzeitigen Erkennen gefährlicher sexueller Annäherungsversuche. Schwierig könnte es

werden, wenn die Forderung nach einem einfachen Abstellen der entsprechenden Seiten auftaucht, aber auch in diesem Fall lässt sich der Spieß umdrehen, indem Sie bedauernd darauf hinweisen, dass der Erwerb von Medienkompetenz gerade deshalb so wichtig ist, weil sich die im Netz befindlichen unwahren oder gefährlichen Inhalte vor allem unter juristischen Gesichtspunkten nicht so einfach entfernen lassen.

Weitgehend unumstritten sind die durch das Internet neu eröffneten Präsentationsmöglichkeiten, die sowohl zur Darstellung von Arbeitsergebnissen als auch zur Dokumentation von Arbeitsverläufen geeignet sind. Dem gegenüber werden die ebenfalls rasant angestiegenen Recherchemöglichkeiten oft nur im Sinne eines ziemlich willkürlichen Zusammenstückelns fremder Texte genutzt. Mit Sicherheit ist dieses Schüler/innenverhalten auch auf die inzwischen eingetretene Gewöhnung an modular und somit kleinteilig aufbereitete Lernangebote zurückzuführen, die wir schon vor Jahren erfolgreich durchgesetzt haben. Schon allein deshalb sollten Sie dieses Thema mit Hinweisen auf andere in Frage kommende Ursachen neutralisieren.

Bei den für die Erwachsenen gedachten Versprechen sollte die bereits erwähnte Verheißung einer weitgehenden Beseitigung der Bildungsungerechtigkeit ganz oben stehen. Daran stimmt, dass wir auch den benachteiligten Schülerinnen und Schülern Computerwelten eröffnen können, die jenseits von Ballerspielen liegen und darüber hinaus damit zu rechnen ist, dass sie Gefallen an dem einen oder anderen Lernspiel finden werden. Eine andere Frage ist, ob sich die in diesem Bereich besonders stark voneinander abweichenden Startbedingungen auf diese Weise tatsächlich einebnen lassen.

Die bisherigen, vor allem in den USA gesammelten Erfahrungen deuten darauf hin, dass computergestütztes Lernen generell eher schädlich als nützlich ist, sodass denjenigen Kindern, die es am nötigsten hätten, auf diese Weise nicht wirklich geholfen werden kann. Sollte Ihnen dieses Argument entgegengehalten werden, können Sie aber immerhin darauf verweisen, dass beinahe alle Kinder die niedlichen Zeichentrick-, Plüsch- oder Knetfiguren lieben und somit wenigstens auf der emotionalen Ebene eine Art Ausgleich stattfindet.

Und was ist nun mit der Zukunftstauglichkeit? Seriös lässt sich zu diesem Thema überhaupt nichts sagen, zumal die mit künstlicher Intelligenz vollgestopften und selbstlernenden Roboter dermaßen auf dem Vormarsch sind, dass wir schon um den Erhalt unserer eigenen Arbeitsplätze bangen müssen. Trotzdem sollten wir weiterhin tapfer behaupten, dass im Falle einer Digitalisierung von Kitas und Schulen mit herrlichen Zukunftsperspektiven für die jetzt aufwachsenden Kinder zu rechnen ist, während ein Verzicht auf diese Option zu einer großen allgemeinen Verelendung führen würde.

Auf einem ganz anderen Gebiet können Sie sogar echten Optimismus ausstrahlen, wobei ich vor allem an die Lehrer/innen denke. Mit jeder Arbeit am Tablet oder Computer werden sowohl die Fortschritte als auch die Probleme eines Kindes festgehalten, sodass in Zukunft die oft als lästig empfundenen und auf jeden Fall zeitraubenden Lernstandsprotokolle entfallen können. Ob diese Art der permanenten Leistungsmessung und -rückmeldung auch dem Wohle des Kindes dient, ist eine völlig andere Frage, die aber vor lauter Freude über die erhebliche Arbeitsentlastung kaum noch gestellt werden dürfte. Langfristig können Sie sogar die Abschaffung der halbjährlich zu schreibenden Zeugnisse in Aussicht stellen, was nicht nur einen weiteren Entlastungseffekt mit sich brächte, sondern auch noch einen reformpädagogischen Anstrich hätte.

Für den dritten Tätigkeitsbereich, in dem die Relativierung der Nachteile im Vordergrund steht, gilt der Grundsatz, dass wir möglichst keine Zweifel aufkommen lassen dürfen, auch wenn uns die Fragwürdigkeit unserer großartigen Versprechen sehr wohl bewusst ist. Unser Vorgehen ist alles andere als kindgerecht, weshalb sich die von uns versprochenen Effekte allenfalls - wenn überhaupt - in einem sehr bescheidenen Maße einstellen werden. Man denke nur an das klägliche Ende der auch in Holland gegründeten Steve-Jobs-Schulen.

Noch offensichtlicher ist die Tatsache, dass eine komplette Digitalisierung der Kitas und Schulen zu einem medialen Dauerkonsum der Kinder und Jugendlichen beiträgt. Nicht ohne Grund gibt es in etlichen Schulen noch immer Handy-Verbote. Dabei müssen wir noch nicht einmal an die sehr wahrscheinliche Ausweitung des Suchtverhaltens denken, da sich emotionale Verkümmerungen auch schon dann einstellen, wenn Kinder mehr Zeit mit Avataren als mit realen Menschen verbringen.

Meine eigenen Kinder würde ich deshalb nie auf eine solche Schule schicken, aber das steht hier nicht zur Debatte. Stattdessen müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass vor allem die benachteiligten Kinder von unseren schulischen Angeboten profitieren, da sie anderenfalls so gut wie nie mit hochwertigen Lernprogrammen in Berührung kämen.

Gleich anschließend können Sie den inklusionsfördernden Charakter der schulischen Digitalisierung anpreisen: Die Lernprogramme sind schließlich so gestrickt, dass tatsächlich für jeden etwas dabei ist, wodurch es weder zu Unter- noch zu Überforderungen kommen kann. Darüber hinaus hat die häufige Vereinzelung der Schüler/innen den Effekt, dass sich die oft krassen Leistungsunterschiede nicht so schnell bemerkbar machen, was sich wie-

derum positiv auf das in den Schulen oder Klassen herrschende Klima auswirken dürfte.

Es ist schon verrückt: Während wir mit den benachteiligten und/ oder behinderten Kindern wegen ihrer schon früh feststehenden beruflichen Unverwertbarkeit nichts anfangen können, sind sie gleichzeitig und nicht erst seit heute unsere wertvollste Ressource, wenn es um das Durchdrücken unserer Anliegen geht. Ihrer Existenz haben wir es zu verdanken, dass wir der Verfolgung unserer rein geschäftlichen Interessen ein menschliches Antlitz geben können.

Das nächste zu umschiffende Problem betrifft das von uns favorisierte Eintrittsalter, das allen vorliegenden Erkenntnissen zur Entwicklung des kindlichen Gehirns widerspricht. Danach befinden sich die Kinder bis ungefähr zum 12. Lebensjahr in einer Reifungsphase, in der sie besonders stark auf das Erleben realer Außenreize angewiesen sind.

Umso wichtiger ist es für uns, dass wir in diesem Zusammenhang erneut jene Eltern mobilisieren, die in erstaunlich großer Zahl von der Hochbegabung ihres Nachwuchses überzeugt sind. Den darauf fixierten Eltern kann es gar nicht früh genug mit dem Einsatz von Lernprogrammen aller Art losgehen, weshalb sie es selbstverständlich befürworten, dass mit der Digitalisierung schon in den Kitas begonnen wird.

In allen anderen Fällen empfiehlt sich die Aktivierung eines weiteren hierzulande leicht auslösbaren Reflexes. Damit meine ich die bei vielen Deutschen grassierende Angst, dass ihnen jemand etwas wegnehmen könnte, was sich in unserem Interesse mit den Schlagwörtern ,Verlust von Arbeitsplätzen' und ,Verlust der Weltmarktposition' verbinden lässt.

Last but not least können wir uns auf das schlechte Gedächtnis der Verbraucher/innen verlassen. So ist es noch gar nicht so lange her, dass es einen Aufschrei wegen der internetfähigen Puppen und Kuscheltiere gegeben hat, mit denen Kinder ausspioniert werden können, weil das, was sie ihren Spielzeugpartnern sprechend anvertrauen, aufgezeichnet und in Clouds gespeichert wird. In Deutschland ist die mit diesen Funktionen ausgestattete Puppe Cayla inzwischen verboten worden, aber wer erinnert sich noch daran? Jedenfalls hat dieses Verbot nicht dazu geführt, dass der Markt für die "Cloud Pets" dauerhaft eingebrochen wäre oder dass sich daraus andere von uns ernst zu nehmende Reaktionen auf das schon sehr früh praktizierte Unterlaufen des informationellen Selbstbestimmungsrechts ergeben hätten.

Aber wie schon gesagt: Dieser äußerst heikle Punkt ist schon längst wieder aus der öffentlichen Diskussion verschwunden. Und wenn argumentativ tatsächlich nichts mehr

gehen sollte, bleibt immer noch die nüchterne Feststellung, dass auch in Deutschland die Digitalisierung von Kitas und Schulen so oder so kommen wird. Ihre Gesprächspartner/innen werden höchstwahrscheinlich dann schon von selbst zu der Einsicht gelangen, dass es unter diesen Umständen am vernünftigsten sein dürfte, sich mit dieser Entwicklung zu arrangieren.

Im Zusammenhang mit dem letzten der Ihnen zugedachten Tätigkeitsbereiche kann ich mich vergleichsweise kurz fassen, da sich die Bestimmung der Lerninhalte häufig wie von selbst ergibt. Das gilt zumindest dann, wenn es Ihnen gelingt, die Anschaffung von Lernprogrammen zu forcieren, die viele Jahrgangsstufen umfassen. Ein wirklich gut funktionierendes Beispiel ist das in Kalifornien entwickelte Mathematik-Lernprogramm mit dem Pinguin Jiji, der auch noch 18-jährigen Jugendlichen den Weg zu weisen vermag.

Aber auch unterhalb dieser Ebene kann ich Ihnen Erfreuliches berichten. So stellt die Bundesregierung für den Einsatz digitaler Unterrichtsmaterialien Fördergelder zur Verfügung, obwohl diese natürlich von privaten Unternehmen als "open educational resources" (kurz: OER) zur Verfügung gestellt werden.

Sie selbst können mit dem Angebot scheinbar kostenloser Apps punkten, bei denen Außenstehende kaum auf die Idee kommen dürften, dass diese in erster Linie als Kundenbindungsprogramme gedacht sind. Jedenfalls ist es sehr wahrscheinlich, dass junge Menschen, die schon in der Schule jahrelang mit den Programmen eines bestimmten Anbieters gearbeitet haben, diesem auch danach treu bleiben werden.

Liebe Delegierte, nachdem ich nun sowohl das allgemeine Umfeld als auch Ihre speziellen Aufgaben etwas näher skizziert habe, ist es nun an Ihnen, sich im Verlauf dieses Kongresses darüber zu verständigen, welche Teams wo und in welcher zeitlichen Reihenfolge in Erscheinung treten sollten. In inhaltlicher Hinsicht achten Sie bitte auf eine schlüssige Abfolge Ihrer Argumentationsketten, wobei in dieser Phase zwei Andeutungen unbedingt zu vermeiden sind.

Damit meine ich die zunehmende Anzahl der sich selbsterklärenden Programme, die eine Anwesenheit von Lehrpersonen immer überflüssiger machen und erst recht die von uns beabsichtigte Privatisierung des gesamten Bildungswesens.

In beiden Fällen wäre es höchst kontraproduktiv, wenn Sie Ihren Gesprächspartnerinnen und -partnern schon jetzt reinen Wein einschenken würden. Apropos Wein: Das gleich anschließende Mittagessen hält einige edle Tropfen für Sie bereit, weshalb ich Ihnen am Ende meines Vortrags eine angenehme Pause wünschen und versprechen

SEITE 18 FLZ Nr. 4/18

# Für eine radikale ökonomische Aufklärung Bücher zum Nachdenken

# Staat im Ausverkauf – Privatisierung in Deutschland

Marode Schulen und Krankenhäuser, explodierende Mieten in städtischen Zentren, steigende Preise für Wasser, Gas und Strom, geschlossene Filialen der Deutschen Post, "Verzögerungen im Betriebsablauf" bei der Deutschen Bahn – dies alles geht auch auf den großen Ausverkauf der öffentlichen Hand zurück, der in Deutschland während der Kanzlerschaft Helmut Kohls einsetzte.

In der Überzeugung, dass Privatisierungen Dienstleistungen besser, billiger und bürgernäher machen, schüttelt "Vater Staat" bis heute immer mehr Aufgaben ab – wie ein Baum seine Blätter im Herbst.

Anhand besonders eindrücklicher Beispiele analysiert Tim Engartner in sieben Kapiteln – Bildung, Verkehr, Militär, Post und Telekommunikation, soziale Sicherung, Gesundheit und kommunale Versorgung – die Privatisierungen in Deutschland und ordnet sie in internationale Zusammenhänge ein. Sein Weckruf zeigt: Diese Politik, die von allen regierenden Parteien betrieben wurde und immer noch wird, ist nicht alternativlos.



Tim Engartner, **Staat im Ausverkauf** – **Privatisierung in Deutschland**, kartoniert, 268 Seiten, Campus Verlag 2016, 22,95 Euro

# Mit Demokratie ernst machen

"Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten des mächtigsten Staates der Welt markiert einen absoluten Tiefpunkt der politischen und demokratischen Kultur in der westlichen Welt." Mit diesen markigen und mahnenden Worten leitet Herbert Storn sein unlängst erschienenes Buch "Mit Demokratie ernst machen" ein. Er analysiert die Hintergründe für die Wahlerfolge von Rechtspopulisten, die sich nicht nur in den USA an die Regierungsspitze gesetzt haben, sondern mit Viktor Orbán in Ungarn, Luigi Di Maio in Italien und Jair Bolsonaro in Brasilien auch andernorts erfolgreich sind.

Storn widmet sich insbesondere den fundamentalen Widersprüchen zwischen den artikulierten Interessen rechtspopulistischer Wähler/innen wie auch denen der *Alternative für Deutschland (AfD)* sowie den von den Parteirepräsentanten propagier-

ten ökonomischen Strategien. Mit Blick auf Donald Trump diagnostiziert Storn, dass er "die Krisenursachen der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialordnung bei den "Ausländern" sucht" (S.7). Ein neuer Nationalismus – gepaart mit Rassismus und Militarismus - solle die sozioökonomischen Probleme kaschieren. Gleichzeitig werde ein unverblümter "Sozialdarwinismus" betrieben, der auf die Abschaffung der allgemeinen Krankenversicherung, Steuersenkungen zu Gunsten der Wohlhabenden sowie den Umund Abbau des Sozialstaates zu Lasten der ohnehin ökonomische Deprivierten ziele. Ein Vergleich mit dem Wahlsieg

der AfD in Deutschland offenbare verblüffende Parallelen: "Die AfD mobilisiert einen beträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung, der die ungelösten Widersprüche unserer Wirtschafts- und Sozialordnung durch Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ,lösen' will." Gleichzeitig setze die AfD "auf ein Programm, das die gesellschaftliche Spaltung weiter vertiefen würde, wenn es umgesetzt würde. Sozialabbau, Absenkung der Steuerund Abgabenquote, grundsätzlich keine Vermögensteuer und keine Erbschaftsteuer, Begünstigung deutscher Unternehmen bei gleichzeitiger Schließung der Grenzen, das sind die (nicht immer bekannten) Programmpunkte der AfD." (S.8). Storn analysiert weiterführend, dass sowohl bei Trump als auch bei der AfD "ein vergiftetes Versprechen [vorliegt], das anscheinend so zugkräftig ist, so scheinbar einleuchtend, so groß, dass es alle anderen Aussagen völlig in den Schatten stellt: America first! (Trump) Und: Deutsche Wirtschaftsförderung an erster Stelle! (AfD)" (ebd., Herv. i. O.).

Letzteres aber markiere die mehr oder weniger verhüllte Agenda der offiziellen deutschen (Tages-) Politik der letzten Jahrzehnte: Mit dem deutschen Exportüberschussmodell mache sich Deutschland kaum Freunde im Ausland. Denn "der aggressive Weltmarkt-Champion erzeugt viele Verlierer" (S. 114), so illustriert der Autor an Beispielen. Dazu gehört nicht zuletzt die Demokratie, die sich "dem Markt" wenn schon nicht unterordnen, so doch wenigstens konform verhalten solle, wie Bundeskanzlerin Merkel es 2011 formulierte. (S. 34) Anhand persönlich erfahrener Auseinandersetzungen skizziert der Verfasser, dass auch die vielfachen Privatisierungsstrategien öffentlicher Güter stellvertretend für jenen ordoliberalen, kaum auf das Gemeinwohl zielenden Kurs stünden.

Immer größer werdende Demokratiedefizite verwundern angesichts dessen wahrlich nicht. Wenn dies in der Unterrichtspraxis mangels Zeit nicht ausreichend zur Kenntnis genommen werde, trage es zur Entpolitisierung der Jugendlichen bei. Storn plädiert deshalb "für eine radikale ökonomische Aufklärung", so der appellierende Untertitel, die Widersprüche nicht ausklammere, sondern zuspitze. Denn eine Instrumentalisierung der Bevölkerung könne nur gelingen, "wenn man es mit ökonomischen Analphabeten zu tun hat" (S. 8). Diese Feststellung unterstreicht den Gehalt des Titels, nimmt das Werk doch die Demokratie, das damit

verbundene Vertrauen, vor allem aber die Anforderungen, die diese Staatsform an die Bürgerinnen und Bürgerinnen stellt, wahrlich ernst. Die Analyse Storns verkennt dabei keinesfalls den Aspekt - wie folgende Worte unterstreichen -, dass politische und ökonomische Weichenstellungen eng verwoben sind und pluralistisch wahrgenommen werden müssen (ebd.):"Diese tausendfach wiederholte Behauptung - »Geht es deutschen (oder amerikanischen) Unternehmen gut, so geht es auch dem deutschen (oder amerikanischen) Arbeitnehmer gut« ist anscheinend so wirkmächtig, dass es alle Rationalität und Empirie hinwegfegt. Armuts- und Reichtums-Berichte, soziale Forderungen, Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem, Gewerkschaftsargumente können damit ins Abseits befördert werden."

Storns Werk scheint gerade zur rechten Zeit zu kommen, ist nach der Landtagswahl in Hessen die AfD doch nun nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern in allen 16 Landtagen vertreten. Seine engagierte Fürsprache für eine radikale ökonomische Aufklärung erörtert dabei zielgerichtet Möglichkeiten einer curricular austarierten, thematisch anspruchsvollen und paradigmatisch vielfältigen sozialwissenschaftlichen Bildung. Des Weiteren besticht Storns "Streitschrift" damit, dass die Schlussfolgerungen nicht nur auf die Institution Schule gerichtet sind, sondern z. B. gesellschaftliches Engagement auch außerhalb etablierter Institutionen politischer Bildung als unumgänglich angesehen wird. Storns Analysen basieren auf einem knappen halben Jahrhundert Erfahrungen als Berufsschullehrer, aktiver Gewerkschafter und Hauptpersonalrat im hessischen Kultusministerium. Dies lässt sein Plädoyer für politisch-ökonomische Bildung in besonderer Weise überzeugend erscheinen: Wer nichts weiß, muss viel glauben. Und wer nichts über ökonomische Sachfragen weiß, muss auch im Ringen um eine solidarische Gesellschaft (zu) viel glauben.

Tim Engartner (Diese Rezension erschien auch in der FR vom 22.11.2018 auf der Wissen-Seite)



Herbert Storn, **Mit Demokratie ernst machen**, 204 Seiten Büchner Verlag: Marburg 2018. 22 Euro

# Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts

Neue Finanzakteure haben nach der Finanzkrise die bisherigen Großbanken abgelöst. Blackrock & Co sind nun die Eigentümer von Banken und Industriekonzernen. Hinzu kommen Private-Equity-Fonds, Hedgefonds, Wagniskapital-Investoren und Investmentbanken. Mit Digital-Giganten wie Amazon, Facebook, Google, Microsoft, Apple und Uber haben die neuen Finanzakteure schon vor Donald Trumps »America First« die US-Dominanz in der EU verstärkt. Arbeits-, Wohn-, Ernährungs- und Lebensverhältnisse: Die neue Ökonomie dringt in die feinsten Poren des Alltagslebens von Milliarden Menschen ein.

Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts verstecken ihre Eigentumsrechte in vier Dutzend Finanzoasen, fördern rechtspopulistische Politik, stützen sich auf eine zivile, transatlantische Privatarmee von Beratern und kooperieren in Silicon-Valley-Tradition mit Militär und Geheimdiensten. Rügemers Analyse schließt mit einem ausführlichen Systemvergleich des nach innen und außen noch aggressiver gewordenen »westlichen« Kapitalismus mit demjenigen Chinas, der auch bei seinen Investitionen in der EU und weltweit einer alternativen Logik folgt, Armut überwindet, erneuerbare Energien forciert und das Völkerrecht achtet.



Werner Rügemer, **Die Kapitalisten** des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure,

Paperback, 357 Seiten, Neue Kleine Bibliothek 263 2018, 9,90 Euro

# Eine Abrechnung mit der Wirtschaftspolitik von Gerhard Schröder bis heute

Deutschland geht es gut, Industrie und Handwerk gelten als konkurrenzfähig und die Außenhandelsüberschüsse als Beleg, dass alles fabelhaft läuft. Wer die Lage so einordnet, blickt jedoch vorbei: an der Schere zwischen Arm und Reich, Abstiegsängsten oder dem Unbehagen des Auslands an der deutschen Entwicklung.

Kai Eicker-Wolf zeigt, dass die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und der hohe Exportüberschuss zwei Seiten einer Medaille sind.

Seit Gerhard Schröder lebt Deutschland massiv unter seinen Verhältnissen – das ist bedenklich. Denn die Sparpolitik hat uns gravierende Fehlentwicklungen beschert wie die Unterfinanzierung sozialer Bereiche, darunter Gesundheit, Pflege, Bildung. Mit fundierten Lösungsvorschlägen plädiert Eicker-Wolf für eine Neuorientierung der Strukturund Wirtschaftspolitik, die Verteilungsgerechtigkeit nur dann herstellt, wenn sie auch Sozialpolitik ist.



Kai Eicker-Wolf, Wirtschaftswunderland. Eine Abrechnung mit der Wirtschaftspolitik von Gerhard Schröder bis heute, Klappenbroschur, 150 Seiten Büchner Verlag 2017, 16,00 Euro (Print)

# "Bildungsindustrie"

Aus dem Inhalt: Manuel Rühle Bildungsziel Wettbewerbsfähigkeit. Politisch-ökonomische Hintergründe der Bildungsindustrie | Fabian Kessl Ökonomisierung von Bildung und Erziehung: Von der Dynamisierung eines anhaltenden Prozesses durch TTIP | Tim Engartner Die "Öffnung von Schulen" gegenüber unternehmerischen Einflüssen | Matthias Holland-Letz Wie Unternehmen und Wohlhabende mit Hilfe von Stiftungen das öffentliche Bildungswesen beeinflussen | Kathrin Wendling Neoliberalismus und Hochschulbildung | Armin Bernhard Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) – Teil einer neoliberalen Bildungsindustrie | Matthias Burchardt Digitaler Wandel und die Freiheit des Menschen – Ein strategisches Projekt mit freundlicher Unterstützung aus Gütersloh | Magda von Garrel Digital-Ratgeber für deutsche Bildungsdesigner | Frank-Olaf Radtke Erpresster Paradigmenwechsel.

Die Strukturanpassung der deutschen Erziehungswissenschaft an die Erfordernisse der Neuen Steuerung | Kenneth Rösen Lebenslange Selbstanpassung | Christine Talsteiner Bildungsdiscounter | Ilka Hoffmann Ökonomisierung der Bildung aus Sicht der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft

Simon Kunert, Manuel Rühle (Red.) **Bildungsindustrie.** (Kritische Pädagogik – Eingriffe und Perspektiven Heft 5) 175 Seiten, Schneiderverlag Hohengehren 2018 15 Euro



Zwischen sechseinhalb und achttausend Menschen waren dem Aufruf der Aktion Seebrücke gefolgt, um ausgehend vom Willy-Brandt-Platz gegen die europäische und deutsche Flüchtlingspolitik, Abschiebungen und die vom Konzert der europäischen Abschottungspolitiker\*innen betriebene Kriminalisierung der Seenotrettung zu protestieren, die zu erneutem massenhaften Sterben im Mittelmeer führt.

Die Veranstaltung hatte einen für den 18. September 2018 geplanten Besuch von Heimatminister Seehofer beim Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik zum Anlass genommen, um deutlich zu machen, dass der CSU-Vorsitzende wegen seiner am rechten Rand angesiedelten Flüchtlingspolitik und den dazu in die Öffentlichkeit lancierten, teils zynischen Sprüchen, in Frankfurt nicht willkommen ist, was durch die Menge der zum friedlichen Protest angetretenen Bürgerinnen und Bürger auch eindrucksvoll belegt wurde.

Im Mittelpunkt der Demo standen denn auch Seehofer-Sprüche wie "Die Migration ist die Mutter aller Probleme", dem in vielfältiger Weise durch alternative Sichtweisen auf Flucht und Migration widersprochen wurde. Auch wenn Seehofer wegen "Terminschwierigkeiten" dem Kongress fernblieb, hielten die Veranstalter\*innen am Aufruf zu Demonstration und Kundgebungen fest, da es auch ohne Seehofer genügend Gründe gibt, für eine andere als die derzeit in der EU betriebene Flüchtlingspolitik einzutreten.

Dies wurde schon bei der Eröffnungskundgebung durch die Rede eines Vertreters der Seenotrettung Seawatch deutlich, deren Schiffe zum damaligen Zeitpunkt durch die Politik Italiens und Maltas, das zum Zeitpunkt der Demonstration drei Schiffe von Seawatach am Auslaufen hinderte, die daher nicht für in Seenot geratene Flüchtlinge eingreifen konnten. Das Sterben im Mittelmeer geht somit in eine neue erschreckende Runde, diesmal eindeutig als Ausdruck des politischen Willens von Verantwortlichen wie dem italienischen Innenminister Salvini und anderen seiner Kumpane in höchsten Regierungsämtern, die mit ihren jüngsten Entscheidungen zu "Mordhandlungen durch Unterlassung" übergegangen sind. So jedenfalls die Meinung von Ruben Neugebauer, des Sprechers der Seenotrettungsorganisation Seawatch, der in seiner Rede Seehofer als "die Mutter aller Probleme" bezeichnete. Er schilderte die derzeitige Lage der Seenotretter und die daraus resultierende, sprunghaft gewachsene Zahl an Ertrunkenen, die der europäischen Wende im Mittelmeer schon zum Opfer gefallen sind. "Die Mutter aller Probleme ist nämlich mit Sicherheit nicht die Migration, sondern der unsägliche Angstdiskurs, den die beiden blauen Parteien, die AfD und die CSU, uns hier immer wieder versuchen einzutrichtern. [...] Es ist nämlich nicht eine überschaubare Zahl Flüchtender, sondern diese unsägliche Ausgrenzungsrhetorik von Salvini, Strache, Seehofer&Co, die Europa dahin gebracht haben, wo es jetzt steht, nämlich am Abgrund", waren seine deutlichen Worten an die Adresse der Abschottungspolitiker\*innen.

Die Situation der zivilen Rettungsschiffe", so Neugebauer, sei "ein guter Indikator dafür, wo wir



# Zur Frankfurter Demonstration von "Aktion Seebrücke" und anderen gegen die herrschende Flüchtlingspolitik am 17. September 2018

[in Europa, E.O.] mittlerweile stehen. Wer einen Krankenwagen auf dem Weg zu einem Verkehrsunfall aufhält, der landet zu Recht vor Gericht. Aber nichts anderes passiert im Moment auf dem Mittelmeer. Wer bei Unglücksfällen oder Not eine Person behindert, die einem Dritten Hilfe leistet oder Hilfe leisten will, der handelt strafbar. So steht's im Gesetz, aber genau das hat der Innenminister im Bundestag gefordert. Und allein dafür müsste er nicht nur zurücktreten, sondern vor Gericht gestellt werden." Neugebauer wies auf den Amtseid, den Seehofer als Innenminister auf das Grundgesetz habe leisten müssen hin und das darin enthaltene Menschenwürdegebot: "Klipp und klar heißt es da: Die Würde des Menschen ist unantastbar, nicht die Würde der Kartoffel, nicht die Würde des weißen Deutschen und nicht die Würde des europäischen Passinhabers, sondern die Würde des Menschen ist unantastbar. Auf dem Mittelmeer ist sie antastbar geworden. Tausendfach. Und das, liebe Freundinnen, geht uns alle an. Wenn elementarste Grundrechte zur Verhandlungs-



diese Bekenntnisse der Städte zur Realität werden und dass wir diese Menschen in diesen Städten begrüßen dürfen." (Applaus) "Wir werden so lange auf der Straße sein und so lange Druck machen, bis die Stadt sagt, Frankfurt ist eine sichere Hafenstadt", kündigte die Sprecherin der Aktion Seebrücke an und wies auf die große Zahl von Organisationen und Einzelpersonen hin, die sich seit der Veröffentlichung des Offenen Briefes (s. nebenstehender Beitrag!) an die Stadt Frankfurt bisher schon als Unterstützer\* innen bekannt ha-

einem Zimmer, ohne jede Privatsphäre." Dieser defizitäre Zustand verdanke sich zum einen der Tatsache, dass das Land sich auch in der Frage der Unterbringung vollständig herausgenommen und dies zur alleinigen Sache der Landkreise gemacht habe. Andererseits warte die Europäische Richtlinie zur Unterbringung von Geflüchteten, die bessere Standards als derzeit gegeben vorschreibt, immer noch nicht in nationales Recht umgesetzt, ein Unding, angesichts der dauernden öffentlich bekundeten Sorgen um die Möglichkeiten der Integration bei gleichzeitiger maximaler Erschwerung derselben durch isolierende und extrem belastende Unterbringungsstätten. Mit den sogenannten Ankerzentren sei indes eine neue Stufe der Entrechtung und Drangsalierung von Geflüchteten erreicht: Nach Horst Seehofers Ansicht "sollten Geflüchtete solange wie möglich in Massenunterkünften ausharren, in denen die Rechte auf ein würdevolles Leben außer Kraft gesetzt werden. Durch die damit einhergehenden Arbeitsverbote, die Aussetzung der Schulpflicht, dem Sachleistungsprinzip, der Verlängerung der Pflicht in Massenlagern zu wohnen und die Aushebelung der unabhängigen Beratung werden jegliche Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe beschnitten. Die AN-KER-Zentren stehen für Ankunft, Entscheidung und Rückführung. Die Inklusion wird bewusst ausgeklammert. Entgegen dieser rassistischen Ideologie der Isolierung, Ausgrenzung und Abschreckung fordern wir eine menschenwürdige Unterbringung, die den besonderen Schutzbedarfen der Geflüchteten angemessen ist."

Sherin Striewe warf Innenminister Seehofer vor, zur "verbalen Brandstiftung" zu greifen, um sich "bei den Rechten zu profilieren" und forderte ihn zum Rücktritt auf, um so für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik der Weg freizumachen. Allein schon gesetzgeberisch sei hier noch vieles zu tun, um die Lage der Geflüchteten spürbar zu verbessern. An die Adresse des Landes ging ihre Kritik, die zugleich mit konkreten Forderungen aufzuwarten hatte: "Hessen formuliert bei der Unterbringung keinerlei konkrete Vorgaben, die eine menschenwürdige Unterbringung sicherstellen könnten. Auch ein landesweit gültiges Gewaltschutzkonzept, wie es dies schon in vielen anderen Bundesländern gibt, fehlt bislang. Ein solches ist aus unserer Sicht ebenso wie einheitliche Mindeststandards dringend geboten.

Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften muss zeitlich begrenzt werden, die Unterbringung in Wohnungen als Standard festgeschrieben werden. Insbesondere Familien mit Kindern sollten nach Möglichkeit gar nicht in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden, da diese Form der Unterbringung keine kindgerechte Wohnform darstellt. Für die Unterbringung besonders schutzbedürftiger Gruppen, wie z.B. Traumatisierte, Menschen mit Behinderung, LGBTIQ\* und Familien mit minderjährigen Kindern, müssen die besonderen Bedarfe festgestellt werden und bei der Unterbringung darauf Rücksicht genommen werden."

Die Demonstration war ein klares Zeichen dafür, dass die Zivilgesellschaft nicht bereit ist, die Restriktionen und die sie begleitende soziale Demagogie der Abschottungspolitiker widerspruchslos zu ertragen. In diesem Sinne war sie ermutigend und durch die Reden aufklärerisch zugleich.

Ernst Olbrich

# Seebrücke - Offener Brief

An den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt Peter Feldmann, den Magistrat der Stadt Frankfurt, die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt

Sehr geehrte Damen und Herren,

mehr als 1500 Menschen sind in diesem Jahr bereits im Mittelmeer ertrunken, 850 allein in den Monaten Juni und Juli. Gleichzeitig setzen die Regierungen in Deutschland und den meisten europäischen Staaten alles daran, die Festung Europa auszubauen und die fliehenden Menschen ihrem tödlichen Schicksal zu überlassen. Im Zuge dieser menschenverachtenden Politik werden zivile Seenot-Rettungsschiffe festgesetzt und am Auslaufen gehindert, sowie deren Besatzungen kriminalisiert.

Immer mehr Menschen gehen bundesweit gegen das Sterben im Mittelmeer und das Nichtstun der Regierenden auf die Straße, um Solidarität und Menschlichkeit einzufordern.

Auch mehrere Städte und Kommunen in Deutschland und Europa haben mittlerweile ihre Bereitschaft erklärt, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. So sind es zum Beispiel die Städte Berlin, Köln, Bonn, Düsseldorf, Bielefeld, Palermo, Barcelona und Neapel, die eine Bereitschaft zur Aufnahme Geflüchteter erklärt haben. Sie setzen damit ein Zeichen für Humanität, Menschenrechte und das Recht auf Asyl. Als Städte wollen sie Integration und Zusammenleben gestalten.

Als Bürger\*innen dieser Stadt rufen wir den Oberbürgermeister, den Magistrat und die Stadtverordneten auf, dem guten Beispiel anderer Städte zu folgen und umgehend zu handeln. Wir fordern die Stadt Frankfurt a. M. auf, ebenso Verantwortung zu übernehmen und zu beschließen, dass Frankfurt eine sichere Hafenstadt wird und sich bedingungslos zur Aufnahme von geretteten Menschen aus dem Mittelmeer bereit erklärt.

Das Recht auf Leben ist nicht verhandelbar und darf nicht der Grenzsicherung untergeordnet werden

Frankfurt hat als weltoffene, internationale und europäische Stadt eine besondere Verantwortung.

Wir wollen eine solidarische Stadt Frankfurt, in der allen Menschen elementare Bürger\*innenrechte und Zugang zu sozialen Dienstleistungen garantiert werden. Eine solidarische Stadt sein bedeutet, dass alle, die hier ankommen und leben, das Recht auf menschenwürdiges Wohnen, eine kostenlose medizinische Versorgung, Zugang zu Arbeit und Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Um wirklich teilzuhaben und Teil zu sein, müssen sich Menschen frei bewegen können und sollten in keiner Situation nach ihrem Aufenthaltsstatus beurteilt und erfasst werden.

Wir fordern die öffentliche Übergabe des Briefes an die oben genannten Vertreter\*innen.

Den Forderungen des Briefes verleihen wir am 17. und 18.9., anlässlich des Besuches von Horst Seehofer, auf der Straße Nachdruck.

Frankfurter Jugendring und viele andere Organisationen

Grundfesten auf dem Spiel stehen, und wenn bei der Lebensrettung plötzlich ein Unterschied gemacht wird, zwischen Menschen mit und ohne europäischen Pass, nur um Migration zu verhindern, dann ist es zum Faschismus wirklich nicht mehr weit."

Die Vertreterin der Aktion Seebrücke stellte die Forderung an die Stadt Frankfurt, sich zur solidarischen Stadt bzw. "sicheren Hafenstadt" zu erklären, in den Mittelpunkt ihrer Ansprache, eine Initiative, der schon mehrere deutsche Städte wie Köln, Düsseldorf, Bonn, Bielefeld und Offenbach durch einen Tendenzbeschluss beispielhaft vorangegangen sind. Allerdings sei bisher noch niemand der über das Mittelmeer Geflüchteten in einer dieser Städte angekommen. "Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass

ben. Die Zeit dränge, denn immerhin seien mehr als 1500 Menschen im Jahr 2018 bereits im Mittelmeer ertrunken, davon 850 allein in den Monaten Juni und Juli.

Sherin Striewe vom Hessischen Flüchtlingsrat ging in ihrer Rede ausführlich auf die mehr als prekäre Lage der Geflüchteten hierzulande hin und griff dabei vor allem die menschenunwürdigen Unterbringungseinrichtungen an. So sei "die Unterbringung von Geflüchteten sicherlich eines der dringendsten Probleme bei der Integration vor Ort. Immer noch sind Tausende Geflüchtete in Hessen in Notunterkünften untergebracht, selbst nach einer Anerkennung müssen sie häufig noch jahrelang unter den äußerst prekären Bedingungen der Gemeinschaftsunterkunft leben häufig mit mehreren Personen in



SEITE 20 FLZ Nr. 4/18

# Den "Herausforderungen" nicht gewachsen

# Sigrid Wagners Abrechnung mit den Lehrkräften in Deutschland

Generationen von Bildungspolitikern\*innen, Verbandsvertreter\*innen und andere am Gegenstand Interessierte streiten über die Misere des deutschen Bildungssystems und bieten auseinanderstrebende Lösungen an, ohne wirklich von der Stelle zu kommen. Haben sie es sich vielleicht mit ihren Projekten, Programmen und Richtlinien viel zu schwer gemacht ("Jeder Bildungspolitiker oder vermeintliche Bildungsspezialist meint, seinen Senf dazugeben zu müssen[....]" 1) und liegt die Lösung nicht vielleicht in einem einfachen Befund, dessen Konsequenzen nur beherzt angegangen werden müssten? Geht es nach der Lehrerin und Autorin Sigrid Wagner, verhält es sich genau so, denn "Das Problem sind die Lehrer", so wenigstens lautet der Titel ihres im August 2018 erschienenen Buches.

Sigrid Wagner, im September 2016 schon durch einen kritischen Artikel in "Der Spiegel" hervorgetreten, stellt sich bei ihren öffentlichen Auftritten als Lehrerin für Englisch und Arbeitslehre/Technik vor, die als Vertretungslehrerin 22 Jahre in (fast) allen Schultypen und insgesamt zwölf Fächern tätig gewesen sein will. Es handelt sich bei ihr mithin offenkundig um ein in der Gegenwart selten gewordenes pädagogisches Universaltalent mit enzyklopädischen Kenntnissen im Kanon der üblichen Schulfächer. Entsprechend selbstbewusst tritt sie als Autorin auf: "In fast fünfundzwanzig Jahren als Vertretungslehrerin habe ich mehr Schulen gesehen als [sic!] festangestellte Lehrer und außerdem Schulsysteme in unterschiedlichen Bundesländern kennengelernt [...]. Dies und die Erziehung unserer eigenen fünf Kinder haben mir klargemacht: Das Problem steht vor der Klasse." <sup>2</sup> Welchen Umstän den sich ihre ausschließliche Beschäftigung als Vertretungslehrerin verdankt, bleibt im Dunkeln.

Anhand von verstörenden, teils gar schockierenden Einzelbeispielen von kritikwürdigem Verhalten einzelner Lehrkräfte fährt Wagner einen Frontalangriff gegen die gesamte Berufsgruppe, der sie selbst angehört. Das hat vom Vorgehen her etwas Denunziatorisches und will im Übrigen sehr selbstbewusst auch nicht anders verstanden werden, geht es doch darum, den Lehrkräften in Deutschland ganz generell ihre Befähigung für das Metier, in dem sie tätig sind, abzusprechen und eine radikale Kur zu verlangen, mit der die Misere, die sich da auftut, abgestellt werden soll.

Systemische Überlegungen etwa der Art, in was für einem Bildungssystem zu welchen Bedingungen Lehrer\*innen tätig werden müssen und wie diese gesetzten Konditionen auf das Verhalten der Beschäftigten zurückwirken, sind da nach Wagners Ansicht fehl am Platze; es gilt das uneingeschränkte Prinzip der Eigenverantwortung, das dem neoliberalen Menschenbild so genehm ist:

"Sie verstehen es nicht, frei zu unterrichten. Sie verstehen es nicht, kreativ zu sein. Sie hassen Kreativität 3", wirft sie pauschalisierend den Lehrkräften vor und verkündet damit ein neoliberales Diktum, dessen Richtung Seeßlen/Metz folgendermaßen beschreiben:

"Früher war jedem klar, dass man im Kapitalismus nicht durch »Leistung«, »Fleiß« und »Anstand« zu etwas kommt, jetzt ist klar, dass man damit nicht einmal überleben kann. Alles, was zählt, ist Kreativität, und das meint nicht mehr so sehr einen »Erfindungsreichtum« oder gar »Fantasietätigkeit«, sondern vor allem die Fähigkeit, »aus nichts etwas zu machen«". 4

Die Forderung, allzeit bereit zur Kreativität zu sein, ist als allgemeine Verhaltensmaxime also bereits ein Zeichen des allseitigen Mangels an Möglichkeiten zu betrachten, auf den früher einmal verlässlichen Wegen den persönlichen Erfolg zu erreichen oder mit anderen Worten: Es handelt sich um ein Symptom der Krise, in welcher sich der Kapitalismus unter der Ägide des Neoliberalismus befindet.

"Der Neoliberalismus ist ein System, [...] das den Menschen immer mehr politische und gesellschaftliche Garantien, Möglichkeiten, Hoffnungen und Rechte nimmt, um sie mit dem Versprechen zu trösten, dass sie alle ökonomischen Freiheiten hätten, sie sich auf dem Markt zurückzuholen [...]. Es ist leicht einzusehen, welche Eigenschaften der Mensch haben soll, der sich auf dieses windige Geschäft einlässt. [...] Es ist der Mensch, der sich zu mehr ermächtigt, als er seinen Konkurrenten zubilligt. Der neoliberale Mensch muss, um in diesem System zu reüssieren, sich selbst herausnehmen, dessen »offizielle« Regeln zu missachten."5

Damit ist genau die Stellung der Autorin im deutschen Schulsystem präzise umschrieben, da sie aufgrund ihrer ständig wechselnden Anstellungen als Vertretungslehrerin nicht nur nicht ins System wie üblich integriert ist, sondern dadurch voller Stolz eine ausschließliche Außenperspektive einnimmt, die u.a. darin besteht, die vorhandenen Regeln und Normen für Anti-Regeln zu erklären ("Schule als rechtloser Raum" 6) und ins Lächerliche oder Abscheuliche zu ziehen und sich im Übrigen als weit über dem lustlos durch den Berufsalltag kriechenden Beamtenpöbel wahrzunehmen und darzustellen.

Dafür greift die Autorin in das Füllhorn ihrer eigenen Erfahrungen und das mit einer empirischen Beliebigkeit, die es in sich hat. Unter dem Titel "Mein Feind, der Schüler" listet sie auf, dass sich Lehrer "in der Regel" schwer mit Kritik täten, zwei Zeilen weiter suchen sie dann schon "immer" die Schuld beim Schüler, später sind es dann "viele" Lehrer, die Schüler nur "als Feind bekämpfen", wobei diese Einstellung "keine Seltenheit" sei und dazu führe, dass Lehrer "manchmal [...] die gesamte Schule, alle Schüler, Kollegen, Schulleiter und Eltern als »Feindesland« ansehen" und dann "von *allen immer* nur das Schlechteste" erwarten und "ständig nach Beweisen für ihre Einstellung" suchen. Mit diesen Jagdszenen aus den Abgründen der pädagogischen Landschaften bedient die Autorin sicher das Bedürfnis vieler Schul- und Lehrerhasser nach Sensatiönchen über einen von den Umständen gebeutelten Berufsstand, ein analytischer Blick auf die Misere des deutschen Bildungswesens ergibt sich aus dieser Perspektive des Schlüssellochguckers, der schon immer einmal wissen wollte, was im Lehrerzimmer unter Ausschluss der Öffentlichkeit so abgeht, nicht.

Damit betätigt sich die Autorin als das, was Metz/Seeßlen als "kapitalistischen Surrealisten" bezeichnen, den sie u.a. wie folgt charak-

"[] wo der kapitalistische Realist immer noch [...]»sein« System zu rechtfertigen versucht, erfreut sich der kapitalistische Surrealist an seiner Widersinnigkeit. [...] Entsprechend zersetzt er gern ökonomische Modelle der Welterklärung mit psy-

unter Titeln wie "der Platzhirsch, der Kopfnicker, der Intrigant, der Verpeilte, der Narziss, der Allwetter-Funktionshosenträger aka Bekehrer, der Hyperaktive, das Kasperle, die Klageweiber, der Dorian Gray der Turnhalle, der Vergeistigte" u.a., womit sie den unter diese "Lehrertypen" subsumierten Kolleginnen und Kollegen endgültig jede Individualität abspricht. Hatte es am Anfang ihres Oeuvres noch geheißen "unsäglicher Frust prägt also den Alltag der Lehrer: weil a) die falschen Menschen Lehrer werden, sie es b) aus den falschen Gründen heraus tun und c) selbst gute Lehrer mit besten Absichten an den vor-

einer der anstrengendsten. Studenten sollten das eigentlich in der Ausbildung erfahren." 9

Und in diesem anstrengendsten der Berufe soll den Lehrkräften nach Ansicht von Wagner nicht einmal das Lehrerzimmer als Rückzugsort kritiklos verbleiben, handele es sich doch dabei um eine der abgefeimtesten Methoden, sich vor fordernden Schülern\*innen und deren Eltern in Sicherheit zu bringen: Unter dem Titel: "Lehrerzimmer - Verbotene Zone" wird ein Szenario aufgeklappt, das aus einer Irrenanstalt stammen könnte und folgendermaßen beginnt: "Hier sitzen sie nun alle, jeder an seinem angestammten Platz, an Tischen in Gruppierungen, die nach Alter der Lehrer, politischer Gesinnung und gemeinsamen Interessen zusammengesetzt sind. Für Schüler und Eltern ist es eine Tabuzone; sie unaufgefordert zu betreten, wird aufs Schärfste geahndet. [...] Jede Abstellkammer und jeder Vorbereitungsraum ist einfacher zu finden. Dahinter steckt System: Die Lehrer wollen gar nicht gefunden werden, das Lehrerzimmer in ihr Heiligstes, ihr Rückzugsort und ihr Schutz vor den Schülern – und deren Eltern" <sup>10</sup> (138)

Das an jedem dauerhaften Arbeitsplatz legitime Bedürfnis nach einem Pausenraum bezeichnet Wagner also als "Tabu", das sich ihrer Ansicht nach irgendwie nicht mit dem Berufsethos des Lehrers vertrage. Dabei gilt: "Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) definiert einen Pausenraum in der Technischen Regel ASR A4.2 als einen umschlossenen Raum, der den Zweck hat, der Erholung der Beschäftigten zu dienen. 11 Und das Landesinstitut für Arbeitsgestaltung NRW präzisiert mit Blick auf den Charakter üblicher Lehrerzimmer: "Welche Anforderungen gelten nach ASR an ein Lehrerzimmer in einer Schule? Gilt das Lehrerzimmer als Arbeitsraum oder handelt es sich hierbei um einen Pausen- und Sozialraum? Antwort: Das Lehrerzimmer wird üblicherweise tatsächlich den drei genannten Funktionsbereichen zugeordnet. Darüber hinaus werden in vielen Schulen Lehrerzimmer für die Durchführung von Konferenzen sowie dem fachlichen Austausch in Kleingruppen genutzt. Die wenigsten Lehrerzimmer sind jedoch so ausgestattet, dass sie allen diesen Anforderungen genügen können. Die größte Diskrepanz besteht dabei zwischen der Nutzung als Arbeitsplatz und den sonstigen Nutzungsarten, da in der Regel weder das Mobiliar (Arbeitstisch, Sitzge-



Sigrid Wagner, Das Problem sind die Lehrer. Eine Bilanz Taschenbuch 271 S. Hamburg (rowohlt polaris) 2018, ISBN/EAN: 978-3-499-63301-0 (eBook/ePUB/kindle)

chologischen, anthropologischen und subjektphilosophischen Splittern. [...] Er verabscheut nicht nur das System, er verabscheut auch seine Mitmenschen [...]. Er hängt einem neuen Rassismus an, dem Rassismus des fitten Idealkörpers[...] Schau dir die Opfer an, sind das etwa die Kräfte, mit denen eine neue Gesellschaft [bei Wagner: die neue Schule, E.O.] entstehen soll?" 7

Genau diesen Blickwinkel nimmt Wagner ein, wenn sie ihre Kollegen\*innen allesamt als defizitäre Persönlichkeiten outet: "Bereits die Körpersprache eines Lehrers sagt dem Schüler sehr viel darüber, wen er vor sich hat", [...] "ständiges "Zittern und Zappeln", [...] "Überbeanspruchung der Stimme, die Krächzen und Heiserkeit nach sich zieht" [...]; "Manche Lehrer entwickeln regelrecht Tics, zucken mit der Schulter, knibbeln an ihren Fingern herum oder lecken sich nervös über die Lippen" 8

In Sigrid Wagners Buch nimmt ein Gedankengang zur Schulmisere mit einem noch einigermaßen konventionellen Einstieg den Verlauf, über Schilderungen von verheerend wirkenden Einzelsituationen aus dem Schulalltag überzugehen zur abschätzigen Beschreibung von Merkmalen ihrer Kolleginnen und Kollegen mit rassistischem Anklang bis hin zu einer Lehrer-"Typologie"

handenen Strukturen und den damit im Zusammenhang stehenden Herausforderungen scheitern", so bleibt im weiteren Verlauf nur die Bebilderung der Behauptung von den angeblich "falschen Menschen" übrig. Das ist nur konsequent, wird von der Autorin doch das Ensemble der schikanösen Bedingungen und daraus resultierenden Zumutungen und Belastungen ganz modisch neoliberal zu "Herausforderungen" umgedichtet, also zu Umständen, an denen der Einzelne zur eigenen Erbauung und zum eigenen Stolz seine Kräfte messen kann wenn er kann...!

"Dabei ist Lehrer einer der schönsten Berufe der Welt. Und

- 1 Sigrid Wagner, Das Problem sind die Lehrer, Hamburg 2018, a.a.O. S.15; in der Folge zit. als: "Wagner, Problem"
- 2 Wagner, Problem, S. 11
- 3 Sigrid Wagner: Der große Frust in: Der Spiegel, 36/2016, a.a.O. S.62;
- 4 Markus Metz/Georg Seeßlen: Kapitalistischer (Sur)realismus - Neoliberalismus als Ästhetik, Berlin 2018, a.a.O.
- 5 Ebda. S. 39
- 6 Wagner, Problem, S. 180ff
- 7 Ebda. S. 58 ff
- 8 Wagner, Problem, S. 51 f
- 9 Wagner, Spiegel, S. 62
- 10 Wagner, Problem, a.a.O. S. 138

- 11 https://www.arbeitsschutzgesetz.org/ pausenraum/
- 12 Quelle: https://www.komnet.nrw.de/\_ sitetools/dialog/26776
- 13 Ebda.
- 14 Wagner, Problem S. 259
- 15 Michael Rocher, "Nichts als Bullshit überall" in: Jungle World 44/
- 16 Wagner, Problem, S. 264
- 17 Wagner, Problem, S. 15
- 18 Sigrid Wagner im Interview, zit. nach: https://www.deutschland funkkultur.de/schule-lehrer-entscheiden-ueber-gute-und-schlechte-wege. 1008. de.html?dram:article\_id=425980

legenheit, Ablageflächen,...) noch die sonstigen Umgebungsfaktoren (Lärm, Ablenkung,...) den an einen Büroarbeitsplatz zu stellenden Anforderungen entsprechen." <sup>12</sup>

Während also eine mit Arbeitsschutz befasste Stelle des offiziellen Deutschlands, in dem noch rechtliche Standards auch für Beschäftigte im Schuldienst gelten, dem Lehrerzimmer sogar die Qualität abspricht, einen ordentlichen Ruheraum für die Pausengestaltung abzugeben, ist selbst der zeitweilige Rückzug dorthin für eine Propagandistin des unbegrenzten Einsatzwillens von Lehrkräften wie Wagner zu viel, denn für sie gilt: "Ich hab ein dickes Fell, und das braucht man als Lehrer auch unbedingt." 13 Und damit Basta! Schnauze! Setzen!

Passend dazu die zentrale Forderung von Wagner, sich Wunderwirkungen von der Abschaffung des Beamtenstatus zu versprechen. "Ich habe in den langen Jahren meiner Lehrertätigkeit nicht einen verbeamteten Lehrer erlebt, der sich, beseelt [!] von seinem Beamtenstatus, als »Diener« unseres Schulsystems verstanden hat. Nicht umsonst hatte ich in meinem Artikel »Der große Frust« gefordert, dass deutsche Lehrer wieder lernen müssen zu dienen – denn das haben sie bei ihrem Amtseid geschworen. "14(Hvhbgn. im Text E. O.) Und wie sollte sich diese Einstellung besser herbeiführen lassen, wenn nicht dadurch, dass man "schlechte" Lehrer endlich feuern kann und die verbleibenden Lehrkräfte, wie es überall in der "Gesellschaft" üblich ist, durch die Angst um ihren Arbeitsplatz zur gewünschten "dienenden" Haltung diszipliniert werden. Das ist davon zu halten, dass die Autorin angeblich dagegen angetreten sein will, die Schule als einen Ort der Angsterzeugung anzuklagen!

"Diese Gesellschaft funktioniert auf der Basis allgemein akzeptierter Ungerechtigkeit. In Deutschland werden zukünftige Arbeitskräfte schon im zarten Schulalter durch ein schon seit Generationen praktiziertes kastenartiges Schulsystem in Spartiaten und Heloten eingeteilt – die zudem ständig eine Olympiade austragen, an deren Ende Scheinsieger gekürt werden. Durch dieses mehrgliedrige Schulsystem lernen alle Beteiligten bereits früh zu verinnerlichen, dass alle darin Ausgebildeten sich ständig aneinander messen müssen. Das drückt sich zunächst in Noten, später in unterschiedlichen Aus- und Weiterbildungssystemen und letztlich in den Entgeltstufen und Gehaltshierarchien aus. Insofern setzt bereits in der Ausbildung jene Entsolidarisierung ein, die sich später am Arbeitsplatz konkretisiert, "15 schreibt Michael Rocher in seinem Artikel "Nichts als Bullshit überall" und für das Ziel, dass das segensreiche Prinzip der Konkurrenz auch endlich die satten und faulen Pauker am Kragen hat, leistet man sich den Rowohlt-Verlag als eines Multiplikators im Bertelsmann-Konzern, der eine Lehrerhasserin vom Zügel lässt, um Stimmung gegen den allseits beneideten Beamtenstatus zu machen.

Mit dem Blick auf die nächsten Verschärfungen der Schulmisere resp. die kommenden "Herausforderungen" verkündet sie: "Dieses Schulsystem wird keine trägen Leh-

rer mehr aushalten, keine Schönredner und Dummschwätzer, erst recht keine Misanthropen. Gefragt sind vielmehr gutgelaunte, positive Macher. Die Richtschnur allen Handelns muss lauten: » Wir fördern Kinder und Jugendliche und geben ihnen das Rüstzeug für eine glückliche Zukunft mit«. Dafür brauchen wir Lehrer, die sich selbst nicht so wichtig nehmen und die akzeptieren, dass sie nicht im Mittelpunkt stehen [...]." 16 Mit diesen "Weisheiten" könnte sich Sigrid Wagner bei marktüblichen Personalentwickler-Agenturen als Coach andienen und vielleicht den nächsten Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt begleiten. Denn für das pädagogische Schaffen im Namen "des Glücks" der Kinder und Jugendlichen gilt: "Unser Job ist es, so viel wie möglich aus den jungen Menschen herauszuholen [!], ihnen Perspektiven aufzuzeigen. Nicht zu sagen, wenn ihr die Schule absolviert habt, dann seht zu, wer euch einstellt. Sondern zu fragen: Welches Unternehmen möchtet ihr später mal führen?" und auf diesem Weg zum eigenen Unternehmen "sind nun mal die Lehrer einfach die Stellschrauben,[!], die entscheiden über gute und schlechte Wege" 17. Während es dem Schulsystem früher noch um "Selbstverwirklichung" und "Persönlichkeitsentwicklung" ging, regiert hier eine scharfe Output-Perspektive (so viel wie möglich herausholen!) und als Durchhaltemoral für das absehbare individuelle Scheitern passt dann trefflich die Moral aus dem postmodernen Filmmärchen "Der Herr der Ringe" von Peter Jackson, dass auch der Kleinste den Lauf der Welt beeinflussen kann, wie die Faust aufs Auge: "Und jeder hat ja die Entscheidung, zu sagen, ich kann das machen, ich kann was ändern." 18

Gewerkschaften oder Personalvertretungen braucht's da schon gleich gar nicht mehr. Und deswegen ist auch im gesamten Buch der Vertretungslehrkraft Sigrid Wagner kein Wörtchen über sie zu lesen.

Ernst Olbrich



# Frankfurt, du arme reiche Stadt

Der Frankfurter Jugendring hat am 19. Dezember 2017 eine Kampagne gegen Kinderund Jugendarmut in Frankfurt am Main gestartet

Mit dieser Kampagne wollen wir, der Frankfurter Jugendring (FJR) und seine 29 Jugendverbände, die Frankfurter Politik und Gesellschaft aufrütteln und in der Stadt für das Thema sensibilisieren.

Wir haben konkrete Forderungen formuliert, wie die Auswirkungen der Kinder- Jugendarmut eingedämmt werden könnten.

Wir starten eine Fundraising-Kampagne und rufen zum Spenden auf, für unseren neuen "Ferien-Fonds", mit dem Ziel, jährlich jedem Kind in Frankfurt eine Teilnahme an einer Ferienfreizeit zu ermöglichen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Beinahe jedes vierte Kind lebt von Hartz IV. Das ist prekär. Betroffene Kinder sind damit auch von zahlreichen Freizeitaktivitäten und Teilhabe am sozialen Leben ausgeschlossen.

Wir wollen nicht tatenlos zusehen, sondern gemeinsam mit den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern, den Politikerinnen und Politikern, mit Firmen und Institutionen etwas dagegen tun. Gemeinsam

können wir etwas bewegen und denen helfen, die es nicht in der eigenen Hand haben.

Frankfurt, steh auf und zeig was du kannst.

# Was wir mit dieser Kampagne erreichen wollen

 Wir wollen das Thema Kinderund Jugendarmut wieder ins Zentrum der Diskussion und in den Fokus der Öffentlichkeit bringen.

- Wir wollen Bündnispartner finden und die Politik zum Handeln bewegen.
- Wir wollen einen eigenen Beitrag leisten, mit verschiedenen Projekten und Aktionen. Wir verfolgen dabei das Ziel: "Jedes Kind in Frankfurt soll jährlich auf einer Ferienfreizeit mitfahren können, unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern".

# Vorstellung der Kampagne an Frankfurter Schulen

18. Oktober 2018

FRANKFURTER

Auf Einladung des Oberbürgermeisters Peter Feldmann stellen wir an verschiedenen Frankfurter Schulen unsere Kampagne vor und klären über das Thema Kinder- und Ju-

gendarmut auf.

Nach einem Grußwort von Peter Feldmann haben Anna Latsch, Sébastien Daudin und Yassine Chaikhoun das Thema im Allgemeinen anhand eines "Ampelspiels" vorgestellt und mit den Schüler\*innen diskutiert.

Im Anschluss wurden die Kampagne samt Forderungen und das Mode-Label armTM vorgestellt.

Wir waren zwischen August und Oktober 2018 an folgenden Schulen und trafen insgesamt mehr als 800 Schüler\*innen: Helmhotzschule (23.8.), Wöhlerschule (30.8.), Musterschule (11.9.), Ernst-Reuter-Schule I (12.9.), Neue-Gymnasiale-Oberstufe (18.10.).

Links zu den Schulberichten Wöhlerschule, Musterschule und Ernst-Reuter-Schule-I gibt es auf der Homepage des Stadtjugendrings.

#### Fakt ist: Heute lebt nach wie vor fast jedes 4. Kind in Frankfurt von Hartz IV

Die Zahlen heute sind nach wie vor ernüchternd: 2015 lebten in Frankfurt 25.675 Kinder unter 18 Jahren in Familien mit SGBII-Bezug, das sind 22,1 % der Kinder.

Es ist kein überparteilicher Konsens zu erkennen, um das Problem der Kinder- und Jugendarmut mit ausreichenden Ressourcen anzugehen. Die Kosten sind alle berechnet worden, es fehlt nach wie vor an Mut und Entschlossenheit der politischen Verantwortlichen.

Neue Studien und Berichte, die ebenfalls bestätigen, dass das Problem mitnichten gelöst ist, sind zu finden in:

- Frankfurter Sozialbericht Teil X (Familien in Frankfurt) 2014
- Bertelsmann Stiftung Bericht2017
- Hessischer Landessozialbericht Dezember 2017

Quelle: Homepage Frankfurter Jugendring

Tacheles startet Schulbedarfskampagne:

# Jobcenter/Sozialamt muss Kosten für Schul-PC übernehmen

Wegen der deutlichen Unterdeckung bei den Bildungsbedarfen in den Hartz-IV-Regelsätzen haben erste Sozialgerichte Jobcenter zur Übernahme der Kosten für einen PC/ Laptop/Tablet-Computer oder auch für Schulbücher verurteilt. Der Erwerbslosenverein Tacheles ruft dazu auf, solche Schulbedarfe nun massenhaft zu beantragen.

In den Regelleistungen für Kinder und Jugendliche sind für 0-6-Jährige 72 Cent, für 6-14-Jährige noch 53 Cent und für 14-18-Jährige "stolze" 23 Cent für den Bereich Bildung enthalten.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hatte die Bundesregierung bereits mit Beschluss vom Juli 2014 aufgefordert, die Bildungskosten

in den Regelleistungen aufzustocken. Passiert ist in den zurückliegen vier Jahren allerdings nichts. Das BVerfG hat gleichzeitig die Gerichte aufgefordert, das Recht bis zu einer gesetzlichen Änderung weit auszulegen. Dieser weiten Auslegung in Form der Bewilligung der Schulbedarfe auf Zuschussbasis sind nun eine Reihe von Sozialgerichten bei Bildungs- und Schulbedarfen gefolgt

Tacheles hat daher nun die "Schulbedarfskampagne" gestartet, mit der im Bedarfsfall PC/Laptop/Tablet-Computer oder auch Schulbücher beantragt und durchgestritten werden sollen, aber auch, um durch diese Kampagne dauerhaft entsprechende Rechtsänderungen einzuleiten. Die Übernahme

der Kosten für einmalige Bildungsund Schulbedarfe ist ein notwendiger und überfälliger Schritt, um der Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensbenachteiligten Familien entgegenzusteuern.

Einrichtungen, Beratungsstellen, Interessensverbünde sollten die Betroffenen über die Möglichkeit der Beantragung von Schulbedarfen offensiv informieren. Allen muss aber klar sein, die Schulbedarfe müssen erstmal gegenüber dem Jobcenter/Sozialamt erstritten werden, das heißt, in den meisten Fällen vor Gericht. Wobei ich von ein paar wenigen Fällen gehört habe, dass solche Schulbedarfe ohne Eilantrags- oder Klageverfahren auf Zuschussbasis bewilligt wurden.

Musterscheiben für die Anträge und eine umfassende "Bedienungsanleitung" gibt es hier zum Download: https://tacheles-sozialhilfe.de/ startseite/aktuelles/d/n/2426/

Wir fordern zudem alle Wohlfahrts- und Sozialverbände, Gewerkschaften, Vereinigungen zu bestimmten Themen, Betroffenenorganisationen, aber auch Parteien auf, diese Kampagne öffentlich zu unterstützen. Die Unterstützerliste erscheint dann tagesaktuell unter dem Artikel. Unterstützungserklärungen bitte an info@tachelessozialhilfe.de

Quelle: Thomé Newsletter 39/2018 vom 28.10.2018 SEITE 22 FLZ Nr. 4/18

# "Arbeitsbelastung ist nicht nur ein subjektives Gefühl!"

Vertrauensleute und Personalräte diskutieren die Arbeitszeitstudie aus Niedersachsen

Am 29. August 2018 fanden etwa 120 Vertrauensleute und Personalrät\*innen aller Schulformen in Frankfurt den Weg in den Wilhelm-Leuschner-Saal des DGB-Hauses. Neben den kämpferischen Grußworten der Landes- und der Bundesvorsitzenden der GEW, Maike Wiedwald und Marlis Tepe, stellte Frank Mußmann die Arbeitszeitund Arbeitsbelastungsstudien aus Niedersachsen vor. (Präsentation und Link sind auf der Homepage des Bezirksverbands zu finden.) Mußmann ist Leiter der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften an der Georg-August-Universität Göttingen und Mitautor der Studien.

Im Zentrum der Diskussionen darum, wie wir unsere berechtigten Forderungen nach besseren Bedingungen in den Bildungseinrichtungen im Landtagswahlkampf Nachdruck verleihen können, standen die zentralen Ergebnisse der Studien. Dazu gehört etwa, dass die teilnehmenden Lehrkräfte gut ein Drittel ihrer Arbeitszeit mit unterrichtsfernen Tätigkeiten zubringen müssen (siehe letzte FLZ).

Oder: Kolleg\*innen mit vollen Stellen müssen mehr Tätigkeiten im Verhältnis zur Arbeitszeit ausfüllen als Lehrkräfte in Teilzeit. Während erstere oft darunter leiden, nicht genug Zeit für eine umfassende Unterrichtsvorbereitung zu haben, nehmen letztere eine Reallohnkürzung in Kauf.

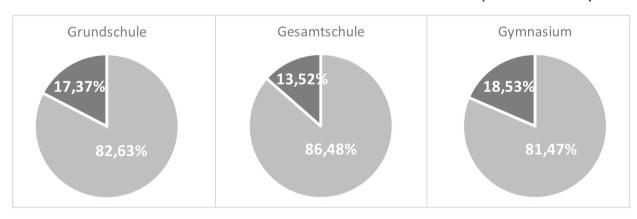
In den darauf folgenden Diskussionen wurde schnell klar, dass die Ergebnisse aus Niedersachsen die anwesenden Kolleg\*innen alles andere als überrascht zurückgelassen haben. Denn die Ergebnisse passen nur allzu gut zu ihrem eigenen Arbeitsalltag an den Frankfurter Schulen. Eine Kollegin brachte es auf dem Punkt: "Das hat richtig gut getan, wissenschaftliche Belege für unsere Arbeitsbelastungen vorgestellt zu bekommen. Arbeitsbelastung ist eben doch nicht nur ein subjektives Gefühl!" Eine andere verwies darauf, dass etwa in den skandinavischen Ländern seit Jahrzehnten vorgemacht werde, dass bessere Bedingungen für Bildung möglich seien. "Es braucht verdammt noch mal den politischen Willen. Deshalb gehe ich auch auf die Demo am 22. September. Die wird zwar auch nicht von heute auf morgen alles verändern. Aber wenn wir jetzt nicht lautstark protestieren, wann dann?!"

Dirk Kretschmer



# Auszüge aus dem PP-Vortrag vom 29. August 2018

### Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in der Schulzeit über 48 Stunden (Schulzeitwoche)



### Durchschnittliches Arbeitsvolulmen von über 48 Stunden pro Woche über den Erhebungszeitraum (Durchschnittswoche)



■ Unter 48 Std./Wo. ■ Über 48 Std./Wo.

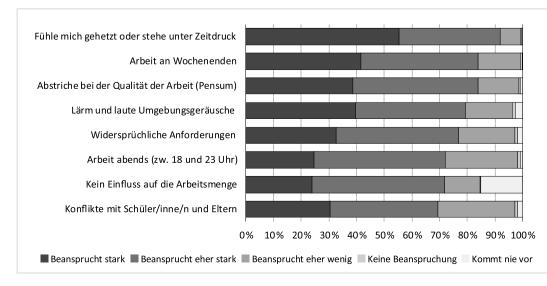
# Teilzeit-Lehrkräfte doppelt benachteiligt

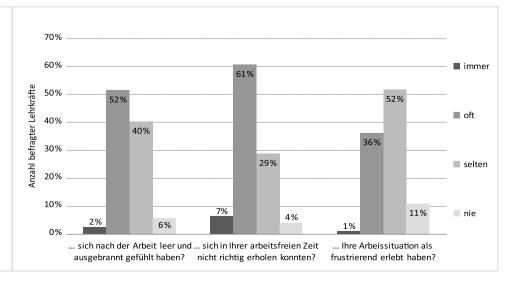
Ein Vergleich auf Augenhöhe zwischen Vollzeit-und Teilzeit-Kräften erfolgt auf Basis des Vollzeitlehreräquivalents (VZLÄ) – damit zeigt sich, wie der Arbeitsumfang wäre, wenn sich Teilzeitkräfte auch bei Vollzeit noch wie Teilzeitkräfte verhielten:

- ▶ Mehrarbeit von Teilzeitkräften entsteht durch ein Plus an Unterricht (+01:15), Korrekturzeiten (+00:45), Vor-und Nachbereitung (+01:47), Abschlussprüfungen (+00:14) und durch vermehrte Kommunikation (+00:40).
- Die "unteilbaren Aufgaben" in der Klasse Kommunikation weisen bei den Teilzeitkräften den viel diskutierten höheren Anteil von plus 00:40 Stunden auf, der größere Mehrarbeitsanteil liegt allerdings im Bereich Unterricht und Unterrichtsnahe Lehrarbeit.
- ▶ Bei den **Vollzeitkräften** ist der Zeitanteil für **Schulleitungsfunktionen** höher (02:21 zu 01:10 Stunden bei TZ), weil Schulleitungen überwiegend in Vollzeit tätig sind.
- ▶ Wissenschaftlich wird die Annahme vertreten, dass Vollzeitlehrkräfte unter Zeitdruck häufig in ein Qualitäts-Dilemmageraten:
  - Sie müssen Abstriche bei der Qualität / Intensität der eigenen Arbeit machen, a) um ihr Stundenpensum zu schaffen (Deputat/Unterrichtsverpflichtung) b) um verantwortbare physische bzw.psychische Belastungsgrenzennicht zu überschreiten.
- Damit zusammenhängend besteht die Annahme, dass es einer Gruppe von Teilzeit-Lehrkräften (Teilzeitanteil zwischen 0,6 und 0,9) gelingt, durch individuelle Stundenreduktion diesem Dilemma zu entgehen.
- Diese Annahme wird beim Vergleich der relativen Anteile der Klasse Unterrichtsnahe Lehrarbeit unterstützt: Vollzeit = 30,23 % / Teilzeit = 33,09 %
- ▶ Ebenso beim Vergleich der absolutenAnteile der Unterrichtsvor- und Nachbereitung je Unterrichtsstunde: Vollzeit = 27 Min / Teilzeit = 31 Min á 45 Min
- ▶ Beim differenzierten Vergleich der Arbeitsstrukturen fällt auf, dass Teilzeitkräfte bei bestimmten Tätigkeiten eine deutlich andere Arbeitsstruktur als Vollzeitkräfte aufweisen
  - >> Unterrichtsnahe Lehrarbeit (Korrektur, Vor-/Nachbereitung, Prüfungen) Bei anderen wird ein Zusammenhang aus Plausibilitätsgründen vermutet:
- >> Pädagogische Kommunikation
- Hypothese ist daher, dass Vollzeitlehrkräfte besonders bei diesen Tätigkeiten unter (Zeit-)Druck geraten, sich einschränken und insofern unter "gedeckelten" Bedingungen arbeiten:
  - >> Stünde ihnen mehr Arbeitszeit für Unterrichtsnahe Lehrarbeit und Pädagogische Kommunikation zur Verfügung, würden sie für diese Tätigkeiten mehr Zeit aufwenden.
- >> Unter Belastungsgesichtspunkten berichten drei Viertel der Lehrkräfte von (eher) starken Beanspruchungen, weil sie Abstriche bei der Qualität ihrer Arbeit machen müssen, um ihr Pensum zu schaffen.

# Die stärksten Beanspruchungen aus der Arbeitssituation (n = 2.106 bis 2.108)

# Wie oft ist es in den letzten 3 Monaten vorgekommen, dass Sie ... (n = 2.108)





# Vom (Un)Sinn ökonomisierter Bildung

In der FLZ 1-2018 berichteten wir über die vierte Veranstaltung der GEW Hessen zur Ökonomisierungskritik am 17. Februar 2018. Den Abschluss bildete das Theaterstück des Ensemble Xtrameile. Hierzu wollen wir hier eine etwas ausführlichere Darstellung nachreichen, nicht zuletzt, weil Schulen oft nach entsprechenden Angeboten fragen.

# Yes, we burn!!

# Politisches Theaterstück mit dem Ensemble Xtrameile

Am 17. Februar 2018 fand im DGB-Haus in Frankfurt die Tagung Vom (Un)sinn ökonomisierter Bildung statt, die von der Arbeitsgruppe ,Gegen die Ökonomisierung der Bildung' der GEW Hessen organisiert worden war. Nachdem im Verlauf der Veranstaltung die fatale Auswirkung des neoliberalen Paradigmas auf die Pädagogik an unterschiedlichen Beispielen aufgezeigt worden war, folgte der letzte Programmpunkt, der nun – im Unterschied zu den vorangegangenen Beiträgen nicht aus einem Vortrag bestand, sondern aus einem Theaterstück.

Die Aufführung der Gruppe Xtrameile entführt die Zuschauerinnen und Zuschau er in die Arbeitswelt, präziser gesagt, in das Innere der Streichholz Union, ein global agierendes Unternehmen. Die zwei Schauspielerinnen (Martina Frenzel in den beiden Rollen der Consulterin Janine Baumann sowie der Freundin Carola, Signe Zurmühlen als Mitarbeiterin Bettina Zimmer) vermitteln uns im Folgenden einen Eindruck von den Auswirkungen neuer Arbeitsorganisation auf die Situation der im Unternehmen arbeitenden Menschen.

Durch Frau Baumann, die als erste die Bühne betritt, werden wir Tagungsteilnehmer gleich abrupt aus unseren, wohl eher auf ein passiv-rezeptives Theatererlebnis eingestellten, Erwartungen gerissen: Unter ihrer Leitung mutieren wir zu Mitarbeitern der Streichholz Union. Als solche wird Zugriff auf unsere Körper genommen, die nun zum Wohl des Unternehmens optimiert werden sollen: Frau Baumann erzieht uns zum "agilen Sitzen" und überprüft immer wieder nachdrücklich den Erfolg ihrer Anweisungen an uns als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens.

Kurz darauf stürmt Bettina Zimmer auf die Bühne. Sie ist in den falschen Zug gestiegen, hat sich abgehetzt und kommt jetzt ausgerechnet zur Jubiläumsfeier zu spät: "Schön, dass ich wieder bei euch bin! Nein, ich hatte kein Burnout, nur eine klitzekleine Erschöpfungsdepression – hat der Arzt gesagt …". In Rückblicken erfährt man in den folgenden Szenen, wie es zur Krankschreibung kam

Wir beobachten nun, wie Frau Baumann ihre Tätigkeit ausführt: Sie übt mit Bettina die "10-Sekunden-Entspannung" und erklärt ihr, warum man sich "gar nicht mehr im Urlaub erholt, sondern bei der Arbeit – wenn man im richtigen

Flow ist". Unterdessen klingelt bei Bettina andauernd das Telefon und auch der kleine Sohn ist am Apparat: Bettina muss ihn vertrösten, sie würde sicher bald nach Hause kommen, das Essen stünde in der Mikrowelle. Carola, eigentlich eine Freundin aus dem Unternehmen, erhöht diesen Druck weiter, indem sie vorschlägt, sich auch noch am Samstagabend zu einem informellen Meeting zu treffen, "alle anderen kommen doch auch!". Selbst der Urlaub, auf den sich Bettina so freut, wird am Ende dieses Rückblicks gestrichen.

Während sich das Publikum im Laufe des Stückes mehr und mehr mit der überlasteten Bettina identifizieren kann, hält die Consulterin Janine Baumann mit ihrem unerbittlichen Verhalten die Zuschauer immer wieder auf Distanz: Sie bringt überspitzt Resultate der Arbeitsund Organisationspsychologie auf den Punkt. Bei den Beobachtern entsteht dadurch ein Freiraum für Reflexion, für die Möglichkeit, die im Theaterstück vorgestellte Situation als exemplarische zu begreifen sowie Bezüge zur eigenen Lebenssituation herzustellen. Das Stück greift Elemente des epischen Theaters von Berthold Brecht auf und setzt die von ihm entwickelte Verfremdungstechnik ein.

Dass es leicht gelingt, die Situation in der Streichholz Union auf die Schule zu übertragen, wird in der anschließenden Diskussion deutlich. Parallelen zwischen dem Arbeitsdruck im Unternehmen und an Schulen werden gezogen. Die häufigen Überforderungssituationen ähneln sich sowie die Gruppendynamik in vereinnahmenden Teams, die die eigene Abgrenzung dann so problematisch macht: Strategien moderner Unternehmensführung sind längst zum festen Bestandteil des heutigen Schulalltags geworden. Am Ende des Stückes steht für viele Zuschauer fest: "Ein spannendes Thema, das auch unsere Schüler und Eltern interessieren müsste!"

Yes, we burn!! nimmt ebenso satirisch wie amüsant die Arbeitswelt von heute aufs Korn. Die beiden Schauspielerinnen begeistern durch ihr engagiertes und dynamisches Spiel. Martina Frenzel, in ihrer Doppelrolle, wechselt zwischen den beiden Figuren so gekonnt hin und her, dass einige Zuschauer am Schluss überrascht feststellen: "Was, das war ein Stück für zwei Personen – wir haben doch aber drei ge-

sehen?!" Bei dem Auftritt Signe Zurmühlens fällt besonders der virtuose Körpereinsatz auf, mit der sie die Figur Bettina Zimmer in Szene setzt. Geschrieben wurde das Stück von der Psychologin Martina Frenzel, die ein Jahrzehnt lang als Kabarettistin tätig war und sich nun seit vielen Jahren mit neuen Formen der Arbeitsorganisation beschäftigt. Gemeinsam mit Stephan Siemens arbeitet sie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und veröffentlicht regelmäßig zum Thema Indirekte Steuerung\*.

Stephan Siemens wiederum ist im Kontext der Arbeitsgruppe Gegen die Ökonomisierung der Bildung bereits bekannt: Er hatte über die Handlungsmöglichkeiten gegen die Ökonomisierung von Schulen\*\* referiert, im Zusammenhang mit der Vortagsreihe Die Schule ist kein Wirtschaftsbetrieb, die im Wintersemester 2015/16 in Frankfurt stattgefunden hat. So knüpft das Theaterstück "Yes, we burn!! der Gruppe Xtrameile an ein bereits bekanntes Thema an, ermöglicht den Zuschauerinnen und Zuschauern aber einen neuen Zugang über die Beschreibung und ironische Verfremdung einer konkreten Arbeitssituation, über Mitgefühl und Distanzierung. Die Diskussion über die im Stück gegen Ende aufgeworfene Frage, was denn jede Frau/ jeder Mann selbst gegen solch himmelschreiende Zustände unternehmen könne und welche Möglichkeiten es gibt sich gemeinsam zu wehren, beendet das Gespräch über die Aufführung und auch den Veranstaltungstag.

Dr. Gabriele Frenzel

- \* Weiterführende Informationen findet man auf den Homepages www. xtrameile.de und www.meine-zeitist-mein-leben.de.
- \*\* Der Vortrag von Stephan Siemens ist abrufbar unter http://www.gew-hessen.de/aktuell/themen/arbeitsgruppegegen-die-oekonomisierung-der-bildung/







# Veröffentlichungen

Stephan Siemens, Martina Frenzel: Das unternehmerische Wir – Formen indirekter Steuerung in Unternehmen (VSA Verlag, 2014)

Stephan Siemens, Martina Frenzel: Burnout – eine Folge der neuen Organisationder Arbeit (Arbeit und Leben Herford, 2015)



SEITE 24 FLZ Nr. 4/18

# Wahlausschreiben zur Wahl der **Redaktion der FLZ**

Auf der nächsten Bezirksdelegiertenversammlung (BDV) des Bezirksverbands Frankfurt der GEW ist die Position "Schriftleiter(in) der FLZ" (Satzung § 9 Nr. 5) neu zu wählen. Die BDV findet statt:

am Montag, den 18. 03. 2019 von 14 bis 18 Uhr, im DGB-Haus in Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77

Die Notwendigkeit der Wahl ergibt sich aus § 8 Satz 2 der Satzung:

"Wenn aus einem Team zu einer der Funktionen im Bezirksvorstand gemäß § 9 ein Mitglied vor Ablauf der Amtszeit ausscheidet, wird das Team auf der nächsten Bezirksdelegiertenversammlung für den Rest der Amtszeit neu gewählt. Bis dahin führen die übrigen Mitglieder des Teams die Geschäfte weiter."

Die gegenwärtige Wahlperiode endet Anfang 2020 mit der dann fälligen Neuwahl des Bezirksvorstands.

Anstelle einer Redakteurin oder eines Redakteurs kann auch ein Redaktionsteam von bis zu 3 Personen gewählt werden. Von dieser Möglichkeit wurde bei früheren Wahlen häufig Gebrauch gemacht.

Im Fall, dass eine Einzelperson als Redakteur(in) gewählt wird, ist anschließend auch ein(e) Stellvertreter(in) zu wählen. Die Wahl der Stellvertretung entfällt jedoch, wenn ein Redaktionsteam gewählt wird.

Kandidaturvorschläge sind unmittelbar an die Geschäftsstelle des BV Frankfurt, Bleichstr. 38a,

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ und weitere Terminefinden Sie auf unserer Homepage: www.gew-frankfurt.de

60313 Frankfurt, E-Mail: info@ gew-frankfurt.de, zu richten. Die Vorschläge sollen auch die Zusicherung enthalten, dass die Vorgeschlagenen mit der Kandidatur einverstanden sind.

Es ist auch möglich, dass Mitglieder selbst ihr Interesse an bzw. ihre Kandidatur zu einer Position erklären.

Kandidaturvorschläge und Bereitschaftserklärungen sollen bis spätestens 04.02.2019 in der Geschäftsstelle eingegangen sein.

Auch nach diesem Datum und auch auf der BDV selbst sind noch Kandidaturvorschläge und eigene Bereitschaftserklärungen möglich; die Einhaltung der genannten Frist ist jedoch Voraussetzung dafür, dass die Kandidaturen vor der BDV den Delegierten mit der Einladung mitgeteilt werden.

Kandidatinnen und Kandidaten müssen selbst auf der BDV anwesend sein, um sich den Delegierten vorzustellen. Im Falle von Verhinderung durch Krankheit oder aus einem anderen wichtigen Grund ist dies der Geschäftsstelle oder einem Mitglied des Wahlausschusses mitzuteilen. In diesem Fall muss eine schriftliche Einverständniserklärung der Kandidatin bzw. des Kandidaten vorliegen.

> Frankfurt am Main, 09.11.2018 Der Wahlausschuss der BDV

Daniel Gnida, Stefan Horlacher, Thomas Sachs

# Wir brauchen endlich mehr Personal für unsere soziale Infrastruktur und für Bildung und keine gesteigerten Rüstungsausgaben!

Der GEW Bezirksvorstand freut sich über die Demonstration zur Abrüstung am Wochenende in Frankfurt zu den Geschäftsstellen von CDU und SPD und unterstützt den Aufruf der Initiative: Abrüsten statt aufrüsten – das ist das Gebot der Stunde.

Es ist eine absurde Politik, die mit dem Drehen an der Rüstungsspirale nach oben betrieben wird:

Statt die entsprechenden finanziellen Mittel für Personal und Investitionen in Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau und Studentenwohnungen usw. bereitzustellen, werden diese Mittel in Rüstungsgüter gesteckt und die Kriegsgefahr erhöht.

Wir verstehen es einfach nicht mehr, dass bei sinkenden Zustimmungswerten in der Bevölkerung der Rüstungsetat 2019 um 11,4% Prozent auf 42,4 Milliarden Euro und später auf 60 Milliarden gesteigert werden soll.

Eine solche Politik löst nur noch Kopfschütteln aus. Wir sagen zu einer solchen Politik ein klares Nein.

Presseerklärung des Bezirksvorstands vom 4.11.2018

# Höchste Steigerung des Militärhaushalts seit Gründung der Bundeswehr 1955

Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag

Anlässlich der Beschlussfassung des Bundestags am 23.11.2018 über den Haushalt 2019 erklären die Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Lühr Henken (Berlin) und Willi van Ooyen (Frankfurt am Main): Noch nie in der nunmehr 64- jährigen Geschichte der Bundeswehr hat es eine so große Steigerung ihres Etats gegeben. 4,71 Milliarden Euro mehr als 2018 sollen 2019 für die Bundeswehr ausgegeben werden - das sind dann 43,23 Milliarden Euro.

Was sind die Gründe?

- Die Bundesregierung hat sich gegenüber der NATO verpflichtet, bis 2032 drei vollständig ausgerüstete schwere Divisionen zur Verfügung zu stellen.
- Die Bundesregierung hat sich 2014 im NATO-Rat für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung bis 2024 eingesetzt. Das wäre eine Verdoppelung der Ausgaben von 2019. Deutschland würde so zur führenden Militärmacht in der Europäischen Union, dessen Militarisierung es vehement vorantreibt.

■ Offensichtlich wurden keine Lehren aus der Geschichte des deutschen Militarismus des 20. Jahrhunderts gezogen.

Die Friedensbewegung ist aufgerufen, ihre Anstrengungen gegen diesen Aufrüstungskurs zu potenzieren: Sammeln wir massenhaft Unterschriften unter den Appell an die Bundesregierung "Abrüsten statt Aufrüsten"! (https://abruesten.jetzt/)

Berlin, Frankfurt am Main, 23. November 2018, Lühr Henken, Willi van Ooyen

# Wer lorzt, hat mehr vom Leben!

Wie ist es für Sie, wenn Sie tagtäglich feststellen, dass Sie den Anforderungen immer weniger gewachsen sind? Fühlen Sie sich überlastet, wissen Sie nicht, wie Sie die zahlreichen Aufgaben, die Ihnen gestellt werden, noch bewältigen sollen? Wenn das der Fall ist, dann gibt es für Sie nun die ultimative Lösung: Ich lorze jetzt!

Mir ging es auch nicht anders. Mein Tag brachte mehr und mehr Hindernisse mit sich. Ich hatte den Eindruck, mit allem nicht zurechtzukommen. Doch dann fing ich an zu lorzen, schon war alles wunderbar! Denken Sie, die Klassen sind zu groß? Das dachte ich auch, aber seit ich lorze, weiß ich, dass sie gar nicht kleiner sein sollten. Ich weiß nämlich, wozu ich fähig bin und wie wichtig die Aufgabe ist, die ich erfülle. Außerdem können die Kinder unglaublich viel von mir lernen, deshalb ist es für mich eine unermessliche Freude, so vielen jungen Menschen wie möglich etwas mitzugeben.

Denken Sie, dass es zu wenige LehrerInnen gibt? Nein, ganz im Gegenteil, es gab noch nie so viele! Schauen Sie sich doch die Zahlen an, wieviele Lehrkräfte neu an die hessischen Schulen gelost wurden. Wenn Sie das tun, dann wird Ihnen schlagartig bewusst werden, dass Ihr Eindruck, dass immer weniger neue ausgebildete Lehrkräfte an den Schulen landen, völlig falsch ist. Die Landesregierung sagt es immer wieder. Und wenn etwas so oft wiederholt wird, dann ist es doch zwangsläufig richtig. Lorzen Sie, dann kommen Sie auf andere Gedanken. Wer lorzt, dessen tristes Denken wird sich innerhalb kürzester Zeit zum Positiven wandeln. Dann werden Sie endlich den Blick haben für das Schöne - und zwar ausschließlich das Schöne.

Sie denken, dass durch die Fokussierung auf alles Digitale wesentliche Elemente in der Bildung zu kurz kommen? Um Kultusministers Willen, nein! Lorzen Sie sich frei von diesem Denken, denn wer erst mal ein schickes Tablet hat, der verselbstständigt sich geradezu intellektuell! Ehrlich!

Seit ich lorze, haben sich für mich praktisch alle Probleme in Wohlgefallen aufgelöst, über die ich mir zuvor Gedanken gemacht hatte. Früher sah ich RentnerInnen, die durch die Stadt liefen und in Mülleimern nach Pfandflaschen wühlten. Ich fand es schlimm und dachte, dass so etwas in einem so reichen Land wie dem unsrigen doch niemals der Fall sein dürfe. Doch seit ich lorze, wurden mir die Augen geöffnet, denn heute weiß ich, dass dies ein kleiner Beitrag für die Aktivität im Alter ist. Wer ansonsten träge zu Hause rumsitzen, Kreuzworträtsel lösen oder sich Seifenopern im Fernsehen anschauen würde, wird so zur regen Tätigkeit angehalten. Wenn das nicht positiv ist!

Kinderarmut? Ach was, lorzen Sie sich diese Gedanken einfach weg! Wer in jungen Jahren weiß, was es bedeutet, mit wenig finanziellen Mitteln ausgestattet zu sein, der wird optimal auf die Zukunft vorbereitet, in der schließlich auch im Erwachsenenleben das Geld mal knapp sein kann. Wer hier bereits geübt ist, der wird diese Herausforderungen spielend meistern, das steht außer Frage. Also seien Sie nicht immer so miesepetrig und sauertöpfisch. Lorzen Sie sich durchs Leben! Es kann so einfach sein.

Sie ärgern sich über kaputte Straßen, weil zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert wird? Das ist ein völlig falscher Ansatz, deshalb lorzen Sie diesen Gedanken schnellstens hinfort! Jeder beklagt sich über Raser, die den Straßenverkehr unsicher machen. Gerade für solche Personen gibt es diese fiesen Schlaglöcher, denn niemand traut sich mehr, so richtig das Gaspedal durchzutreten. Dies macht das Leben für alle Verkehrsteilnehmer sicherer.

Sie sehen, es gibt keinen Grund für den Gedanken, dass alles schlechter wird. Lorzen Sie, dann werden Sie die Welt mit anderen Augen sehen!

Holger Giebel (mit freundlicher Genehmigung des Autors)

# Mit Lea Bildungsgesellschaft besuchte ich am 31. Okt. zwei sehr sehenswerte Ausstellungen in Nürnberg.

Auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände kann man in einem Seitentrakt des Dokumentationszentrums die Ausstellung "Hitler. Macht.Oper" besichtigen. Thema ist die Vereinnahmung des Opernund Theaterbetriebs durch die Nationalsozialisten. Mit den "Meistersingern von Nürnberg" wurden die Reichsparteitage eröffnet. Die Szenerie, die derselbe Regisseur, Benno von Arent, verantwortete, der zeitgleich auch die Paraden in der Stadt inszenierte, sollte bei den Opernbesucherinnen und -besuchern wohl die Grenzen zwischen Kunst und Realität verwischen, da sich ja ohnehin alles "in einem Volkskörper" abspielte. Wissenswert auch, dass schon lange vor dem Jahr 1933 der "Kampfbund für deutsche Kultur" Einfluss auf die Auswahl von dargebotenen Stücken nahm, indem gegenüber Intendanten die Notwendigkeit des "Deutschtums" hervorgehoben wurde. Als ich dies las, kam es mir vor, als ob ich den Widerhall aus den Reihen der AfD hören könnte. Pikant auch folgende Episode: Stücke von "nicht-arischen" Komponisten oder Autoren waren ja verboten. Doch Julius Streicher, der Herausgeber des "Stürmer", liebte über alles die Operette "Das Schwarzwaldmädel" von nationale Militärgerichtshof hielt dem jüdischen Komponisten Leon Jessel. Streicher setzte durch, dass diese Operette weiter gespielt wurde, und ließ sich dafür auch noch von hinten durch die Brust ins Auge eine antisemitische Erklärung einfallen....

Mit der Aufführung der "Götterdämmerung" wurde das Theater des zerbombten Nürnberg 1944 geschlossen, und während der "Entnazifizierung" wollte so manche\*r nicht so richtig dabei gewesen sein. ...

Nach der Mittagspause fuhr uns der Bus zum Justizpalast der Stadt Nürnberg. Hier kann man den Gerichtssaal besichtigen, in dem die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse stattfanden. In der dazugehörigen Ausstellung lernt man über die rechtliche Begründung der Prozesse durch die alliierten Prozessbeteiligten, die Prozessführung, die Anklagepunkte, die angeklagten Personen, die Urteilsfindung und Bestrafung. Die Alliierten hatten die Strafverfolgung selbst übernommen, da die Erfahrung der juristischen Verfolgung nach dem 1. Weltkrieg zeigte, dass die Deutschen mit ihren Kriegsverbrechern allzu milde umgingen. Dieser eigens eingerichtete intersich zugute, dass die Angeklagten nach rechtsstaatlichen Prinzipien behandelt wurden. Er entwickelte das Vorbild für später gegründete internationale Gerichtshöfe, in denen Rechtssysteme verschiedener Staaten miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Er definierte völkerrechtliche Verbrechen als Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Mit dem Audioguide kann man sich Original-Tonprotokolle anhören. Ein weiterer Trakt informiert über Folgeprozesse gegen die Angehörigen bestimmter Berufsgruppen, z.B. Ärzte und Juristen oder die Industriellen Flick und Krupp. Doch als diese stattfanden, war der anfängliche Schwung schon aufgebraucht, und in der Folge wurden, wenn sie überhaupt verhängt wurden, diverse Todesurteile nicht mehr vollstreckt und langjährige Freiheitsstrafen vorzeitig beendet.

Leider war die Zeit für beide Ausstellungen viel zu kurz, aufgrund der langen Hin- und Rückfahrt, aber auch aufgrund organisatorischer Mängel.

Marianne Friemelt